

Wöchentlich 70 Pfennig monatlich
8. Reichsmark voraus zahlbar.
Unter Streifenband im In- und
Ausland 0,30 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der illustrierten
Sonntagsbeilage „Soll und Zeit“
sowie den Beilagen „Unterhaltung
und Witz“, „Aus der Welt“,
„Stadtblätter“, „Frauenstimme“,
„Der Arbeiter“, „Jugend-Vorwärts“,
„Bild in die Zukunft“,
„Kulturarbeit“ und „Technik“
erscheint wöchentlich zweimal,
Sonntags und Montags einmal.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Konzentration
des Wiener, Reichsmark 5 — Reichsmark
„kleine Anzeigen“ das letzte
letzterdrückte Worte) eben weitere Wort
12 Pfennig, Stellenanzeigen das erste
Wort 15 Pfennig, eben weitere Wort
10 Pfennig, Worte über 15 Buchstaben
können nur unter Vorbehalt
Reise 60 Pfennig, Familienanzeigen
Abonnement 30 Pfennig, Anzeigen
annahme im Hauptgeschäft Linden-
straße 3, wochentags von 9 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Tönhoff 292-297, Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 57 036. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten
und Beamten Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Postfach 10000 Berlin

Die Gewerkschaften für den Einheitsstaat.

Ein Programm der sozialen Vernunft gegen den Bürgerblock.

Der Bundesausschuß des ADGB. hat folgenden Beschluß gefaßt:

Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erklärt, daß zum Ausbau der produktiven Kräfte in der deutschen Wirtschaft vorläufig noch der Zustrom ausländischer Kredite unerlässlich ist. Er muß deshalb mit Bedauern feststellen, daß der weitere Zufluß dieser Kapitalien in jüngster Zeit durch mannigfaltige Maßnahmen und Beden gefährdet worden ist. Insbesondere hält er die Kritik an der Finanzgebarung der deutschen Kommunen, die mehr politischer Voreingenommenheit als wirtschaftlicher Erwägung zu entspringen scheint, um so weniger für berechtigt, als die Höhe der von den Kommunen aufgenommenen Auslandsschulden beispielsweise nicht den Betrag übersteigt, den das deutsche Reich ebenso freigebig wie unerschrocken der Ruhrindustrie geschenkt hat.

Die Zins- und Amortisationslast, die für die Gesamtheit der Auslandskredite aufzubringen ist, gefährdet die deutsche Währung nicht. Wohl aber bedeutet jede Erschütterung des Vertrauens des Auslandes in die öffentliche oder private Wirtschaft Deutschlands eine Gefährdung der Konjunktur. Im allgemeinen nutzen kommunale Auslandsanleihen der Volkswirtschaft im gleichen Maße, wie es — ebenso allgemein — private Auslandskredite tun. Die Gewerkschaften halten insbesondere die Finanzierung des Wohnungsbaues, dessen Förderung dringenden sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnissen entspricht, durch Ausbringung sowohl von öffentlichen Mitteln als auch von Auslandsanleihen für eine dringende und durchaus produktive Ausgabe.

Der Reichshaushalt ist in seinen Einnahmen weit über den Voranschlag hinausgekommen. Leider hat sich dabei wiederum gezeigt, daß die tatsächliche Besteuerung noch weit unsozialer ist als der Voranschlag. Diejenigen Steuern, die unter der Bezeichnung Massensteuern zusammenzufassen sind, haben unverhältnismäßig hohe Beträge ergeben, müssen daher in erster Linie abgebaut werden. Insbesondere ist alsbald die bereits gefällig vorgesehene Abänderung der Lohnsteuer in Angriff zu nehmen, desgleichen eine Senkung der die Lebenshaltung einengenden Zölle.

Der Ausgleich im Haushalt ist durch eine Verschärfung der Erbschaftsteuer, durch zweckentsprechenden Ausbau des Branntweinmonopols und durch eine auf wirtschaftlichen Gesichtspunkten beruhende Umgestaltung der Vererbung in Richtung auf den Einheitsstaat herbeizuführen. Bis dahin sind die Beträge, die das Reich den Ländern zur Verfügung stellt, keinesfalls zu vermehren und die Mehrüberweisungen der letzten Zeit wieder abzubauen.

Den Mitgliedern der Gewerkschaften wird es zur Pflicht gemacht, vorbehaltlos und in jeder Weise das Streben nach der deutschen Reichseinheit zu fördern.

Der Bundesausschuß des ADGB. hat seine Stimme gegen den Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht erhoben. Es ist nicht die Person des Reichsbankpräsidenten, die den Beschluß der stärksten Vertretung der deutschen organisierten Arbeiter hervorgerufen hat, sondern die Tendenz, die Herr Dr. Schacht vertritt — die Tendenz, den Dawes-Plan und die Denkschrift des Reparationsagenten zu benutzen zu einem Angriff auf die den sozialen Bedürfnissen dienende Politik der deutschen Gemeinden wie auf die Arbeiterschaft überhaupt.

Der Beschluß des Bundesausschusses stellt den privatkapitalistischen Absichten ein volkswirtschaftliches Programm entgegen: Erhaltung der Sozialpolitik der Gemeinden, Finanzierung des Wohnungsbaues, Behauptung der Konjunktur, zu diesem Zwecke Vermeidung aller Maßnahmen, die den Kredit der öffentlichen und privaten Wirtschaft schädigen können.

Die zweite Forderung der Gewerkschaften lautet: soziale Steuerpolitik. Sie zeigt den Weg, wie im kommenden Reparationsjahr der Ausgleich im Haushalt herbeigeführt werden kann, ohne daß der Druck auf die Lebenshaltung der Bevölkerung verschärft wird.

Zum dritten: Förderung des Strebens nach dem deutschen Einheitsstaat und der Verwaltungsreform, die mit der Durchführung des Einheitsstaates verbunden ist.

Zur gleichen Stunde hat der preussische Ministerpräsident, Genosse Otto Braun, in München in einer offiziellen Ansprache die Notwendigkeit des Einheitsstaates dargelegt, die sozialdemokratische Fraktion im Groß-Berliner Stadtparlament hat sich in einem Antrag gegen die Angriffe Schachts auf die Politik der Stadt Berlin gewandt. Der Versuch, im kommenden Dawes-Jahr einen allgemeinen Angriff zur Verstärkung der privatkapitalistischen Tendenzen in Deutschland zu unternehmen, begegnet von vornherein dem entschiedenen Widerstand der deutschen Arbeiterschaft.

Das Programm des Bundesausschusses des ADGB. ist ein Kampfprogramm. Seine Forderungen müssen erkämpft werden, ehe sie zur Grundlage eines Regierungsprogramms werden können. Sie müssen erkämpft werden gegen den Bürgerblock, der die privatkapitalistischen Tendenzen in Deutschland verkörpert.

Die Arbeiterschaft besitzt heute schon Machtpositionen, von denen aus sie diesen Kampf führen kann: in den Gewerkschaften, in den Gemeinden, in den Ländern.

Daß der Bundesausschuß des ADGB, der Ministerpräsident Preußens und die sozialdemokratische Vertretung in der Stadtverordnetenversammlung von Berlin zur gleichen Stunde ihre Stimme erheben, um die gleichen Forderungen der Bürgerblockpolitik und ihren Absichten entgegenzustellen — das ist ein Symbol der Stärke der sozialdemokratischen Arbeiterschaft in Deutschland.

Es zeigt, um wie große Dinge der kommende Wahlkampf im Reich geführt werden wird: um ein Programm der Volkswohlfahrt und der sozialen Gerechtigkeit.

Die Forderungen der Sozialdemokratie in diesem Kampfe dringen in die Ueberzeugung des Volkes ein. Der Gedanke der Notwendigkeit des deutschen Einheitsstaats marschiert — und die Forderung der staatlichen und volkswirtschaftlichen Vernunft wird sich stärker erweisen als alle partikularistischen Hemmungen!

Preussischer Besuch in München.

Begegnung der Ministerpräsidenten. — Die Unitarier, die Föderalisten.

München, 24. November. (Eigenbericht.)

Der Preussische Ministerpräsident Dr. Otto Braun ist in Begleitung des Staatssekretärs Weismann am Donnerstag in München eingetroffen, um den Besuch des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held in Berlin zu erwidern und um gleichzeitig an der Wiedereröffnung der neu instandgesetzten Räumlichkeiten der Preussischen Gesandtschaft in München (Schack-Galerie) teilzunehmen. Der offizielle Besuch bei Dr. Held erfolgte um die Mittagsstunde. Abends war zur Einweihung der Gesandtschaftsräume Empfang beim preussischen Gesandten Dr. Dent, zunächst im engeren Kreis mit sämtlichen bayerischen Ministern und den Spitzen der Behörden. Bei dieser Gelegenheit führte

Ministerpräsident Dr. Braun

in einer kurzen Ansprache u. a. aus:

„Meine Herren! Sie wissen, daß die Frage der Beibehaltung der innerdeutschen Gesandtschaften nach der verfassungsrechtlichen Neugestaltung Deutschlands umstritten ist.

Ich mache auch kein Hehl daraus, daß ich selbst grundsätzlich auf dem Standpunkt Ihrer Entbehrlichkeit stehe.

Preußen hat auch alle seine früheren Gesandtschaften bei den Regierungen der deutschen Länder aufgehoben, bis auf die eine hier in München. Aus dem Umstand, daß wir diese eine unter Umständen sehr erheblicher Mittel vollständig neu eingerichtet haben, sollen Sie entnehmen, daß Preußen auf ihren Fortbestand Wert legt und ihr eine besondere Aufgabe zuweist. Seine Aufgabe ist, das Verhältnis zwischen den beiden größten Ländern des Reiches, zwischen Nord

und Süd, zum Wohle des gemeinsamen deutschen Vaterlandes immer enger zu gestalten, aufstrebende Mißverständnisse und Spannungen schon in ihrem Entstehen aufzulösen und zu beseitigen und damit dazu beizutragen, die sogenannte Mainlinie, die noch in manchen Köpfen spukt, vollends zu verwischen.

Mein heutiger Besuch in München erscheint übrigens im Hinblick auf die zurzeit recht regen Erörterungen über die verfassungsrechtliche Neugestaltung des Reiches nicht ganz unbedeutend und könnte zu Mißdeutungen Anlaß geben. Ich glaube, der Verlauf meines Besuches wird aber alle Bedenken zerstreuen, denn es liegt mir nichts ferner, als die Zahl der Reden über dieses so heftig umstrittene Programm um eine zu vermehren.

Die Ueberzeugung von der Unhaltbarkeit der heutigen verfassungsrechtlichen Struktur des Reiches ist mit der Zeit Allgemeingut aller im öffentlichen Leben stehenden Deutschen geworden.

Strittig ist nur die Frage, in welcher Richtung sich die unerlässliche Veränderung bewegen soll. Die Entwicklung wird sich da vielleicht zwangsläufiger gestalten, als viele denken. Denn die Geschichte hat oft ihre eigene Logik, die sich nicht immer in politische Kombinationen und juristische Konstruktionen einzwängen läßt. Jedenfalls lege ich Wert darauf, hier mit allem Nachdruck auszusprechen, daß der Vorwurf, der mitunter laut wird, Preußen strebe die Vorherrschaft im Reich, eine Verprechtung Deutschlands an, jeder Berechtigung entbehrt.

Während der preussische Ministerpräsident also ganz unmißverständlich von der Notwendigkeit der Entwicklung zum Einheitsstaat sprach, antwortete der

bayerische Ministerpräsident Dr. Held

mit einer Verherrlichung des Föderalismus und der „Eigenstaatlichkeit“. Er erklärte u. a.:

„Die bayerische Regierung sieht in dem Bestand der preussischen Gesandtschaft nicht nur das Unterpfand des Strebens, freundschaftliche Beziehungen zwischen dem preussischen Freistaat und dem Lande Bayern aufrecht zu erhalten, sie sieht in ihr auch den äußeren Ausdruck des föderalistischen Reichsgedankens, wie auch das innerdeutsche Problem aufgefaßt und zu seiner Lösung geführt werden will. Auch wir in Bayern wollen dem Deutschen Reich in seiner neuen Kräftigung auf allen Gebieten dienen und erachten als das sicherste Mittel hierzu die Wahrung der eigenen verfassungsmäßigen Rechte unseres Landes.“

Im Anschluß an das Festessen, an dem nur ein kleiner Personenkreis teilnahm, wurden die Räume der Gesandtschaft um 9 Uhr abends zu einem großen Empfang geöffnet, zu dem über 200 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens Münchens geladen waren.

Für die Zigarrenarbeiter!

Bundeshilfe der Gewerkschaften.

In der gestrigen Sitzung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes wurde, wie im Abendblatt schon kurz gemeldet, einstimmig beschlossen, angesichts der Notlage der ausgesperrten Arbeiter und Arbeiterinnen der Tabakindustrie diesen die Bundeshilfe zu gewähren. Zu diesem Zweck führen alle Verbände jede Woche 10 Pfennig pro männliches und 5 Pfennig pro weibliches Mitglied an die Bundeskasse ab. Diese Beitragsätze werden vom Bundesvorstand entsprechend erhöht, falls die Aussperrung einen größeren Umfang annehmen sollte.

Carols Abreise bevorstehend?

Das größte Hindernis mit Brasianu verschwunden.

Paris, 24. November. (Eigenbericht.)

Prinz Carol ist im Laufe des heutigen Abends wieder in Paris eingetroffen. Aus den Mitteilungen seiner Umgebung nimmt man als sicher, daß er sehr bald — vielleicht schon übermorgen — nach Bukarest fahren wird, da mit dem Tode Brasianus das größte Hindernis gegen seine Rückkehr fortgefallen ist und eine persönliche Gefahr für ihn nicht mehr besteht. Der neue Ministerpräsident Vintila Brasianu wird von hiesigen rumänischen Kreisen als eine bedeutungslose Persönlichkeit hingestellt, die einen Kampf mit der Carol-Partei nicht würde wagen können.

Die Deutschen in Ostoberschlesien.

Ein Gefängnisurteil laffiert — ein Gefängnisurteil gefällt.

Gestern wurde in Warschau vom Obersten Gericht das kassowitzer Gerichtsurteil aufgehoben, das seinerzeit mehrere Führer des Deutschen Volksbundes (Dudel und Genossen) mit Gefängnis- und Geldstrafen bedacht hatte. Dafür wurden am gleichen Tage in Königsberg die Redakteure des „Oberschlesischen Kuriers“, Aroczyk, zu sechs Monaten Gefängnis von der Strafkammer verurteilt, nachdem er in der ersten Instanz mit 500 Tloty Geldstrafe davonkommen war. Selbst der Staatsanwalt hatte nur einen Monat beantragt!

Nach der Redaktion des sozialdemokratischen „Volkswillens“, Genosse Helmerich, wurde in Kassowitz zu 200 Tloty verurteilt, weil er einen Artikel von — Korsantig mit Angriffen gegen den polnischen Staatspräsidenten abgedruckt hatte!

Ein schlechter Anfang.

Hermes und die deutsch-polnischen Verhandlungen.

Warschau, 24. November. (Eigenbericht.)

Der Antrag der Reichsregierung an Dr. Hermes, die Leitung der deutschen Delegation für die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen zu übernehmen, bedeutet für die polnische Öffentlichkeit eine große Enttäuschung. Die Warschauer Blätter hatten am Donnerstagmorgen noch mit der Ernennung des Ministerialdirektors Dr. Ernst gerechnet, worüber sie rein sachlich berichteten. Die Abendblätter bezeichnen Dr. Hermes als den Vertrauensmann der deutsch-polnischen Minister und den Interessensvertreter der deutschen Agrarier, die hier als Urheber der Verschleppung der Verhandlungen gelten. Auch die Eigenschaft von Dr. Hermes als Zentrumsmann könne, so erklären die polnischen Blätter, nicht darüber hinwegtäuschen, daß seine Ernennung eine Anregung der deutsch-polnischen Mitglieder des Reichskabinetts entspräche.

Bürgerblockvorstoß im Schulausschuss.

Die weltliche Schule soll zu einer Dissidentenschule abgestempelt werden.

Der Kampf um die weltliche Schule fand gestern im Bildungsausschuss des Reichstags eine sehr lebhafte Fortsetzung. Unter Führung der Deutschen Volkspartei haben die Regierungsparteien einen Antrag eingebracht, der verlangt, daß nur Kinder, die keinem Bekenntnis angehören, in die weltliche Schule aufgenommen werden dürfen.

Es war der Abg. Heinz (Dt. Sp.), der diesen Antrag begründete, allerdings nur vom juristischen Gesichtspunkt. Es ist aber bezeichnend, daß Heinz nunmehr zum zweiten Male — das erste Mal gegen die sächsischen Volksschulen — juristische Begründungen gibt, die der schärfsten Kulturreaktion die Wege ebnen.

Die Abgeordnete Frau Bäumer (Dem.) wandte sich sehr scharf gegen die Verschleppung der weltlichen Schule. Der Antrag gehe weit über die Regierungsvorlage, die schon schlimm sei, hinaus.

Die Kommunisten Rosenbaum und Harnke stellten wieder einmal Grundlosigkeiten und Berraat der SPD. fest.

Von dem Genossen Schred bekamen sie gesagt, daß wir jetzt ein Gesetz im Rahmen der Verfassung zu machen haben und dabei für die Volksschule das Günstigste herauszuholen müßten.

Genosse Fleißner, der von den beiden SPD-Deutten besonders angegriffen wurde, stellte fest, daß die Kommunisten wieder einmal verdächtigen, Unterstellungen vornehmen, um dann dagegen anzukämpfen.

Genosse Löwenstein behandelte eingehend die Bedeutung der Erziehungsfragen in der weltlichen Schule. Nachdem die Bekenntnisschule einen außerordentlich stark einengenden Charakter erhalten habe, bleibe nur noch die weltliche Schule, die die Möglichkeit einer weltlichen Gemeinschaftsschule gebe. Der Antrag der Regierungsparteien bedeute aber auch eine starke Einschränkung des Elternrechts, für das sich der Bürgerblock bei der Bekenntnisschule noch eingesetzt habe. Die weltliche Schule sei nach der Verfassung nicht nur eine Schule für Dissidentenkinder.

Genosse Crispian sagte den Kommunisten, daß nicht nur die Rede Wilhelm Liebknechts auf dem Erfurter Parteitag bei der Begründung der Forderung: Religion ist Privatfache, sondern auch die Rede Clara Zetkins aus dem Jahre 1921 zum Schulischen Gesetzentwurf die Richtigkeit der Haltung der Sozialdemokraten beweise.

Genossin Core Agnes zeigte dann noch, daß der Antrag der Regierungsparteien gegenüber dem jetzt bestehenden Zustande insbesondere im Westen des Reiches eine große Verschlechterung bedeute.

Frau Abg. Weber (Ztr.) bestritt die Absicht der Einengung. Fortsetzung der Beratung Freitag früh 10 Uhr.

Judenriecher.

Kleine Szene aus dem Reichsrat.

Bayerischer Bevollmächtigter von Imhoff, Berichterstatter:

„Die Ausschüsse des Reichsrats beantragen, die von Bayern gegen die Einbürgerung des Diplomingenieurs Anasaf Heller in den preussischen Staatsverband erhobenen Bedenken für unbegründet zu erklären.“

Bayerischer Gesandter von Preger beantragt Feststellung der Mehrheit.

Der Antrag der Ausschüsse wird mit allen Stimmen gegen die Erlaßung Bayerns angenommen.

Der Diplomingenieur Heller wird in Preußen eingebürgert. Troh Bayern. Er ist Jude.

Ein alter Reaktionsär ist in dem ehemaligen „Fürsten“ Alfred Windischgrätz, 76 Jahre alt, gestorben. Als er österröischer Ministerpräsident war, trieb 1893/94 eine harnäckige Wahlrechtsverweigerung die Arbeiter in leidenschaftliche Erregung, die sich in stürmischen Straßenkundgebungen äußerte. Sein Ahne war 1848 Oberbefehlshaber des 1. Reaktionsheeres, für ihn hat „der Mensch erst beim Baron angefangen“.

Mussolini provoziert wieder!

Schutz- und Trugbündnis Rom-Tirana. — Als Antwort auf den jugoslawisch-französischen Freundschaftspakt.

Rom, 24. November.

Nach einer amtlichen Mitteilung ist am 22. November in Tirana zwischen Italien und Albanien ein Schutzbündnis abgeschlossen worden. Der Vertrag wurde für Albanien vom Minister des Äußeren, Illias Dioni, und für Italien vom italienischen Gesandten in Tirana, Sola, unterzeichnet. Er wird dem Völkerbund unterbreitet.

Die Kunde hat in politischen Kreisen überaus und wird als unmittelbare Antwort auf den französisch-südslawischen Freundschaftspakt aufgefaßt und in diesem Sinne gedeutet.

Man kann Mussolini das Zeugnis nicht verjagen, daß er in seiner Rolle als prominenter Friedenspöterer Europas eine unermüdbare Aktivität entfaltet: kaum hat sich die Aufregung über seine Flottendemonstration in Langer eingermessen, als er die Welt mit der Kunde eines neuen italienisch-albanischen Vertrages. Dabei ist selten ein Vertrag so überflüssig gewesen wie dieser. Denn es besteht ja schon ein Tirana-Vertrag, durch den sich Italien bereits alle denkbaren Vorrechte über Albanien angeeignet hat. Dieser erste Vertrag ist zwar beim Völkerbundssekretariat registriert worden, doch ist es sehr zweifelhaft, ob er sich mit dem Wortlaut des Völkerbundsstatus vereinbaren läßt, da er praktisch die Unabhängigkeit Albaniens, das auch Völkerbundsmitglied ist, aufhebt. Mit dem Geist der Völkerbundschöpfung vertrug sich dieser Tirana-Vertrag jedenfalls nicht. Doch ließen die Großmächte Italien gewähren, aus Angst vor Komplikationen, insbesondere vor dem Austritt Italiens aus dem Völkerbund.

Südslawien fürchte sich bedroht und suchte Anlehnung an Frankreich. Frankreich laubierte anderthalb Jahr lang und schob die Ratifizierung des in Belgrad gewünschten Freundschaftsvertrages immer wieder hinaus. Vergebens bemühte sich Briand, Italien zu bewegen, den Vertrag mit Belgrad als dritte Macht beizutreten. Erst als Mussolini Anfang November seine gegen Frankreich gerichtete Flottenaktion in Langer unternahm, entschloß sich Briand zur Unterzeichnung dieses Freundschaftspaktes.

Darüber ungeheure Aufregung in Rom. Indessen hielt noch am Mittwoch der in Belgrad zurückgekehrte Außenminister Marinkowitsch in der Stuytschina eine Rede, in der er zwar die Befestigung der alten Freundschaft mit Frankreich mit warmen Worten pries, andererseits aber betonte, daß Jugoslawien auch gute Beziehungen zu Italien wünsche und daß dieser Vertrag nicht als unfreundlicher Akt gegen Italien aufgefaßt werden dürfe.

Als Antwort auf diese zurückhaltende Rede erfolgt nun die Veröffentlichung des neuen Schutz- und Trugbündnisses zwischen Italien und seinem albanischen Vasallen. Eine offensündigere Provokation ist gar nicht denkbar. Sie beweist den zielbewußten Willen Mussolinis, Europa nicht zur Ruhe kommen zu lassen und vor allem Jugoslawien und Frankreich immer aufs neue zu reizen. Wenn das so weitergeht, dann muß diese Politik ein schlimmes Ende nehmen.

Chamberlains indirekte Schuld an dieser systematischen Vergiftung der europäischen Atmosphäre ist ungeheuer groß. Denn England hätte es in der Hand, Italien im Zaume zu halten. Seit Locarno hat statt dessen der englische Außen-

minister Mussolini offenkundig protegiert. Man sieht jetzt, zu welchen Ergebnissen diese Duldung geführt hat. Noch hat England die Möglichkeit, dem Friedensstörer in Rom Einhalt zu gebieten. Läßt aber Chamberlain Mussolini weiter gewähren, dann ist das Unglück nicht aufzuhalten und die Schuld daran wird auf dem konservativen England fast ebenso schwer lasten wie auf dem faschistischen Italien.

Der Wortlaut des Vertrags.

Rom, 24. November.

Der neue Vertrag mit Albanien, der natürlich als Defensivbündnis bezeichnet wird, beginnt mit einer Präambel und enthält sieben Artikel:

Artikel 1. Alle zwischen den beiden Staaten nach dem Eintritt Albaniens in den Völkerbund abgeschlossenen Verträge werden innerhalb der durch den Wortlaut der Verträge selbst bestimmten Grenzen genau und treulich beachtet werden, so daß eine aufrichtige und vollkommene Freundschaft zwischen den beiden Völkern und den beiden Regierungen, sowie eine gegenseitige Unterstützung daraus entstehen werden. Es versteht sich, daß jede der beiden Parteien die Interessen und den Vorteil der anderen mit dem gleichen Eifer wahrnehmen wird, wie ihr eigenes Interesse und ihren eigenen Vorteil.

Artikel 2. Es wird ein unwandelbares Verteidigungsbündnis zwischen Italien einerseits und Albanien andererseits geben. Dieses Bündnis ist für eine Zeitdauer von 20 Jahren abgeschlossen und kann im Verlauf des achtzehnten oder des neunzehnten Jahres gekündigt werden. Wenn keine Kündigung erfolgt, so wird das Bündnis stillschweigend für einen gleichen Zeitraum erneuert. Die beiden Parteien werden ihre ganze Aufmerksamkeit und alle ihre Mittel für die Garantie der Sicherheit ihrer Staaten und für ihre gegenseitige Verteidigung und Schutz gegen jeden Angriff von außen anwenden.

Artikel 3. Infolge der durch die vorhergehenden Artikel eingegangenen Verpflichtungen werden die beiden Parteien im Einvernehmen für die Erhaltung des Friedens und der Ruhe handeln und, falls eine der Parteien von einem von ihr selbst nicht provozierten Krieg bedroht werden sollte, würde die andere Partei alle die ihr zu Gebote stehenden wirksamsten Mittel anwenden, nicht nur um die Feindseligkeiten zu verhindern, sondern auch um der bedrohten Partei eine gerechte Genugtuung zu verschaffen.

Artikel 4. Wenn alle Mittel der Schlichtung versagt haben sollten, so verpflichtet sich jede der beiden Parteien, ihr Schicksal mit dem Schicksal der anderen zu verschmeißen, indem sie ihren Verbündeten alle militärischen, finanziellen und sonstigen Mittel zur Verfügung stellt, die ihr helfen können, den Konflikt zu überwinden, natürlich unter der Voraussetzung, daß die bedrohte Partei diese Hilfe verlangt.

Artikel 5. Für alle in Artikel 4 vorgesehenen Fälle verpflichten sich die beiden Parteien, weder Frieden noch Waffenstillstand, noch Waffenruhe ohne gegenseitige Verständigung zu schließen, noch entsprechende Verhandlungen aufzunehmen.

Artikel 6. Der vorliegende Vertrag wurde in vierfacher Ausfertigung unterzeichnet, davon zwei in italienischer und zwei in albanischer Sprache, die beide gleich maßgebend sind.

Artikel 7. Der vorliegende Vertrag soll ratifiziert und beim Völkerbund hinterlegt werden. Die Ratifikationsurkunden wurden in Rom im Jahre 1927 ausgetauscht.

(gez.) Igo Sola, Illias Dioni.

Wilhelm will nicht zahlen!

Seine Hofkammerbeamten klagen ihr Gehalt ein.

König Wilhelm sitzt, immer noch einer der reichsten Männer Europas, auf seinem Gut in Doorn. Für seine jetzigen und früheren Hofkammerbeamten hat er aber kein Geld, die müssen ihr Recht sich auf dem Klagenwege erkämpfen.

Hofkammer — so nannte und nennt sich noch heute die Verwaltung der hohenzollernschen Familiengüter. An ihrer Spitze stand der Hofkammerpräsident; ihm waren untergeordnet die Hofkammersekretäre und Amtsenmeister, Kanzlisten und Kanzleidiener, auf den Förstereien die Forstbeamten. Alle diese Beamten in privaten Diensten des Königs waren aber gewissermaßen gleichzeitig auch Staatsbeamte. Ihr Gehalt war aber höher, als das der letzteren in gleicher Stellung, da eine Beförderung für sie nicht möglich war. Das Mehr, das sie erhielten, war pensionsfähig.

Daran änderte auch nichts die Umwälzung, die im Jahre 1918 die Beschlagnahme der königlichen Güter brachte, deren Einnahmen nun unter die Kontrolle des Finanzministers gestellt wurden. Die Hofkammerbeamten erhielten nach wie vor ihr volles Gehalt. Als aber im Jahre 1920 die neue Beamtenbesoldungsordnung kam, wurden sie in eine Gehaltsstufe eingeeordnet, die für sie eine Verringerung ihres Gehaltes bedeutete.

Die ehemalige Hofkammerverwaltung, an deren Spitze der Hofkammerpräsident v. Keil stand, machte sich die geschaffene Situation unannehmlich und verweigerte den Beamten das Mehr, das sie bis jetzt erhalten hatten. Vergebens wandten sich die ehemaligen Hofkammerbeamten an den Hofkammerpräsidenten, er möge doch die Angelegenheit regeln und für die Auszahlung des ausgefallenen Gehalts teils Sorge tragen. Keil wollte aber nichts davon wissen. Es folgte Eingabe auf Eingabe, alles umsonst. Die Beamten traten an den Generalbevollmächtigten des normals preussischen Königshauses heran. Er vertröstete sie auf die Zukunft.

Endlich nach langem Drängen der Beamten trug v. Keil deren Anliegen dem Finanzminister vor. Dieser erklärte aber, die Frage der Fürstenabschließung liege für die Zukunft, eine Forderung der Sachlage sei deshalb im gegebenen Augenblick nicht tunlich. Fast zu gleicher Zeit wurde aber das Gehalt des Kammerpräsidenten v. Keil um 2000 M. erhöht!

Schließlich wurde aber doch die Angelegenheit mit den Gütern und Forsten des ehemaligen Königs von Preußen geregelt: ein Teil davon wurde Staatseigentum, ein anderer blieb Eigentum Wilhelms von Preußen. So wurde ein Teil der früheren Hofkammerbeamten

Staatsbeamte, der andere ging in den Privatdienst des ehemaligen Königs über. Letzteren gewährte er nun das gleiche Gehalt, das früher seine Hofkammerbeamten erhielten. Er wollte aber nichts davon wissen, ihnen auch für die verflochtenen Jahre das Mehr auszuzahlen, auf das sie Anspruch hatten. So blieb nichts anderes übrig, als den Weg der Zivilklage zu beschreiten. Die Beamten fordernten für die letzten vier Jahre — der Anspruch für die vorhergehenden Zeit war bereits versährt — die Auszahlung der ihnen vorenthaltenen Beträge.

Wilhelm I. R. läßt sich aber nicht verblüffen. Er erklärte durch seinen Rechtsvertreter, das Mehr, das seine Hofkammerbeamten erhielten, sei gewissermaßen eine Gratifikation gewesen, die vom Gutdünken des jeweiligen Königs abhinge. Er berief sich auf eine Kabinetsordre vom Jahre 1872, auf Grund der „keinem Beamten ein Rechtsanspruch auf das Aufstehen in eine höhere Gehaltsstufe zustehe“, das hieß mit anderen Worten, daß er, Wilhelm von Preußen in diesem Punkte gewissermaßen überhaupt nicht verflocht sei. Die Kabinettsordre seines Großvaters von 1885 hatte Wilhelm zufällig vergessen, nach der wenigstens der Hofkammersekretären zufolge geschicklich zugestanden wird, daß ihr Mehr stets bezahlt werden solle.

Der für gestern anberaumte Gerichtstermin mußte verlagert werden. Drei Tage vorher hatte Wilhelms Vertreter dem Gericht einen neuen umfangreichen Schriftsatz eingereicht. Nun soll erst im Dezember die gerichtliche Entscheidung getroffen werden. Wie groß die Empörung unter den betroffenen Beamten ist, dafür zeugt allein schon der Umstand, daß zur geistigen Gerichtsverhandlung aus den verschiedensten ehemaligen königlichen Forsten Beamte als Zuhörer im Gerichtssaal erschienen waren. Enttäuscht über die Verhöhnung mußten sie ihre Rückfahrt antreten.

Wilhelm darf nicht auftreten!

Auf Antrag der Vertretung Wilhelms II. hat das Berliner Landgericht ohne mündliche Verhandlung durch eine einstweilige Verfügung der Bischoff-Wöhne bei Vermeidung der gesetzlichen Haft- oder Geldstrafe aufgegeben, die Rolle Wilhelm II. in dem Stück „Rasputin“ zu streichen. — Wilhelm will „seinem Volke“ nicht einmal auf der Bühne begegnen!

Die tapferen Kommunisten.

Worte und - Abstimmungen.

Bei der Beratung des deutsch-französischen Handelsvertrages am Dienstag dieser Woche drohte der Kommunist Hörnie im Reichstag die alte verrostete Leier gegen die Sozialdemokratie, die genau ihrer jahrzehntelangen Tradition einem Handelsvertrag zustimmt, der, mag er auch ungenügend sein, doch den Handelsverkehr zwischen beiden Ländern erleichtert - auch im Interesse der Arbeiter. Herr Hörnie trompetete los:

„Der Vertrag ist ein ausgesprochener Vertrag des großen Trustkapitals. Die Handelspolitik der Trusts und Kartelle bedeutet nicht Befriedigung der Weltwirtschaft, sondern steigenden Wirtschaftskrieg. Die Leidtragenden der Handelspolitik der Trusts und Kartelle sind die Kleindauern und Arbeiter. Trotz der steigenden Belastung der wertvollen Schichten durch die Handelspolitik des Großkapitals stimmt die SPD. dieser Handelspolitik zu. Die SPD. will Zollabbau Arm in Arm mit den Hochschulzöllnern.“

Man hätte nach dieser vernichtenden Anklage annehmen müssen, die Kommunisten würden dieses Scheusal des Trustkapitals in die Wastfelucht werfen. Aber weit gefehlt, als der Präsident bei der Abstimmung aufforderte, die Gegner des Handelsvertrages mögen sich von den Plätzen erheben, blieben die tapferen Kommunisten sitzen, enthielten sich der Stimme und ließen so dem furchtbaren Unheil freien Lauf!

Sie hatten wieder einmal nur ein Standaistück gegen die Sozialdemokraten aufzuführen wollen, aber vor den Konsequenzen ihres lächerlichen Treibens fiel ihnen das Herz in die Hose.

Ein Geständnis.

Regierung und Bürgerblock entrechteten die Mieter.

Im Wohnungsausschuß des Reichstages wurden die Fristen und die Rechtsfolgen des verpachteten Widerspruchs gegen das amtsliche Kündigungsverfahren besprochen. Hierbei stellte Genosse Lipinski fest, daß die Mehrheit alle Verbesserungsanträge der Sozialdemokraten abgelehnt habe, weil angeblich dadurch die Einheitlichkeit des Rechts durchbrochen werde. Nach § 1h werde dieser Grundlag durchbrochen, denn der Mieter soll nach verfallenen Widerspruch und ergangenen Räumungsbefehl nicht die gleichen Rechte haben, wie der einfache Schuldner nach § 700 ZPO. Danach habe nach ergangenen Räumungsurteil der Schuldner das Recht, alle materielle Einwendungen im Falle des Widerspruchs gegen das Räumungsurteil im folgenden Klageverfahren geltend zu machen. Dieses Recht werde dem Mieter entzogen. Lipinski beantragte deshalb, dem Mieter dasselbe Recht zu gewähren, wie andere Schuldner und den Widerspruch des Mieters auch gelten zu lassen, wenn er vor Ablauf der Widerspruchsfrist nur dem Vermieter mitgeteilt habe, daß er widersprechen wolle.

Der Vertreter der preussischen Regierung, Dr. Freit, der Beauftragte des dem Zentrum angehörenden preussischen Justizministers, erhob erneut gegen diese Vorlesung Bedenken. Er wies darauf hin, daß der Brauch, daß man einer Kündigung nicht zu widersprechen brauche, sich so tief eingebürgert habe, daß das Publikum sich nicht an das neue Kündigungsverfahren gewöhnen und darum beschleunigt werde.

Der Ministerialdirektor Oegn erklärte, daß, wenn der § 1h fälle, der Mieter also jedem Schuldner gleichgestellt werde, dann das ganze Kündigungsverfahren seinen Zweck habe und wirkungslos bleibe. Vorteil habe auch der Mieter von dem Verfahren.

Diese, die Mehrheitsparteien schwer belastende Erklärung wurde sofort vom Genossen Lipinski festgehalten. Es sei das Eingeständnis, daß bewußt die Mieter entrechtet werden sollen und damit wurden alle die Bedenken bestätigt, die die Sozialdemokraten bereits in der Generalausprache gegen das Kündigungsverfahren geltend gemacht hätten.

Einmalos sei die Behauptung, daß dies zum Vorteil des Mieters gelte. Der Mieter erhebe Widerspruch, weil er einen Nachteil von sich abwenden wolle, man entziehe ihm die Rechtsgarantien und hänge ihn dann auf, und das soll eine Rechtswohlthat für den Mieter sein?

Angeichts des Widerspruchs des preussischen Justizministeriums erklärte endlich der Abg. Tremmel vom Zentrum, daß er in der ersten Lesung dafür stimme, sich aber für die zweite Lesung keine Entscheidung nach Rücksprache mit dem preussischen Justizminister vorbehalten.

Alle Anträge, die den Mieter jedem Schuldner gleichstellen sollte, wurden niedergestimmt und § 1h mit einer redaktionellen Änderung angenommen. Der Mieter soll also entrechtet werden.

Der Thüringer Justizskandal.

Frieders setzt den Kampf ums Recht fort.

Von dem Oberstaatsanwalt Dr. Frieders nächstehender Seite wird den WTB-Nachrichten geschrieben:

In der Angelegenheit des Oberstaatsanwalts Dr. Frieders ist durch die ablehnende Entscheidung des Oberlandesgerichts Jena die nicht nur von Dr. Frieders, sondern von den verschiedensten Seiten im Interesse des Ansehens der deutschen Rechtspflege dringend erwartete Klärung des Sachverhalts wiederum hinausgeschoben worden. Bei der vielbekämpften gesetzlichen Beschränkung, die der erfolgreichen Durchführung jedes Wiederaufnahmeverfahrens entgegensteht, mußte dieses Ergebnis allerdings befürchtet werden. Gleichwohl ist anzunehmen, daß Dr. Frieders sich dabei nicht beruhigen wird, zumal die gesetzliche Möglichkeit gegeben ist, den Wiederaufnahmeantrag jederzeit zu erneuern und Gründe des oberlandesgerichtlichen Beschlusses, die mit nachweisbaren, teilweise sogar attamenmäßig feststehenden Tatsachen nicht vereinbar sind, neben weiteren Material die Grundlage für einen neuen Antrag bilden können.

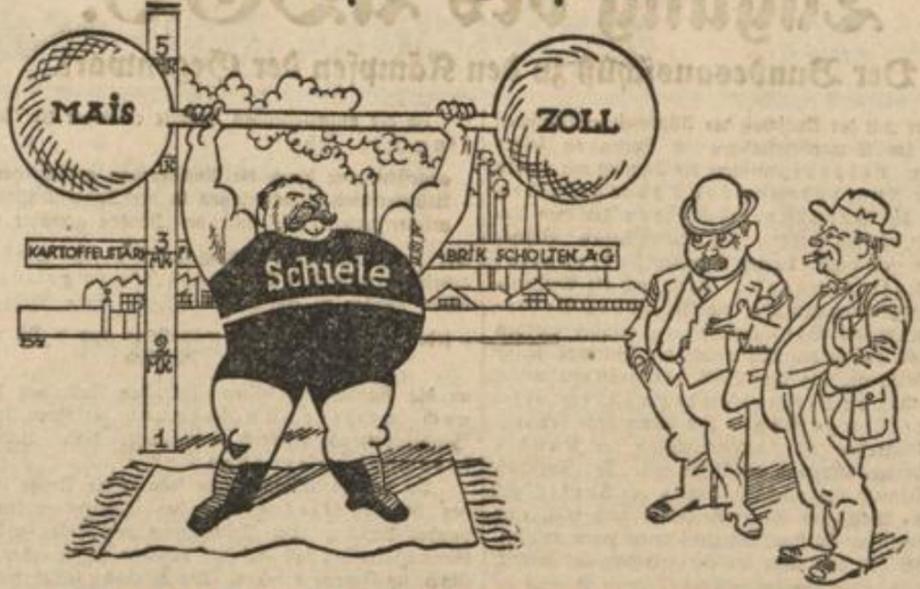
Ein neuer Museumsstempel?

Verabschiedung des Professors Schmig.

Prof. Dr. Hermann Schmig, Kurator am Kunstgewerbemuseum im Schloß, ist um seinen sofortigen Abschied eingekommen. Schmig ist länger als zwanzig Jahre im Berliner Museumsdienst tätig. Sein Ruf als Gelehrter und Museumsfachmann reicht über Deutschlands Grenzen hinaus. Da jetzt die Stelle eines Direktors am Schloßmuseum frei wird, kam Schmig als ältester Kurator des Instituts für die Befragung des Postens zunächst in Frage. Geheimrat v. Falcke, der ausscheidende Direktor, hat aber für seine eventuelle Nachfolge zwei andere Fachmänner vorgeschlagen.

Dieser Vorgang wäre an sich nicht auffallend, wenn ihn nicht einige interessante Nebenumstände begleiteten. Bekanntlich ist es Schmig gewesen, der gegen die Absichten seines Vorgesetzten Falcke den Austausch der beiden Regencezimmer des Kunstgewerbemuseums gegen ein kleines byzantinisches Emailwerk verhindert hat. Unter Zustimmung aller sachkundigen Kreise. Ferner war es Schmig, der in dem Streit um Bode gegen einen anderen Vorgesetzten, den Museumsreferenten im Kultusministerium Dr. Gall, scharf

Athlet Schiele.



„Wie er den Maiszoll hochstemmt, welche Stärke wirkt da in ihm!“
„Om. - vielleicht Kartoffelstärke...?“

Abrüstungsvorstoß Macdonalds.

Chamberlain gegen Definierung des Angreifers.

London, 24. November. (Eigenbericht.)

Der englische Arbeiterführer

Ramsay Macdonald

eröffnete am Donnerstag im Unterhaus die Aussprache über das Abrüstungsproblem. Er betonte einleitend, daß eine neue Generation ohne Kriegserfahrungen heranreife, die einer Verrückung ebenso zum Opfer fallen werde, wie es der gegenwärtigen Generation geschehen sei. England sei in jedem Vertrag, den es seit 1919 geschlossen habe, die feierliche Verpflichtung eingegangen, den Frieden und die Entwaffnung zu fördern. Trotzdem habe Lord Cecil zurücktreten müssen, weil er gehindert wurde, an der Verwirklichung der Entwaffnung ernsthaft mitzuarbeiten. Macdonald kritisierte dann die Zusammensetzung der britischen Delegation zur Seeabrüstungskonferenz und forderte die Regierung auf, das Problem der Sicherheit in Zukunft mit mehr Mut in Angriff zu nehmen. Das bedeute zwar ein Risiko, aber auch die Unterzeichnung des Locarno-Vertrages sei ein Risiko gewesen.

In seiner Antwort betonte der Außenminister

Chamberlain.

die britische Delegation für die Seeabrüstungskonferenz sei die am wenigsten militärisch zusammengesetzte Delegation gewesen und habe einen Plan unterbreitet, der nicht nur eine Verringerung der Ausrüstung zur See, sondern eine wirkliche Verminderung der Angriffsfähigkeit zur See bedeutete hätte. Macdonald habe ihn gefragt, ob er bereit sei, den Begriff Angriffskrieg zu definieren. Seiner Meinung nach wäre es ein großes Unglück, wenn der Völkerbund den Begriff Angriffskrieg näher zu umreißen versuchen würde. Er halte eine Scheidung über Angreifer und Angegriffene in jedem praktischen Falle durchaus für möglich. Aber er sei gegen eine vorherige Festlegung des Begriffs, da dies dazu führen würde, daß ein zukünftiger angreifender Staat eine Form des Angriffs wählen würde, die nicht unter den Begriff der Völkerbundsformel fallen, und dieser Staat deshalb straflos ausgehen würde.

Abrüstungsdebatte in der Dunkelheit.

London, 24. November.

Nach Chamberlain ergriff Kenworthy das Wort. Während seiner Ausführungen

ging plötzlich das Licht in Unterhaus aus.

Die Debatte mußte daher zeitweilig eingestellt werden. Ab und zu leuchteten infolge angezündeter Streichhölzer einige Gesichter von Mitgliedern auf. Schließlich wurden zwei Kerzen in das Unterhaus gebracht und auf den Tisch vor dem Stuhl des Sprechers gestellt.

Auch im Oberhaus ist das Licht ausgegangen. Am unangenehmsten machte sich die Dunkelheit in den Korridoren fühlbar, wo die Mitglieder des Parlaments mit Strohhalmen, Petroleumlichtern und eilig beschafften Kerzen aneinander vorbeihuschten. Die im Oberhaus begonnene Debatte über Indien wurde mit Hilfe des früheren Kronleuchters, der, wie er entdeckt wurde, voll mit Kerzen bestückt war, fortgesetzt.

Rittis Referat über Diktaturen und Kriegsgefahr.

London, 24. November. (Eigenbericht.)

Am Donnerstag wurde in London die von internationalen pazifistischen Organisationen einberufene Kriegsgefahrkonferenz in Anwesenheit von 500 Delegierten zahlreicher Länder eröffnet. An Stelle des durch parlamentarische Pflichten verhinderten deutschen Vertreters Dr. Breitscheid hielt der frühere italienische Ministerpräsident Ritti die Eröffnungsrede über die Kriegsgefahr heute größer sei als 1913, am Vorabend des Krieges. Er erörterte insbesondere die Rolle, welche den verschiedenen in Europa bestehenden Diktaturen bei der Wiedererweckung der Kriegsgefahr zukommt und stellte fest, daß es keinen Frieden, keine Abrüstung und kein Ende der Balkananklagen ohne vorherigen Sturz der verschiedenen Diktaturen geben könne. Ritti legte sich dann mit englischen Staatsmännern auseinander und bezeichnete es als eigenartig, daß diese ernsthaft von Locarno sprächen und mit ernstem Willen nach Genf gingen und gleichzeitig die verschiedenen Diktaturen, „die wilde und brutale Diktatur Italiens, die Diktatur der Selbstherrscher in Ungarn, die blutige Diktatur Bulgariens und die tomische und korrupte Diktatur Spaniens“ protegierten. Ohne Freiheit der Parteien, Freiheit der Presse, Freiheit der öffentlichen Meinungen sei wahre Demokratie und der Friede in Europa unmöglich.

Der auf dem Kongreß anwesende deutsche Delegierte General v. Schönaich wurde von der Konferenz mit lebhaftem Beifall begrüßt.

Italienische Blätter melden, daß sich Mussolini bereit hat, den seit Monaten leerstehenden Brüsseler Botenschafferposten in dem Augenblick neu zu besetzen, wo Banderowitsch das Auswärtige Amt verläßt. Im Auswärtigen Amt versichert man uns, daß dort von irgendeinem Schritt der italienischen Regierung nicht das geringste bekannt ist. Aber selbst wenn sich die Ankündigung der italienischen Blätter bewahrheiten sollte, braucht Herr Symans auf diesen ersten diplomatischen „Erfolg“ gewiß nicht besonders stolz zu sein.

Abgelehntes Genferamt.

Polnisches Militär zu gut dazu.

Warschau, 23. November.

Der Kriegsminister hat gegen die Heranziehung von Militär zur Vollstreckung von Todesurteilen Protest erhoben. Der Minister hat deshalb eine neue Verordnung erlassen, welche die Vollstreckung der Todesurteile den Gerichten überlassen soll. Die Verordnung ist noch nicht veröffentlicht worden.

Scholten A. & Co.

Durch Zollverhöhung auf den Mais stieg der Kartoffelstärkepreis. War der Minister Produzent von Stärke, sähe hier am Ende Man Interessentenpolitik. — Drum hört: die Schiele'sche Fabrik, um die es sich im Falle handelt, wird längst schon zur A. & Co. verwandelt und ihm, da er sie eingebracht, im Preis durch Aktien abgegolten. Wenn durch den Zoll jetzt, wie vorher, die Dividende plötzlich wächst, so ist's nur die A. & Co., die lacht. Herr Schiele lächelt ganz unbehelligt — Scholten!
Jonathan

Stellung nahm. Und schließlich hat Schmig, wie es heißt, gegen den Willen oder wenigstens ohne Wissen eines dritten Vorgesetzten, des Ministerialdirektors Kenwig, aber unter Mitwirkung der Gewerkschaften, Museumsführungen und -vorträge veranstaltet, die zu einer Popularisierung der Kunstschätze sehr viel beigetragen haben.

Wenn man diese Begleitumstände in Betracht zieht, fällt es schwer zu glauben, daß die Aufstellung des verdienten Museumsfachmannes aus rein sachlichen Gründen erfolgt ist. Wir hoffen, daß das preussische Parlament sich dieser Affäre energisch annimmt und in die dunklen Winkel unserer Kunstverwaltung einmal gründlich hineinleuchtet. Es gibt hier leider vieles, was der Erörterung und Klärung dringend bedürftig ist.

Nach dem belgischen Regierungswechsel

Flämische Kritik an Hymans.

Brüssel, 24. November. (Eigenbericht.)

Die neuen Minister haben ihre Ämter am Donnerstag übernommen. Von Interesse ist, daß der Außenminister Hymans den Kabinettschef Banderowitsch, von Langenhove, beibehält. Der bisherige Arbeitsminister, Genosse Bauwers, übernimmt jetzt wieder die Leitung des „Peuple“.

In der Versammlung der katholischen Parlamentsfraktion hat der sehr einflussreiche flämisch-demokratische Abgeordnete und Bürgermeister von Antwerpen, van Cauwelaert, der zudem einer der belgischen Delegierten am Völkerbund ist, sehr scharfe Kritik an der Zusammensetzung der neuen Regierung geübt. Er sagte, die Wahl von Hymans als Außenminister sei die denkbar ungünstigste. Es stehe zu befürchten, daß er bei seiner chauvinistischen und unbedingt französischfreundlichen Einstellung des Friedenswert Banderowitsches aufhalten, wenn nicht gar zunichte machen werde. Außerdem sollte van Cauwelaert der Tätigkeit des bisherigen Unterrichtsministers Hymans warmes Lob und kündigte an, daß er sich jedem Versuch des liberalen Nachfolgers von Hymans, dessen Errungenschaften für die flämische Sache zu zerstören, mit der größten Energie widersetzen werde.

Tagung des ADGB.

Der Bundesausschuß zu den Kämpfen der Gegenwart.

Am 24. November trat der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes im Gewerkschaftshaus in Berlin zu seiner 10. Sitzung zusammen. Leipart eröffnete die Tagung mit kurzen Darlegungen über die Ausperrung der Tabakarbeiter. Er kam sodann auf die Grenzstreitigkeiten zwischen den Verbänden zu sprechen, die sich in letzter Zeit gehäuft haben. Ferner erstattete Leipart einen gedrängten Bericht über den Internationalen Gewerkschaftskongress in Paris und die Verhandlungen, die in den letzten Monaten über die Wahl des Präsidenten und die Frage der Sitzverlegung geführt worden sind. Es geht nach der Ansicht des Vorstandes des Internationalen Gewerkschaftsbundes nicht an, daß dem ADGB ein Präsident ausgedrungen wird, der nicht das Vertrauen der angeschlossenen Landeszentralen genießt. Der Generalkongress des englischen Gewerkschaftskongresses hält bekanntlich an der Kandidatur Purcell für den Vorstand des IGB fest. Der Ausschuss des ADGB, der im Januar des nächsten Jahres in Berlin zusammentritt, wird die Wahl des Generalsekretärs und evtl. eine Ersatzwahl für das englische Vorstandsmitglied vornehmen müssen. Der Ausschuss des IGB soll auch über die Sitzverlegung entscheiden.

Die Verbände wie der Bundesvorstand haben ihren Beitrag zu der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene erhöht. An Stelle der bisherigen Zeitschrift der Gewerkschaftszeitung „Arbeitsrecht und Arbeitslosenversicherung“ wird vom Januar ab eine selbstständige Zeitschrift treten, deren Redaktion der Leiter der Arbeitsrechtsabteilung beim Bundesvorstand, Clemens Körpel, übernehmen wird. Leipart berichtete ferner über eine Reihe von

Eingaben an Behörden

aus der letzten Zeit, ein Arbeitsgebiet, das in der Stille vor sich geht, aber doch große Bedeutung hat.

Der Bundesvorstand hat sich z. B. in einer Eingabe an den preussischen Wohlfahrtsminister gewandt, um eine Änderung der ungünstigen Ausführungsbestimmungen zur Verordnung über die Gleichstellung der Berufstransportisten mit den Unfällen zu erreichen. Als „geeignete Kräfte“ im Sinne der Verordnung und als Gutachter bei den Versicherungsämtern sollen nicht die angestellten Kräfte der Berufsgenossenschaften, sondern die beamteten Gewerbe- und Betriebsärzte herangezogen werden.

Eine weitere Eingabe an den Reichsinnenminister sowie die Länderregierungen und Parlamente beschäftigt sich mit der sozialhygienischen Ausbildung der Medizinstudierenden. Sie fordert im Interesse der Sozialversicherung und der ärztlichen Mitarbeit im Arbeiterschutz die Errichtung von Lehrstühlen für soziale Hygiene an den Universitäten, um so zu ermöglichen, daß die Medizinstudenten Unterricht in sozialer Hygiene erhalten können und sich in ihrem Staatsexamen über Kenntnisse auf diesem Gebiete ausweisen müssen. Die zurzeit in Umgestaltung befindliche Prüfungsordnung für Kräfte bietet die Handhabe für eine Änderung in diesem Sinne.

Der Bundesvorstand hat sich auch in einer umfangreichen Eingabe an das Reichsfinanzministerium für die Erhöhung des steuerfreien Lohnabzugs eingestellt. Er hat ferner Stellung genommen gegen die Errichtung von Religionsunterricht an den Berufsschulen.

Am Schlusse seiner Ausführungen brachte Leipart dem Ausschuss eine Entschlieung zur Kenntnis, in der der Bundesvorstand Stellung nimmt zu der Frage der Auslandsanleihen und der Steuerpolitik der Reichsregierung.

Nach dem Bericht des Bundesvorsitzenden nahm zunächst der Vorsitzende des Tabakarbeiterverbandes, Deichmann, das Wort zu eingehenden Ausführungen über die Vorgänge, die zu der Ausperrung der Tabakarbeiter geführt haben.

In der anschließenden Debatte erklärten die Verbandsvorstände einmütig, daß

angeichts der durch die Ausperrung geschaffenen Notlage der Arbeiter und Arbeiterinnen in der Tabakindustrie dem Tabakarbeiterverband die Hilfe des Bundes gewährt werden müsse.

Der Bundesausschuß beschloß daher einstimmig, dem Tabakarbeiterverband die Bundeshilfe zu gewähren. Alle Verbände werden zu diesem Zweck

jede Woche 10 Pf. pro männliches und 5 Pf. pro weibliches Mitglied

an die Bundeskasse leisten für den Fall, daß die Ausperrung noch weitere Ausdehnung erfahren sollte, wurde der Bundesvorstand zugleich ermächtigt, diese Beitragsföge entsprechend zu erhöhen.

In der Diskussion wurde sodann die Frage des Sitzes und des Generalsekretärs des Internationalen Gewerkschaftsbundes berührt. Die Bestimmung des Sitzes und die Wahl des Generalsekretärs soll auf der nächsten Sitzung des Ausschusses des IGB im Januar erfolgen. Der Ausschuss schloß sich der Auffassung an, daß der Vorstand des IGB in der Ausschusssitzung im Januar gebildet werden müsse, und daß man dies nicht mehr abhängig machen dürfe von der Haltung der englischen Gewerkschaften.

Am Verlauf der weiteren Verhandlungen nahm der Bundesausschuß einstimmig eine Entschlieung zur Wirtschaftslage an, die der Bundesvorstand vorgelegt hatte und die unsere Leser an anderer Stelle des Blattes finden.

Konflikt in der badischen Textilindustrie.

35 000 Arbeiter vor dem Kampf.

Freiburg, 24. November. (Eigenbericht.)

Die Verhandlungen in der badischen Textilindustrie sind am Donnerstag gescheitert. Die Unternehmer blieben auf ihrem ersten Angebot von 3,5 Pf. die Stunde bestehen. Die Lage ist sehr ernst. Der Tarif umfaßt 35 000 Beschäftigte.

Roth und Köhler dieselbe Nummer.

Nur keine allgemeine Lohnerhöhung.

Bei den Lohnverhandlungen für die Wasserbauarbeiter ist — das war nach dem Ausgange der Lohnverhandlungen bei der Reichsbahn, Reichspost und im Reichsfinanzministerium voranzusehen — nichts Ersprießliches herausgekommen. Auch das Reichsverkehrsministerium will von einer generellen Lohnverbesserung nichts wissen, und ist nur für einzelne Orte, wo die Löhne gegenüber der Entlohnung der vergleichbaren Arbeiter zurück sind, bereit, eventuell über eine Lohnverbesserung mit sich reden zu lassen. Daß dabei nichts herauskommt, liegt auf der Hand.

Der energische Protest des Deutschen Verkehrsbundes, vor allem seine Resolutionen bei den Arbeitsgerichten gegen die vielfach sehr willkürliche Auslegung des Tarifvertrages der Wasserbauarbeiter durch das Reichsverkehrsministerium haben bereits einen Erfolg für die Wasserbauarbeiter gebracht. Das Ministerium hat sich nunmehr dazu bequemt, den Forderungen der Organisationen mehr entgegenzukommen, wie aus den zurzeit zwischen Ministerium und Organisationen stattfindenden Besprechungen über die Auslegung des Tarifvertrages hervorgeht.

In der Frage der Niedriggruppierung bestimmter Arbeiterkategorien wurde von den Organisationen erreicht, daß alle nach dem 1. November herabgruppierten Wasserbauarbeiter den höheren Lohn der alten Gruppe zunächst einmal als Ausgleichs-

schlag erhalten, ganz gleich, ob die Herabgruppierung zu Recht oder zu Unrecht erfolgt ist, was später noch besonders untersucht und geklärt werden soll. Ferner wurde eine Verbesserung in der Unterfüllung des Personals, bzw. in der Unterfüllung der Ausbildung des Personals erreicht. Die Verhandlungen über die Weiterbildung des Schiffpersonal des Wasserbaues bei Luherbetriebe der Fahrzeuge sind noch nicht abgeschlossen. Das Ministerium will die Leute abbauen und sie zum Teil an die Werftbetriebe abgeben, soweit dort Arbeit vorhanden ist. Die als Werftarbeiter niedriger (mit 4,80 M. statt mit 6 M.) entlohnenden Matrizen möchte man dann wieder auf den Fahrzeugen mit der gleichen Arbeit beschäftigen, die sie vorher bereits ausgeführt haben. Diesen Praktiken muß ein Kegel vorgehoben werden.

Pflichtlöhne für Heimarbeiterinnen.

In der Damen-, Kinderwäsche- und Schürzenfabrikation.

Laut Beschluß des Sachausschusses erhöht sich das Mindeststundentgelt für die Heimarbeiterinnen der Damen- und Kinderwäsche- und Schürzenfabrikation von 50 Pf. auf 53 Pf. und ab 1. Januar 1928 auf 54,06 Pf.

Für die Heimarbeiterinnen der Schürzenfabrikation wurde das Mindeststundentgelt von 46,2 Pf. auf 50 Pf. erhöht.

Diese Festsetzung gilt für alle Arbeiterinnen, die nach dem 17. November d. J. zur Auszahlung kommen. Diese Beschlüsse gelten für die Stadt Berlin und auch für die Provinz Brandenburg. Die beiden Beschlüsse gelten nicht nur für die Fabrikanten, sondern auch für die Zwischenmeister. Nähere Auskunft im Verbandsbureau des Deutschen Bekleidungsarbeiterverbandes, Sebastianstr. 37/38, täglich von 8—1 Uhr vormittags. Die Parteipresse der Provinz Brandenburg wird um Abdruck gebeten.

Vom Werksgemeinschaftstheater.

Die „Vaterländischen“ und die „Nationalen“.

Die II. meldet: Die Differenzen in der Geltung des Reichsbundes vaterländischer Arbeiter und Werkvereine sind, wie die Vereinigung nationaler Arbeiter, Essen, mittelt, dadurch beendet worden, daß der Abg. Wiedemann von seinem Posten als Bundesgeschäftsführer zurückgetreten ist und nunmehr zu der unabhängigen nationalen Arbeiterbewegung im Westen Deutschlands Beziehungen aufgenommen hat. Der Landesverband Berlin-Brandenburg, der bisher dem Reichsbund vaterländischer Arbeiter angehört, wird sich mit den Gruppen, die außerhalb des Reichsbundes vaterländischer Arbeiter stehen, vereinigen. Er führt von nun an den Namen „Reichsbund nationaler Arbeiter“ und steht unter der Führung des Landtagsabgeordneten Wiedemann.

Freie Gewerkschaftsjugend Ost-Berlin. Heute, Freitag, 19. Uhr, tagen die Gruppen: Hermannplatz; Gruppenheim Jugendheim Gendarm. 11. Ecke Polsterstraße. Ost-Berlin im Post und Wild. — Schönefelder Gruppenheim Stabellab Wedding, Grödenstr. 45-46, Freitag: Sozialismus in der Gruppe. — Wedding: Gruppenheim Jugendheim Oberwallstr. 10, 8, 12. Wir beteiligen uns an der Veranstaltung des Bezirksamtes Wedding, das heute in der Grödenstr. 45-46, Freitag: Gruppenheim Stadt, Jugendheim Kottbuscher Platz, 12. Wir besuchen die Veranstaltung des Bezirksamtes Wedding in der Grödenstr. 45-46, Freitag: Gruppenheim Stadt, Jugendheim Kottbuscher Platz, 12. Wir beteiligen uns an der Veranstaltung des Bezirksamtes Wedding in der Grödenstr. 45-46, Freitag: Gruppenheim Stadt, Jugendheim Kottbuscher Platz, 12.

Jugendgruppe der FWA. Heute, Freitag, 19. Uhr, folgende Veranstaltungen: Schönefelder Gruppenheim Stabellab Wedding, Grödenstr. 45-46, Freitag: Sozialismus in der Gruppe. — Wedding: Gruppenheim Jugendheim Oberwallstr. 10, 8, 12. Wir beteiligen uns an der Veranstaltung des Bezirksamtes Wedding, das heute in der Grödenstr. 45-46, Freitag: Gruppenheim Stadt, Jugendheim Kottbuscher Platz, 12. Wir besuchen die Veranstaltung des Bezirksamtes Wedding in der Grödenstr. 45-46, Freitag: Gruppenheim Stadt, Jugendheim Kottbuscher Platz, 12.

Verantwortlich für Inhalt: Dr. Curt Gepp; Wirtschaft: G. Allgeheiler; Gewerkschaftsbewegung: J. Schöner; Redaktion: A. J. Schäfer; Katalog und Sonstiges: Fritz Kattke; Anzeigen: H. Glaser; sämtlich in Berlin; Verlag: Hermann-Verlag G. m. b. H., Berlin; Druck: Hermann-Verlag G. m. b. H., Berlin; Postamt: Postamt 30 30 30; Preis: 1/2 M.; Abonnement: 1/2 M. monatlich; Anzeigen: 1/2 M. pro Zeile pro Tag; Druck: Hermann-Verlag G. m. b. H., Berlin; Postamt: Postamt 30 30 30; Preis: 1/2 M.; Abonnement: 1/2 M. monatlich; Anzeigen: 1/2 M. pro Zeile pro Tag.

Musikanträge überlegt man nur dem Nachweis des Deutschen Musikerverbandes, Berlin, Rammelsburgerstr. 63-64, Telefon 3277-78, Geschäftszeit 9-5, Sonntags 10-2 Uhr. Auf Wunsch: Vertreterbesuch.

WERTHEIM

Leipziger Str. Königstraße Rosenthaler Str. Moritzplatz

Billige Lebensmittel

Preise soweit Vorrat; Fleisch, Fische, Obst u. Gemüse werden nicht zugesandt.

Rot- u. Sülzwurst Pfd. 90 Pf.

- Landleber- u. Dampfurst Pfd. 1.20
- Speck fett und mager Pfund 1.25
- Filetw. u. Schinkenpolnische 1.40
- Zerelat u. Salami westfäl. Pfund 1.65

Winteräpfel Schweiz., Boskop, Rot. Cabillon, Pfd. 30 Pf.

- Kochbirnen u. Kochäpfel Pfund 12 Pf.
- Tafeläpfel Pfund 18 Pf.
- Mandarinen Pfund 30 Pf.
- Bananen Pfund 32 Pf.
- Weißkohl Pfund 5 Pf.
- Wirsingkohlr. u. Rotkohlr. Pfund 10 Pf.
- Sellerie Pfund 10 Pf.
- Tomaten holländische Pfund 18 Pf.

Weißer Bohnen Pfund 18 Pf.

- Linsen gut kochend Pfund 20 Pf.
- Viktoria-Erbesen Pfund 26 Pf.
- Haferflocken Pfund 25 Pf.
- Eier-Schnittnudeln u. Makkaroni-Bruch 42 Pf.

Pflaumen 1/2 Dose 65 Pf.

- Kohlrabi in Scheiben 1/2 Dose 46 Pf.
- Junge Erbsen 1/2 Dose 72 Pf.
- Pfefferlinge 1/2 Dose 78 Pf.
- Prinzeßbohnen mittelfein, 1/2 Dose 90 Pf.
- Hawaii-Ananas 1/2 Dose 1.20

Fische

- Merlan u. Dorsche Pfund 12 Pf.
- Schellfische kleine Pfund 17 Pf.
- Kabeljau ganze ohne Kopf 22 Pf. 34 Pf.
- Bratschollen Pfund 28 Pf.

Frisches Fleisch

- Kalbskamm Brust und Rücken Pfund 76 Pf.
- Kalbskeule ganz und geteilt Pfund 84 Pf.
- Schweinebauch Blatt, Rücken m. Delage, Pfd. 80 Pf.
- Schmorfleisch u. Roastbeef m. Knochen, Pfd. 90 Pf.
- Kaßler Speer und Kamm Pfund 1 05

Gefroren

- Rinderkamm u. Brust, Pfund 60 Pf.
- Schmorfleisch mit Knochen Pfund 70 Pf.
- Hammel Vorderfleisch u. Rücken Pfund 78 Pf.

Geflügel u. Wild

- Brathühner (Poulets) Pfund 85 Pf. an
- Feltgänse Pfd. 1 15 gefroren Pfund 92 Pf. an
- Junge Puten Pfund 1 M an
- Suppenhühner Pfund 1 02 an
- Hasen gestreift und ausgeworfen, Pfd. 1 05 an

Fettbücklinge Pfund 55 u. 40 Pf.

- Sprotten Kiste, ca. 1 Pfund 44 Pf.
- Fiudern Pfund 35 u. 48 Pf.
- Schellfische geräuchert Pfund 45 Pf.
- Spickaale Pfund 2.65 Bund 52 Pf.

Camembert vollfett, Kart. 6 13 Pf.

- Allg. Stangen-Limburger Pfund 50 Pf.
- Holländer Pfund 78 Pf.
- Tilsiter vollfett Pfund 92 Pf.
- Schweizer dänischer Pfund 98 Pf.
- Margarine Pfund 50 Pf. 58 Pf.
- Bratenschmalz Pfund 85 Pf.
- Molkereibutter Pfund 1.94
- Tafelbutter sibirische, Pfd. 1.98 deutsche 2.10

Nußschokolade 3 Taf. 100 Gr. 95 Pf.

- Milchkaramellen 1/2 Pfd. 25 1/2 Pfd. 45 Pf.
- Sandgebäck 1/2 Pfd. 25 1/2 Pfd. 95 Pf.
- Dessert-Brezeln 1/2 Pfd. 38 1/2 Pfd. 1.50
- Deutscher Kakao stark entölt, Pfund 1 M

1926 Niersteiner kräftig 1.50

- 1925 Liebfräumlisch feine süße Art 2 M
- San Antonio milder spanisch Rotwein 1 M
- 1922 Chät. Raba saftiger Bordeaux 1.70
- Jamaika-Rum-Verschn. 40 Vol. 3 M
- Die Preise verstehen sich für 1/2 Flasche ohne Glas

„Fall Wagner“ vorbeigelungen.

Die deutschnationale Attacke auf den Stadtbaurat. — Berlin soll sich gegen den Reichsbankpräsidenten Schacht wehren.

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung versprachen sich die Deutschnationalen gestern einen „großen Tag“.

In der gestern abgehaltenen Sitzung der Stadtverordneten ging zunächst ein Antrag sämtlicher Fraktionen ein, der vom Magistrat die alsbaldige Vorlegung einer Vorlage wegen der neuen Besetzungsvorlage verlangte.

Die Angriffe des Reichsbankpräsidenten Schacht gegen die Gemeinden

und ihre Anleihepolitik richtet. Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

Die Bochumer Rede des Herrn Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht ist geeignet, den Kredit aller deutschen Städte, insbesondere aber den der Stadt Berlin, auf die diese Rede sehr deutlich hinweist, aufs schwerste zu gefährden.

Im Kleinstenrat, so teilte der Vorsitzende mit, sei über die Behandlung dieses Antrages keine Einigung zu erzielen gewesen.

Die Hehe gegen Stadtbaurat Wagner.

Dann kam die Anfrage der Deutschnationalen wegen des Verhaltens des Stadtbaurats Genossen Dr. Wagner in dem bekannten 8000-Wohnungs-Bau-Projekt zur Behandlung.

Oberbürgermeister Böß:

Er bezeichnete die Anfrage insofern als berechtigt, als die Magistratsmitglieder im allgemeinen Auskünfte zu geben hätten, die der Meinung des Magistrats entsprächen.

Die Aussprache über die deutschnationale Anfrage brachte dann eine Rede des deutschnationalen „Hofschlamermeisters“ Rimbel, der lang und breit auf das ganze Projekt des Baus der 8000 Wohnungen einging.

Genosse Dr. Lohmann

mit den deutschnationalen Antragern gehörig ab. Unser Redner betonte, daß eigentlich die Anfrage durch die Erklärung des Oberbürgermeisters erledigt sei.

Die Deutschnationalen offenbar einen Politiker, der sich aus idealen Gründen betätigt, sich nicht vorstellen können.

Mit erhobener Stimme machte Genosse Dr. Lohmann die Feststellung, daß zwar Stadtbaurat Wagner Mitglied des Aufsichtsrates der Gehag (Gemeinnützige Heimstätten-Aktiengesellschaft) sei, daß aber keiner von den Aufsichtsräten dieser Gesellschaft je einen Pfennig Entschädigung für seine Tätigkeit erhalten habe.

licher, weil er den unermüdlichsten Anstreiber und Förderer der kommunalen Wohnungsbautätigkeit treffen soll.

Die in der letzten Sitzung abgebrochene Debatte über den Antrag der Kommunisten wegen der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Aufklärung der Anschuldigungen gegen das Kinderheim Gütergoh wurde fortgesetzt.

Bau der Schloßbrücke in Charlottenburg

bemerkte Stadtbaurat Hahn, daß sich die Betonfundamente gefenkt hätten, wodurch eine Unterbrechung der Eisenkonstruktionsarbeiten geboten war.

Hundert Jahre Berliner Postamt!

Das Jubiläum von C 2.

Am 1. Dezember sind hundert Jahre vergangen seit dem Tage, an dem das Postamt, das sich heute C 2 nennt, das Licht der Welt erblickte.

Demals, 1827, freilich holtten nur ein Duzend Stadtpostboten und zwei Postillons zu Pferd die Sendungen ab, und daneben wurden ganze drei Duzend Briefträger eingestellt.

Das Postamt hat aus Anlaß des Jubiläums eine Festpostkarte mit eingedruckter Achtspfennigmarke herausgegeben.

47]

Zement.

Roman von Fjodor Gladkow.

Aber nicht das ist wichtig — wichtig ist nur: der wogende Sturmwind der Arbeit der wie Ameisen zusammengedrängten Massen.

Das ist eben das, woran Gjesch vor noch nicht langer Zeit gedacht hatte, was er in seiner Sehnsucht nach Arbeit schaffen wollte.

Der technische Leiter, Ingenieur Kleist, hager und knochig, leitet eigenhändig, sich auf einen dicken Stock stützend, die Massenarbeit.

Ingenieur Kleist ist ein der Sowjetrepublik ergebener Spezialist. . . Der Arbeiter Gjesch Tschumalow kann jetzt der Freund des Ingenieurs Kleist sein.

Er bleibt nicht weit von Gjesch stehen, in sich konzentriert und ernst, überblickt einige Male den Schwung der Bergarbeiten, und Gjesch sieht in seinen Augen einen Stolz und eine auflockernde Erregung.

Gjesch schob seinen Helm in den Nacken, trocknete die Schweißtropfen auf seinem Gesicht und zeigte fröhlich lachend seine Zähne.

„Nun was, Genosse Techniker? . . . Erinnern Sie sich, Sie sagten, es wäre für einen Monat Arbeit? . . . Und schauen Sie nur her — zum dritten Male arbeiten wir erst hier mit unserer ganzen Wucht. . . Gifige Menschen, was?“

Ingenieur Kleist lächelte angestrengt und behielt seine gewohnte Würde, zerriß die geschäftliche Spannung und sagte trocken: „Ja, ja, mit einem solchen Schwung in der Arbeit kann man Wunder verrichten. Aber das ist kein ökonomischer Kraftaufwand: hier ist keine Planmäßigkeit

und keine organisierte Arbeitsteilung. Enthusiasmus ist wie ein Vulkanbruch — hält nicht lange an und ist schädlich.“

„Es ist eine bekannte Tatsache, Genosse Techniker. . . Mit Enthusiasmus versehen wir Berge. Bei der Zerrüttung kann man nur so anfangen. Wenn wir diesen Hexenkessel erst wieder belebt haben werden, dann werden wir auch planmäßig den Produktionsprozess erlernen.“

Ingenieur Kleist sah das spielende Lachen in Gjeschs Augen und fuhr fröstelnd zusammen. Sich auf den Stock stützend, ging er auf den Berg, zu den brennenden Obelisten der elektrischen Förderbahn.

Es roch unerträglich nach Sonne, glühenden Steinen und verbranntem Gras. Der Mund und die Augen brannten vom Staub.

In den Bergen läuteten Glöden. Schön ist es. Alles ist groß und unermesslich. Die Sonne ist lebendig wie ein Mensch, sie ist nah und speist jede Zelle des Körpers mit Blut, und das Blut ist lebendig und singt von der Sonne.

Die Masse — tausende Hände in tausenden Schwentungen, im Heulen der Spaten und Hämmer, tausende Körper in ungeheurer Bewegung eines einzigen Körpers. . . Eine lebendige, menschliche Maschine, die den Schoß der Erde erschütterte.

In die Höhe: ein eiserner Weg zu den sonnigen Gipfeln. Schienenstränge fließen über die Rippen der Eisenbahnschwellen in den Abgrund, auf die Ausbeutungsflächen und heraus in die Spinnweben der elektrischen Förderbahn, zu den Rädern in den blauen Obelisten. Eine Stunde noch — und die eisernen Seilen der Seile werden sich anspannen und in der Sonne wie glühende Fäden liegen, und die Luftstöße werden mit Messingtrompeten ihren Gesang begleiten — herauf, hinunter, herauf, hinunter.

Die lockige, großäugige Polja Mjehowa kletterte müde, sich auf einen Spaten stützend, den Berg hinauf. Stieß einen Schrei aus, stolperte, wiegte sich wie ein Grashalm und lachte. Tschumalow stand auf einem steinernen Pfeiler, zwischen den Obelisten, in einer schwarzen Bluse ohne Gürtel, mit entblößter Brust, in den grauen Flammen seiner Haare. Es schien, als ob er jeden Augenblick die Hände rufend ausstrecken und ausschreien würde.

Polja lachte vor Ermüdung und heißer Sonne, und der Spaten leuchtete, mit den Steinen spielend, in ihrer Hand.

„Ach, wie müde ich bin, Tschumalow! . . . Stütze mich schwache Frau.“

Sie legte ihre Hand auf seine Schulter und stützte sich, Brust gegen Brust, auf ihn. Und atmete stöhnend — es gelang ihr nicht, ruhig zu atmen. Keuchte und schrie laut vor Lachen.

Gjesch stützte sich auf die Erdhacke und sie stützte sich auf seine Brust und beide lachten einander ins Gesicht, wortlos — nur mit dem Blut. Er hörte durch die volle Rundung ihrer Brust, wie ihr Herz weich klopfte und ihn umarmte, und sah, im trunkenen Schimmer ihrer Augen und dem feuchten Glanze ihrer Zähne ihre Bereitwilligkeit, sich seiner Kraft und Macht zu ergeben. Und in jedem Herzschlag, den er durch die volle Rundung der Brüste fühlte, und im Spiel ihrer Augen hörte er mit seinem Innern ihre lockenden Schreie: „Run? . . . Run? . . .“

Schwer schreitend, die Stophacke auf der Schulter, ging Dasha vorbei. Hinter ihr ein moiroter Haufen von Weibern, schreiend und lachend. (Weiber in Massen — sind wie Vögel im Fluge.) Sie gingen zur Förderbahn, um die Wege zu reparieren.

„Da ist sie, meine Dasha . . . die Führerin! . . . Und einst war sie mir nur eine gute Frau.“

Er packte sie, als sie an ihm vorbeiging, umarmte sie und drückte sie an sich. Sie lachte, riß sich los und drohte ihm mit der Hacke.

„Verstuchter Kerl! . . . Ich werde dir gleich dein Herz durchstoßen. . . Hüte dich, Genossin Mjehowa: er wird dich mit einem Finger zerbrechen. . . Ich habe es schon gespürt. . . Wenn was geschehen sollte — ruf mich zu Hilfe.“

Und ihre Augen schauten nicht mehr wie früher: es war kein kalter Glanz mehr zu sehen — ein freundlicher Strahl von Frauen und Freude zitterte in ihnen. Und sie ging weiter, ohne sich umzuschauen, mit der Hacke auf der Schulter, zwischen blühendem Weibergeschrei und Gelächter.

„Meine Dasha — ist ein ganzer Kerl. . . ein goldenes Weib. . . das muß man ihr lassen!“

„Sie liebt dich sehr und ist stolz auf dich, Tschumalow. Dasha ist eine wirkliche Volksheldin, und ich liebe sie sehr.“ In Mjehowas Augen spielten Bäcklein. (Fortsetzung folgt.)

Die genarrten Männer.

Eine adlige Hochstaplerin.

Gestern lernte man beim Schöffengericht Schöneberg ein Fräulein Michaelis kennen. Endlich, so sagte man sich da, ist der arme Opfer der zahlreichen männlichen Heiratsschwärmer ein Rächer erstanden. Sie aber machte sich nicht an arme Schwärmer heran, um sie um ihre letzten Ersparnisse zu bringen. Sie hat sie selbst den Verführer gemacht, die Männer, die ihr nahen, in das Ehejoch zu laden. Wenn diese selbst ihr Herz am Boden, was konnte sie dafür? Kam Gefahr, machte sie sich aus dem Staub! Und ihre Freunde? Die waren verschiedener Art. Die einen sagten sich: Futtsch ist futtsch! Geliebt, geheiratet, gepöppelt — ein Weib; alles in Ordnung! Die anderen faßten die Sache ernst auf. Sie liefen zum Staatsanwalt und erstatteten Anzeige.

Da war einer zum Beispiel, ein Bizetonius! Er war von geradem vererbender Leidenschaft zum schönen Fräulein Michaelis entbrannt. Sie stellte sich ihm außerdem ja auch als Fräulein n. Michaelis vor, Stieftochter des ehemaligen deutschen Botschafts in Christania! Sie habe sich mit dem Stiefvater überworfen, sagte sie, und sei später Privatsekretärin der Frau Krupp n. Bohlen-Halbach gewesen. Der Bizetonius soll alles das geglaubt haben und beschloß, sie zu heiraten. Er ließ sich seine Liebe auch etwas kosten: 1400 Mark, ein silbernes Zigarettenetuis, sechs geliebte Bücher! Das dauerte bis zum Januar 1924. Dann lernte sie der Fabrikbesitzer L. kennen. Schon die Nacht darauf verdrachte sie bei ihm. Diesmal war sie die geschiedene Frau eines Landgerichtsdirektors, eine vermögende Frau, ganze 300 000 Mark hätte sie in der Offener Kreditbank liegen. Auch der Herr Fabrikdirektor wollte die geschiedene Frau Landgerichtsdirektor heiraten! Das mehrere läßt sich denken!

Was Fräulein Michaelis dann getrieben hat, wurde aus der Gerichtsverhandlung nicht ersichtlich. Soviel scheint jedoch festzustellen: mehr als eine Anzeige war während dieser Zeit gegen sie eingelaufen; mehr als ein Verfahren schwebt. Noch mehr Anzeigen wurden aber von ihren Freunden unterdrückt, um Bloßstellung zu vermeiden. Im Oktober erließ sie ihr Schicksal. Sie hatte in Bad Döberitz bei einem Kaufmann D. für 500 Mark Kleider bestellt und bezahlte. Hier war sie die Frau Geheimrätin, die geschiedene Frau eines Barons Schilling vom Auswärtigen Amt. Sie erwartete 200 000 Mark aus England. Wie sollte da Herr D. ihr nicht Garbenbrot für weitere 2400 Mark auf Pump gewähren?

Das Urteil lautete auf ein Jahr Gefängnis. Das Gericht billigte ihr mildernde Umstände zu: denn die Männer trübe, hieß es in der Begründung, nicht zum geringsten Teil die Mitschuld an ihrem verpfuschten Leben!

Von der Arbeit der Hausfrau.

Anschauungsunterricht am Zoo!

In den Ausstellungshallen am Zoo haben die bürgerlichen Hausfrauenvereine eine Ausstellung „Rund um die Arbeit der Hausfrau“ eröffnet. Die Ausstellung ist zwar in ihrer ganzen Aufmachung vor allem für begüterte Kreise bestimmt. Der Arbeiter und die Arbeiterfrau können jedoch in der Ausstellung vieles lernen und ihre Schlüsse aus dem hier gebotenen Anschauungsunterricht ziehen.

Eine beinahe „wissenschaftliche“ Abteilung mit Tabellen und graphischen Darstellungen aus dem Hygienewesen belehrt über Kreislauf, Nährwertgehalt, Ergänzungsstoffe, Zusammenlegung der Nahrungsmittel und den Kalorienbedarf der verschiedenen Alters- und Berufsgruppen. Es wird auf die falsche Zubereitungsart von Kartoffeln und Gemüse hingewiesen. Welsch wird nämlich das nährstoffreiche Kochwasser weggeschöpft. Das ist ein Fehler. Wer sich keinen teureren Vitaminkocher leisten kann, sollte die Kartoffeln mit ganz wenig Wasser auflegen und durch Dämpfen trocknen und das Gemüsewasser für Suppen verwerten. Leider wird kein Vitaminkocher gezeigt und leider ist auch die Zusammensetzung der chemischen Nahrungsmittel (Würfel, Pulver) in der Ausstellung nichts zu finden. Weitere Tabellen belehren über Lebenshaltung und Ausgabeverteilung eines Mittelstandshaushalts (dem Kombinationstalent des Besuchers bleibt es überlassen, auf eine ähnliche Rechnung im Arbeiterhaushalt zu schließen), über Heizwertausnutzung der Kohle, über rationellen Gasverbrauch, über Normung, über häusliche Buchführung, über Arbeitseinteilung der Hausfrau (ohne Hausangestellte), über guten Einkauf usw. Ein reichhaltiger Büchertisch mit Koch- und Haushaltsbüchern dient als Ergänzung. Besonders lehrreich ist die Zusammenstellung der verschiedensten Haushalts- und Küchengeräte. An guten und schlechten Geräten wird der Blick des Besuchers gefesselt. Die Methode des Beispiels und Gegenbeispiels ist auch auf die Ausstellung der alten und neuen Waschküchen, der Küche, des Wohnzimmers und des Schlafzimmers angewandt. Auf der einen Seite primitive, veraltete Gerätschaften, Hängelbedecken, Henkelgeschleiden, Tisch und Rippes, auf der anderen moderne Maschinen, praktische, übersichtliche Anordnung, einfache, gelegene Formen. Leider ist der Schritt vom „Alten“ ins „Neue“ nicht nur eine Frage des Geschmacks und der Einsicht, sondern auch des Geldbittels. Vorbildlich ist das als Wohnzimmer eingerichtete Schlafzimmer — eine Freude für jeden Arzt! — und außerordentlich ansprechend ist die 2½-Zimmerwohnung in ihrer geborgenen Schönheit. Gerade hier wird den proletarischen Besucher, der sich in den allermeisten Fällen mit den schlechtesten Wohnungen begnügen muß, das Gefühl der Unterdrückung packen, das ihn aufreißt und zu intensiver Arbeit für seinen und seiner Klassengenossen Aufstieg anfeuert. Erwähnt seien noch die gute Ausstellung aller für den Haushalt in Betracht kommenden Geräte, wie Wasch- und Reinigungsmittel, die mit Elektricität und Gas betrieben werden, die Zusammenstellung einer Hausdrogerie und der Hinweis auf die Gefahren des Ungeheuers für die Nahrungsaufbewahrung. In den oberen „Industrieflächen“ entfalten zahlreiche Firmen eine gigantische Reklame für ihre Erzeugnisse. In einem Nebenraum sind unter der Devise: „Wie's bei Mutter kommt“ etwa 20 Tische mit heimatischen Gerichten aus allen Ecken Deutschlands gedeckt. Man hätte gewünscht, daß die Ausstellung, sei es auch auf Kosten des Reklameraums, sich auch mit Fragen der Ernährungs- und Kleidungsreform — nach dem Vorbild der Wohnungsreform — befähigt hätte. Diese Gebiete aber bleiben ebenso im Dunkeln wie alle Haushaltsführung, die unterhalb der durch die Gehaltsstufe 9 gezogenen Grenzlinie liegt.

Vom Fändler zum Ackerbauer.

In einer Veranstaltung der „Ort“-Gesellschaft zur Förderung des Handwerks und der Landwirtschaft unter den Juden, wies der Vorsitzende Wilhelm Graeb darauf hin, daß es sich bei der „Ort“-Wur um die Unterstützung einer natürlichen Bewegung handele. Wir Besteuropäer überlegen die Lebensbedingungen unserer Juden gern auf die Juden. Das ist falsch. Auch vor dem Krieg gab es Siedler und Handwerker unter den Juden. Diese Tätigkeit hat sehr unter dem Krieg gelitten, sie wird jetzt neubelebt. Dr. Henry Rosowicz, New York, sprach dann über „Die Fortschritte und die weiteren Aussichten der jüdischen Aufbaubarkeit in Rußland auf dem Gebiete der Landwirtschaft und des Handwerks“. Er führte ungefähr aus: Das Geschehen im Osten ist von geschichtlicher Bedeutung. Es ist eine Binnenwanderung von der Stadt auf das Land. Und was das Wunderbarste ist, diese handstreichenden Ghettajuden sind durch die wirtschaftlichen Einschränkungsversuche zu ihrer wahren Natur zurückgeführt. Sie sind nach allgemeiner Ansicht sowohl in der Ukraine als auch auf der Krim erfolgreiche Ackerbauer geworden. Sie sind auch in ihrem Typ verändert und gesünder

Um die Freizeit der Jugend.

Ein Appell an die Volksvertreter.

Nach Abschluß der Ausstellung „Das junge Deutschland“ veranlaßte am Donnerstagabend der Reichsausschuß deutscher Jugendverbände eine Kundgebung am den Reichstag. Zu dieser Kundgebung, die im Reichsausschußrat abgehalten wurde, waren Vertreter des Reiches, der Länder und Gemeinden sowie der politischen Parteien eingeladen. Besonders zahlreich war die Beteiligung der Jugend aus allen Verbänden.

Genosse Dillenauer, der Vorsitzende des Reichsausschusses, betonte in seiner Eröffnungsansprache, daß die Ausstellung „Das junge Deutschland“ den einen nachhaltigen Erfolg gehabt hat: Behörden und Parteien haben erkannt, daß auf dem Gebiete der Freizeit für die Jugend noch sehr wenig geleistet worden ist. Die Jugend aller Parteien will darum mit dieser Kundgebung an die Volksvertretung appellieren, für das Deutschland von morgen praktische Aufbaubarkeit zu leisten, indem dem Jugendlichen für den Aufbau seines Körpers und Geistes die notwendige Freizeit gewährt wird. Der Redner des Abends war der preussische Wohlfahrtsminister Dr. Hirtlefer. Er gab in seinen Ausführungen ein Bild über das Material, das die Ausstellung „Das junge Deutschland“ uns vermittelt. Durch den Krieg ist die deutsche Jugend geistig und körperlich weit hinter dem Normalmaß zurückgefallen. Wiederaufbau der Nation ist unmöglich ohne die Förderung der Jugend in wirtschaftlicher, beruflicher und sozialer Beziehung. Mindestens für die Jugend muß es möglich sein, die berechtigten Forderungen des Achtfundentages durchzuführen. Sehr treffend führte der Redner aus, daß in der Schaffung der Freizeitbewegung wohl die Jugend aller Parteien, aber nicht die Parteien selbst einig seien. Er mahnte die Jugend, nicht zu ungestüm zu sein und jeden Fortschritt auf dem Gebiete der Jugendpflege anzunehmen. Zu Be-

stehen kam es, als der Redner auf die Besuche zum Schutze der Jugendverbände und das bekannte Schand- und Schmutzgeschick als Gehehe hinwies, die auch für den Fortschritt der Jugend im Parlament angenommen worden seien. Gehehe bleiben tot, wenn sie nicht Resonanz im Volke finden. Gerade diese Gehehe haben aber keine Resonanz gefunden. Für die politischen Parteien sprach als erster Genosse Söllmann für die Sozialdemokratie, der in seinen Ausführungen darauf hinwies, daß die stärksten Gegner jeder sozialen Gesetzgebung die Wirtschaft ist. Unter Beifall der Versammlung betonte er, daß bisher zwar die Jugend immer angepredigt worden wäre, daß aber Gehehe für die Jugend nur dann angenommen werden, wenn sie kein Geld kosten. Genosse Söllmann wies auf die Entschlebung hin, die 1923, von den Sozialdemokraten, Demokraten und vom Zentrum unterstützt, im Reichstage angenommen worden war, nach der die Arbeitszeit für Jugendliche gesetzlich geregelt werden sollte. Die notwendigen Gesetzesvorlagen für diese Entschlebung hat die Reichsregierung noch nicht eingebracht. Die Führer der Bürgerblockparteien, Deutschnationale, Deutsche Volkspartei und Zentrum, beschränkten sich darauf, Erfahrungen abgeben zu lassen, die zwar die Not der Jugend anerkannten, die aber nicht klar erkennen sehen, daß diese Parteien für ein Gesetz, das der Jugend Freizeit gewährt, stimmen würden.

Bei den Diskussionsreden der Vertreter dieser Parteien kam es wegen der unklaren Stellung zu förmlichen Kundgebungen der übergroßen Mehrheit der Versammlung, die forderte, daß die Redner bestimmte Erklärungen abgeben sollten. Außer den Sozialdemokraten gab noch für die Demokratische Partei Abg. Lemmer eine bestimmte Erklärung ab, daß auch seine Partei an Gesetzesvorlagen für die Freizeit der Jugend mitarbeiten würde.

geworden. Ihr Leben auf dem Land ist kein Leben in einem Garten Eden. Aber selbst dieses Leben in schwerer Arbeit wäre nicht möglich gewesen ohne die Hilfe der ausländischen jüdischen Organisationen. Auch der Wiederaufbau des Handwerks macht Fortschritte, obgleich hier noch mit großem Materialmangel gekämpft werden muß. Deshalb keine philanthropischen Geschenke, sondern Werkzeuge! Als Mindestforderung stellte Dr. Rosowicz auf: 1. Festigung und Ausbau der Kolonisation. 2. Unterstützung des Handwerks durch Material, das durch die Genossenschaften verteilt wird. 3. Einschichtung in die Fabrikarbeiterschaft. 4. Kurze Ausbildungskurse für technisch geschulte Arbeiter. Die Landwirtschaft muß mit den modernsten Mitteln arbeiten und sich durch Vervielfältigung gegen Risiken schützen. Die amerikanischen Juden haben das Wort in Rußland bis jetzt in großartigster Weise unterstügt. Man darf aber den Bogen nicht zu straff spannen. Die europäischen Nachbarn sollen bei steigender Konsoolidierung auch für die Studien nach Möglichkeit sorgen. Diesen Ausführungen folgte eine angeregte Diskussion.

Lichtbildvortrag des Oberbranddirektors Löschmandler auf dem Hof der Hauptfeuerwache.

Vor der Automobil- und Flugtechnischen Gesellschaft fand am Donnerstag auf der Hauptfeuerwache in der Lindenstraße eine Vorführung von modernen Feuerlöschfahrzeugen und Löschgeräten statt. Die durch ein Referat des Oberbranddirektors Gemp, in dem er zunächst auf die interessante technische Entwicklung der automobilen Feuerwehrfahrzeuge an Hand zahlreicher Lichtbilder hinwies, eingeleitet wurde. Im Anschluß daran ging der Vortragende auf diejenigen technischen Einzelheiten ein, die im Automobilbau eigens für die Feuerwehr in Frage kommen. Insbesondere wies er auf die Antriebsmittel der Rotorpumpen und Leitern hin. Eingehend erläuterte Oberbranddirektor Gemp auch die neuesten Konstruktionen der Maschinenleitern und Rotorpumpen. Zum Schluß gab der Vortragende einen Überblick über die bei ausländischen, besonders den amerikanischen Feuerwehren gebräuchlichen Geräte. An das Referat schloß sich ein Löschmandler unter Leitung des Baurats Steiner in größerem Umfang sowie Vorführung von löschtechnischen Einzelheiten an, die einen Beweis von der Schlagfertigkeit unserer Berliner Wehr gab. Es wurden die neuesten Sauerstoffverlebens- und Rettungsgeräte, das modernste Schäumlöschgerät durch Abköchen von brennenden Flüssigkeiten sowie die Anwendung eines Feuerlöscher (Verlebensapparats) im Feuer gezeigt. Zum Schluß kamen noch einige moderne Fahrzeuge zur Vorführung, deren Einzelheiten praktisch gezeigt wurden. Die Vorführungen erregten unter den Anwesenden allgemeines Interesse.

Großes Fabrikkfeuer in Spandau.

Die Spandauer Wehren wurden gestern gegen 19 Uhr nach der Schäferstr. 1a alarmiert, wo der Dachstuhl der Fahrradbauwerkstätte des märkischen Eisenwertes Spandau in Brand geraten war. Das Feuer, das in kurzer Zeit einen außergewöhnlichen Umfang angenommen hatte, mußte aus mehreren großkalibrigen Rohren bekämpft werden. Nach über dreistündiger Tätigkeit konnten die Wehren wieder abrücken. Der Brand ist vermutlich durch Funkenflug aus einem schadhastigen Ofen entstanden.

Trotzdem der Staatsanwalt Freispruch beantragte.

In dem Wucherverfahren gegen die Pächter der früheren städtischen Feuerwache in der Rauerstraße, die bekanntlich vor kurzem von dem Schöffengericht Wedding auf Kosten der Staatskasse entsprechend den Gehalts des Sachverständigen freigesprochen worden waren, ist auf Verlangen des Oberstaatsanwalts gegen das Urteil von der Anklagebehörde Berufung eingelegt worden, obwohl der Staatsanwalt selbst in der Verhandlung die Freisprechung beantragt hatte.

Mit seinem Fuhrwerk verschwunden! Der Russische Karl Hoffmann aus der Berliner Str. 95, der am Mittwoch für seinen Arbeitgeber, den Spediteur Karl Sohl aus der Reichstraße vier volle Kisten Zucker auszuführen hatte, ist seit dieser Zeit mit seinem Fuhrwerk verschwunden. Wie festgestellt wurde, erledigte er bis 19½ Uhr alle Aufträge, zuletzt in der Krausenstr. 3, lehrte aber nicht wieder zurück und ließ auch nichts mehr von sich hören. Sein Verschwinden ist um so rätselhafter, als er schon seit fünf Jahren an seiner Arbeitsstelle und bisher durchaus zuverlässig war. Vielleicht ist ihm der mit zwei braunen Stücken bespannte und mit dem Firmenschild des Spediteurs versehene Koffwagen gestohlen worden, und er irrte nun wegen dieses Mißgeschicks planlos in Berlin umher. Mitteilungen erbittet die Reutköllner Kriminalpolizei.

Ein alter Mann sucht Zeugen! Ein 76 Jahre alter Schuhmacher Franz Wegener aus der Brandenburgerstr. 29 ist durch einen Straßenunfall schwer zu Schaden gekommen. Am 8. November gegen 18½ Uhr stieg ein anderer Passant den alten Mann an der Ecke der Brandenburger- und Kommandantenstraße in der Höhe so festig an, daß Wegener zu Boden fiel. Der betagte Mann mußte seiner Verletzungen wegen in das Urban-Krankenhaus gebracht werden. Zeugen des Vorfalls aber der Mann selbst, der Wegener umrannte, werden dringend ersucht, sich beim zweiten Kriminalbezirk des Polizeiamts Kreuzberg am Belfrage-Platz, Dönhoff 2626, zu melden.

Neue Verhaftungen in der Fälscheraffäre. Sir Deterding weiterhin schwer belastet.

München, 24. November.

Die Untersuchung in der Fälscherwongeschichte dehnt sich nunmehr auch auf München aus. Untersuchungsrichter Krüger ist in München eingetroffen, um hier Nachforschungen über den Personenkreis in der Fälscheraffäre anzustellen. Der Berliner Untersuchungsrichter arbeitet bei seinen Nachforschungen zusammen mit der Münchener Polizei und der Staatsanwaltschaft, da noch eine weitere Anzahl von Personen in das Verfahren hineingezogen werden dürfte. Es ist mit neuen Verhaftungen zu rechnen, wenn die Befragten inzwischen nicht schon die Schweizer Grenze überschritten haben. Amalou-Bernmont, der zum Komitee zur Befreiung des Kaukasus gehört, soll vor allen Dingen darüber vernommen werden, wie Sachthierarchowski mit den Ingenieuren Bedar, Bell und den anderen Münchener Persönlichkeiten aus dem Lager der Nationalsozialisten in Verbindung gekommen ist. Es sind auch Anhaltspunkte dafür vorhanden, daß Karuhöhe und der englische Ingenieur Bell in letzter Zeit von der Schweiz aus versucht haben, mit ihren Münchener Freunden in Verbindung zu treten.

Gleichzeitig sind die Ermittlungen neuerdings auf Hamburg ausgedehnt worden. Es handelt sich hier um die Tatsache, daß in Hamburg Beauftragte der Shell-Gruppe, also Sir Deterding, in einer Weise tätig gewesen sind, daß ihre politische Verbindung mit den Georgiern kaum noch einem Zweifel unterliegen kann. Die Ermittlungen, die von Hamburg aus nach anderen Städten führen, sind allerdings noch nicht abgeschlossen, sondern dürften noch geraume Zeit in Anspruch nehmen.

Die Wirtschaft zur Autosteuer.

Die Gesamtheit der Vertreter der Wirtschaft im Beirat für das Kraftfahrzeugwesen hat dem Reichstag und Reichsrat ihre Stellungnahme zu dem Entwurf eines Kraftfahrzeugsteuergesetzes übermittelt. In der einleitend festgestellten wird, daß die Vertreter der Wirtschaft in dem von der Regierung vorgelegten Entwurf keine gerecht und befriedigende Lösung einer auch nur provisorischen Neuregelung erblicken können. Weiterhin heißt es: Was die Lösung der technischen Fragen in dem neuen Gesetzentwurf anbetrifft, so erklärt sich die Wirtschaft damit einverstanden, daß für die wohl nur kurze Zeit bestehende Uebergangslösung bei den Personenkraftwagen, sowie den Kraftzählern nur der Hubraum, bei den Lastkraftwagen das Gewicht zur Grundlage der Besteuerung gemacht wird. Sie stellt nach dieser Richtung hin alle gegenteiligen Ermüdungen und Anregungen zurück, um durch die Vertretung einer einheitlichen Auffassung in dieser Frage der bevorstehenden gesetzlichen Regelung eine einheitliche Grundlage zu geben. Sie ist aber der Meinung, daß eine gerechte und die Wirtschaft fördernde Besteuerung unter Umständen in Verbindung mit einer Verbrauchssteuer zu erblicken ist und fordert deshalb die Regierung auf, bis zum 1. Oktober 1928 eine Denkschrift über diese Frage auszubereiten. Die Wirtschaft beantragt deshalb auch, das Gesetz von vornherein zu befristet und zwar bis zum 31. März 1930. Die in dem Gesetzentwurf in Aussicht genommene Tarifierung kann jedoch unter keinen Umständen als den Belangen der Wirtschaft entsprechend angesehen werden. Die Wirtschaft vertritt die Auffassung, daß für das Haushaltsjahr 1928/29 einschließlich aller Zuschläge das vorgezeichnete Steueraufkommen von 160 Millionen M. nur als Höchstauskommen in Betracht gezogen werden darf. Ferner wird u. a. ausgeführt: Die Wirtschaft glaubt, mit Sicherheit erwarten zu können, daß das vom Reichsfinanzministerium vorgesehene Einkommen aus der Kraftfahrzeugsteuer in Höhe von 160 Mill. M. für das Haushaltsjahr 1928/29 bereits durch Annahme der Seinerzeit vom Reichsverband der Automobilindustrie im Einvernehmen mit den hervorragenden Verbrauchergruppen vorgeschlagenen Sätze in Höhe von 10 M. je 100 ccm Hubraum für Personenkraftwagen, 12,50 M. je 100 ccm Gewicht für Lastkraftwagen, 8 M. je 125 ccm Hubraum für Kraftzähler erreicht wird. Die im Beirat vertretene Wirtschaft beantragt die Ausnahme nur dieser Sätze in die neue Gesetzesvorlage und beantragt dementsprechend weiter, die Erhebung eines 25prozentigen Zuschlages zur Kraftfahrzeugsteuer für das Jahr 1928/29 fallen zu lassen.

Der deutsche Tibetforscher Fickner lebt.

Peking, 24. November.

Aus zuverlässiger englischer Quelle wird jetzt bestätigt, daß sich der Forschungsreisende Wilhelm Fickner unter den von Tibetanern in Raghuta angehaltenen und nach Sadaab (an der indischen Grenze) geführten Fremden befindet. Diese bestimmte Meldung wird bei allen, die die Forschungsarbeit Wilhelm Fickners verfolgt haben, Freude hervorrufen. Wilhelm Fickner hatte die Absicht, Tibet von China aus zu durchqueren und Indien zu erreichen. Er wollte dabei vor allem magnetische Untersuchungen durchführen. Seine Ausrüstung wurde seinerzeit als recht notwendig geschätzt. Die ganze Forschungsreise war ein Versuch, mit den geringsten Mitteln zu einem guten Ergebnis zu gelangen. Die Reise an sich ist nun vollendet. Hoffentlich bewahrheiten sich die Meldungen, die von einer Ausweisung Fickners und dem Verlust seines wissenschaftlichen Materials zu berichten mußten, nicht. In diesem Falle wäre der Aufwand und alle Mühen zum größten Teil vergeblich gewesen.

Jährungen durch die ältesten Winkel Becks. Die Rührungen haben einen so großen Erfolg, daß sie in Zukunft jeden Sonntag stattfinden werden. Nächste Führung am 27. November. Treibzahl: 10%, Uhr auf dem Spittelmarkt, Ausgang Untergrundbahn. Teilnahme 50 Pf.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

- Einladungen für diese Rubrik sind Berlin SW 68, Lindenstraße 3, stets an den Bezirkssekretariat 2. Hof, 2. Stock, rechts, zu richten.**
1. Kreis Mitte. Elternbeiräte: Deutz, Freitag, 23. November, 19 1/2 Uhr, bei Schilling, Adlerstr. 1. Wichtige Sitzung familiärer Elternbeiräte des Kreises. Vortrag: „Das Reichsschulgesetz“. Referent: Lehrer Hans Wagnow. Einbehalten unbedingt erforderlich.
 2. Kreis Wedding. Die Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde veranstaltet am Sonntag, 27. November, 18 Uhr, einen Filmabend in der Schulaula Gellertstr. 5. „Die Kinderrepublik Seelamp“. Eintritt 20 Pf. Zahlreiches Erscheinen der Genossinnen und Genossen wird erwartet.
 3. Kreis Charlottenburg. Jugendkommission: Sitzung am Sonnabend, 26. November, pünktlich 19 1/2 Uhr, im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Jede Abwesenheit muss vertreten sein.
 4. Kreis Prenzlauer Berg. Parteigenossen, welche Mitglieder des Jugendberufsverbandes sind, werden gebeten, heute, Freitag, 26. November, 20 Uhr, im Paradies StraÙe zur Mitgliederversammlung zu erscheinen.
 5. Kreis Tempelhof. Verband für Jugendberuf und Berufshilfe: Deutz, Freitag, 26. November, 19 Uhr, in Marienhorst, Schulaula Rurilandenstraße. Mitgliederversammlung. Tagesordnung: „Arbeitslosigkeit und Bürokratie“. Referent: Kautschukarbeiter Reich Schmidt. Verbandangelegenheiten. Bericht des Mitgliedsbuch. Das Mitgliedsbuch muss zur Kontrolle vorgelegt werden. Alle Genossinnen und Genossen, die Mitglieder des Verbandes sind, werden um zahlreiches und pünktliches Erscheinen gebeten.
 6. Kreis Neukölln. Freie Schulgemeinde: Deutz, Freitag, 25. November, 19 1/2 Uhr. Mitgliederversammlung in der Gemeindefabrik Köpenicker Str. 2. Bericht vom Vorstand. Vorstandswahlen.

Sonnabend, 26. November:

7. AM. 18 Uhr bei Pfeffer, Deutscherstr. 2. wichtige Sitzung des Elternvereins.
8. AM. 18 1/2 Uhr bei Heller, Köpenicker Str. 1. Abrechnung familiärer Beiräte. Alle Beiräte müssen unbedingt erscheinen.

64. AM. Parteitag. Bezirksversammlungen um 20 Uhr in Lehmanns Hofstr. 14, Mitte; 21. November: Sozialistische Arbeiterjugend, Mahlsdorfer Str. 6. Kreis und Beiräte. Alle Genossen sind mit ihren Angehörigen nach Freuden und Belohnungen herzlich eingeladen.

Frauenveranstaltungen:

18. Kreis Weidenhof. Deutz, Freitag, 23. November, 20 Uhr, im Gesellschaftshaus Weidenhof, Poststr. 16, Frauenwerkabend. Tischdecken, Tischwäsche, Kerzen und Belohnungen. Alle Genossen sind um rege Beteiligung gebeten.

Bezirksausschuss für Arbeiterwohlfahrt und Kinderschutz:

1. Kreis Prenzlauer Berg. Heute, Freitag, 26. November, 18 Uhr, Besichtigung des Puffelhof-Krankenpitals. Treffpunkt am Haupteingang Friedrichstr. 17.

Kinder lieben diesen Hustensirup

Ganz leicht selbst herzustellen

Bei Kindern muß gegen Husten bei den ersten Anzeichen vorgegangen werden. Zeitige Maßnahmen vermeiden ernsthaftere Komplikationen. Sie können einen wirksamen Hustensirup, den alle Kinder lieben, selbst herstellen. Er ist auch für Erwachsene gut. Man nimmt 60 g Anis (dreifach konzentriert) mit 250 g vorher in einem Viertel Liter Hustensirup, der bei einem Drittel des Preises besser ist als die meisten Fertigarbeitungen. Die Heißdämpfe des Anis dringen in alle Atmungsorgane und sorgen für schnelle Abhilfe bei Hals- und Brustentzündung. Veräugen Sie nicht, sich Anis (dreifach konzentriert) zu beforgen. In jeder Apotheke erhältlich.

Versammlung aller am Mieterschutz interessierten Parteimitglieder

heute, Freitag, den 25. November, 19 1/2 Uhr in den „Sophienböden“, Sophienstraße 17/18

Thema:
„Der Kampf um den Mieterschutz im Wohnungsausschuss des Reichstages“
 Referent: Minister a. D. Lipinski-Leipzig, M. d. R.

Um bei der Wichtigkeit der Angelegenheiten alle Parteigenossen über die Vorgänge im Reichstage und die Stellung unserer Reichstagsfraktion zu informieren, ist zahlreiches Erscheinen sämtlicher Parteifunktionäre und sonstigen Parteimitglieder, insbesondere der im Wohnungswesen tätigen Genossen dringend erforderlich. **Parteimitgliedsbuch legitimiert.**

Jungsozialisten, heute, Freitag, 25. November:

Gruppe Mitte: 20 Uhr in der Schale Gipsstr. 2a, Liebenberg. Instrumente und Dichtbühnen mitbringen. **Gruppe Süden:** 20 Uhr in der Juristischen Sprachschule, Lindenstr. 3, Verbandsabteilung. Vortrag: „Der neue Staat“. Referent: Landgerichtsrat Ernst Kuben. Gäste willkommen. **Gruppe Wedding-Schlachthaus:** 20 Uhr im Jugendheim des Schlachthaus-Straßenbld. 1. Eingang Döbberstr. 16. Referent: „Der Kampf um die Staatsmacht“. Werbematerial steht jedem Mitglied zur Verfügung. Die neugewonnenen Mitglieder müssen persönlich zu dem heutigen Abend eingeladen werden. Die älteren Mitglieder der G.A.J. sind eingeladen.

Kinderfreunde Groß-Berlin:

Alle an der Winterfeier Groß-Berlin beteiligten Kinder und Jungs treffen sich am Sonntag um 10 Uhr pünktlich im Jugendheim Lindenstr. 3. Wir brauchen noch Jungen und Mädchen, auch Jugendliche oder größere Kinder. Alle Kreise müssen mitkommen, damit die Vorbereitungen schnell vonstatten gehen.

Bezirksrat Köpenick. Sitzung: Der Bezirksrat findet Sonnabend, 26. November, 18-22 Uhr, und Sonntag, 27. November, 9-14 Uhr, im Jugendheim Rurilandenstr. 114, Patt. Es sind zur Arbeit mitzubringen: Scherz.



Willkürer inhaltlich unmögliche Operette „Das verwunschene Schloß“ hätte für die Aufführung als Sendespil weit stärker zusammengestrichen werden müssen. Willkürer sauberes Kunsthandwerk hat auch heute noch seinen Reiz, wenn man ihm auch nur historisches Interesse entgegen bringen kann. — Der Nachmittag bot schöne Kammermusik. Das Budapest- Trio spielte in künstlerischer Vollendung Werke von Beethoven und Ernest Bloch. Kurt Wesse las aus eigenen Werken. Er ist ein Dichter von starkem Gefühl für die Ausdruckskraft des Wortes, er wird nie Wortartitist. Seine Verse malen Stimmungen, aus denen tiefes Wissen um das Wesen der Dinge aufsteigt. Ein Kapitel des Romans „Himmelstiere“ stand herausgehoben aus dem Werk als Einheit für sich da. In der Vortragsreihe „Aus dem Reich der Klänge“ sprach Frau v. Stefani-Hahn über „Reiz und Wert des guten Schauspieler“. Der Vortrag, der eingehend verschiedene Probleme der Schauspielerdeklaration behandelte und sich bemühte, praktische Ratsschlüsse zu geben, dürfte besonders in Fachkreisen lebhaftem Interesse begegnen sein. Ganz hervorragend war der Vortrag des Prof. Bonn, der das internationale Schützenproblem behandelte. Der Vortragende verstand es, seinen Hörern die verwinkelten Vorgänge mit klassischer Einfachheit darzustellen. Les.

lytes Refek. Hauptabend, Kiefernstr. 17, Sonnabend, 26. Nov. und Puffelhof-Krankenpitals, Sonntag festlich mit Kiefernstr. und Puffelhof-Krankenpitals.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

11. AM. Unsere Genossin Emma Tisch, Waldenferd. 2. 11. im 20. Lebensjahre verstorben. Ihre ihrem Andenken! Beerdigung am Sonnabend, 26. November, 15 Uhr, auf dem Heilandshof in Wilmersdorf. Um rege Beteiligung wird gebeten.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Kreis Sozialistische Hochschule. Sonnabend, 2. Dezember, 19 1/2 Uhr, spricht Otto Janssen (Hera-Kreis) über „Mittig Jahre kommunistisches Manifest“ im großen Saal des ehemaligen Vereinshauses, Leipziger Str. 3. Eintrittskarten zum ermäßigten Preise sind im Jugendsekretariat erhältlich. **Bezirksversammlungen:** Sonnabend, 26. November, pünktlich 18 Uhr, im Lindenbld.

Die Bücherliste 19 heute, Freitag, von 17-19 Uhr geöffnet. Die Beitrags- und andere Abrechnungen müssen heute erledigt werden.

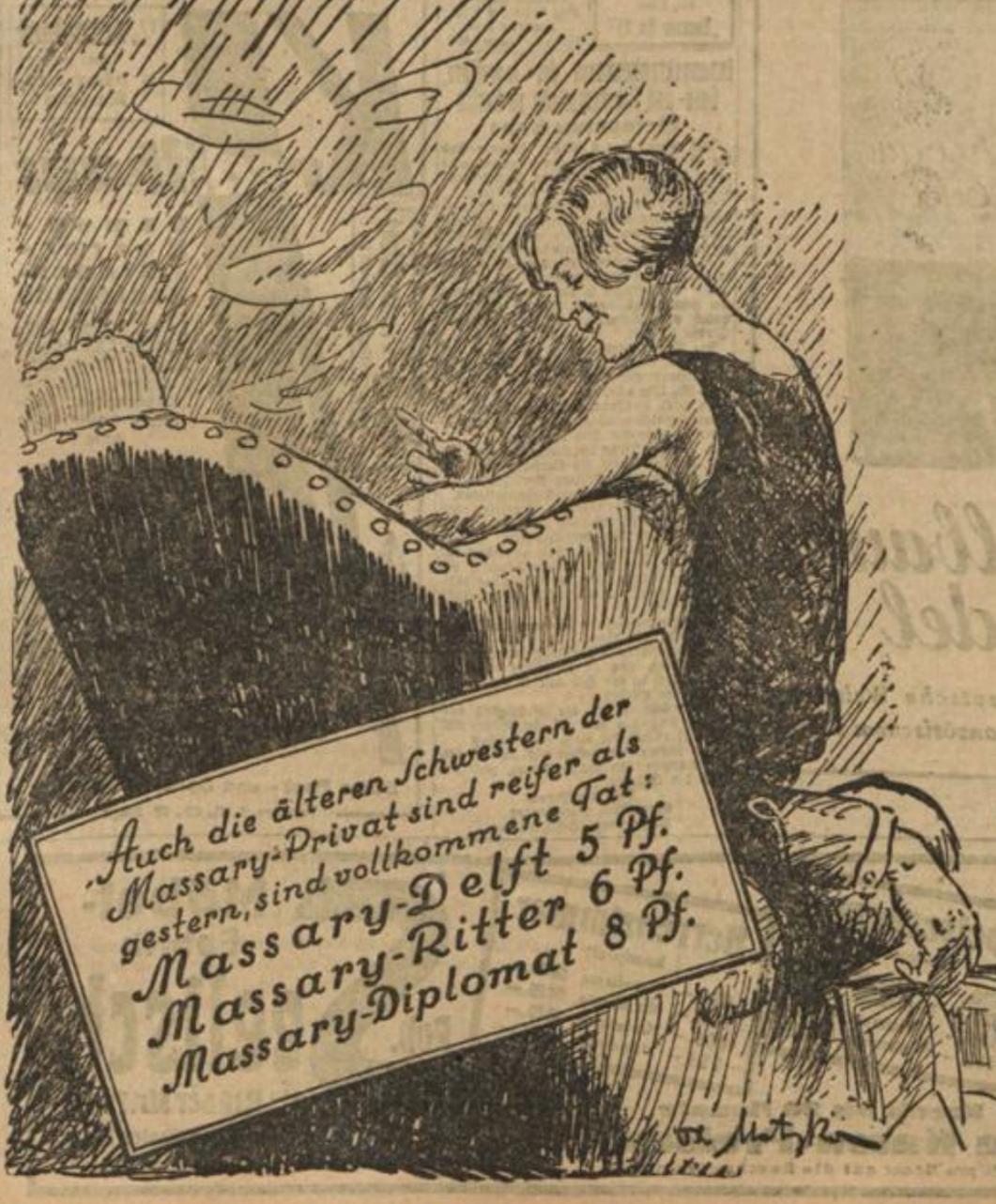
Heute, Freitag, 19 1/2 Uhr:

Probit 1: Schule Waldenferd. 2. „Unsere Stellung zum heutigen Staat.“ **Probit 2:** Schule Waldenferd. 2. „Erläuterungen.“ **Probit 3:** Schule Waldenferd. 2. „Erläuterungen.“ **Probit 4:** Schule Waldenferd. 2. „Erläuterungen.“ **Probit 5:** Schule Waldenferd. 2. „Erläuterungen.“ **Probit 6:** Schule Waldenferd. 2. „Erläuterungen.“ **Probit 7:** Schule Waldenferd. 2. „Erläuterungen.“ **Probit 8:** Schule Waldenferd. 2. „Erläuterungen.“ **Probit 9:** Schule Waldenferd. 2. „Erläuterungen.“ **Probit 10:** Schule Waldenferd. 2. „Erläuterungen.“ **Probit 11:** Schule Waldenferd. 2. „Erläuterungen.“ **Probit 12:** Schule Waldenferd. 2. „Erläuterungen.“ **Probit 13:** Schule Waldenferd. 2. „Erläuterungen.“ **Probit 14:** Schule Waldenferd. 2. „Erläuterungen.“ **Probit 15:** Schule Waldenferd. 2. „Erläuterungen.“ **Probit 16:** Schule Waldenferd. 2. „Erläuterungen.“ **Probit 17:** Schule Waldenferd. 2. „Erläuterungen.“ **Probit 18:** Schule Waldenferd. 2. „Erläuterungen.“ **Probit 19:** Schule Waldenferd. 2. „Erläuterungen.“ **Probit 20:** Schule Waldenferd. 2. „Erläuterungen.“

TEILZAHLUNG

Kleinste Anzahlung, Wochenraten von 1,- an
Herren- u. Damen-Bekleidung
Herren- und Damen-Pelze
Teppiche • Läufer • Gardinen
Stoppdecken • Tischwäsche • Bettwäsche
„Peca“ Kottbuser Damm 79!
 Kein Laden

Ihre Frau hat Recht!



Wenn sie sparsam wirtschaften soll und Ihnen vorschlägt, Massary-Privat zu rauchen, damit Ihr Rauchkonto nicht so hoch wird . . . ist das nicht ein sehr vernünftiger Gedanke? Fort mit allen Vorurteilen gegen eine 4-Pfg.-Zigarette wie Massary-Privat! Und wären Sie noch so verwöhnt: in dieser nicht ohne Grund so rasch beliebt gewordenen Marke finden Sie alle Vorzüge vereint. Sie sind Kenner genug, um sofort herauszufühlen, daß Ihnen hier etwas ganz Außergewöhnliches geboten wird. Der Wissenschaft halber sollten Sie unbedingt mal einen Versuch machen. Ihre Frau und wir bitten darum.

Massary-Privat 4 S
 ohne Mundstück
 und mit
 Goldmundstück

Das ist Tabak!
 (Urteilen Sie selbst!)

Auch die älteren Schwestern der Massary-Privat sind reifer als gestern, sind vollkommene Tat:
 Massary-Delft 5 Pf.
 Massary-Ritter 6 Pf.
 Massary-Diplomat 8 Pf.

Eine köstliche Tasse Kaffee



Reichelt's Kaffee wird durch seine Zusammenstellung aus edelsten Bohnen stets den Beifall aller Kaffeetrinker finden. Täglich frisch geröstet, wird er direkt in die 150 Reichelt-Läden geliefert, aus luftdichten Behältern verkauft, ist also immer frisch, voll, kräftig und aromatisch.

Bitte überzeugen Sie sich!

Wir überreichen bis Donnerstag, den 1. Dezember

Auf jedes halbe Pfund Kaffee

zu M. **2.20 2.- 1.60 1.20**

eine große Tafel (100 Gr.)

Qualitäts-Schokolade.

Kaffee **Reichelt** Tee

Über 150 eigene Läden in Groß-Berlin

Theater, Lichtspiele usw.

Freitag, 25. 11. 27
Staats-Oper
Am Pl. d. Republ.
7 1/2 Uhr
Die verkaufte Braut

Freitag, 25. 11. 27
Städtische Oper
Bismarckstr.
8. 10. 1. 1. 1/2
Freischütz

Städt. Schauspiel.
In Godesmühl.
Ant. 8 Uhr
Maß für Maß

Städt. Schillerth.
Charlottenburg
8 Uhr
Herodes und Mariamme

Volksbühne
Theater am Hiltoplatz Th. am Schiffbauerdamm
8 Uhr
Zum 1. Male
Hinkemann

8 Uhr
Schieber des Ruhms

8 Komische Oper 8
Neuartiges Revue-Stück
Alles Nackt!
(Nach d. gleichn. Paris. Revue "Tout nu") 200 Mitwirkende
Original-Pariser Kostüme
Sonnt. 3 1/2 Uhr: Vollständige Vorstellung zu kleinen Preisen
Jeder Erwachsene 1 Kind frei
Parkett 3,50 Bk.
Theaterkasse ununterbr. geöffnet

8 UHR SCALA
GROCK
und weitere
9 Internat. Varietätens
Sonnabends u. Sonntags
Je 2 Vorstellungen
3 1/2 u. 8 Uhr - 3 1/2 u. ermäßigte
Preise das ganze Programm.

8 Uhr Winter Garten
Variete
Räucher
gestaltet
Piletto der deutsche Rastelli
Dayel u. Ballet m. B. Campson
Waldoff-Penkert: Boxkampf

Deutsches Theater
Norden 10334-37
8 U. Ende 11 U

Dorothea Angermann
v. Gerh. Hauptmann
Regie: Max Reinhardt
Kammerspiele
Norden 10334-37
7 3/4 Uhr:
Ende nach 10 Uhr.
"Maya"

Die Komödie
Bismarck 2434/7516
8 1/2 Uhr. Ende 10 1/2
Letzte Aufführungen
Zinsen
Komödie
von Bernard Shaw
Freitag, 25. Novemb.
7 1/2 U. Zum 1. Male

Die Ehe von Welt
Komödie von Max Gorki
Regie: Fester Lantinga

Piscatorbühne
Theat. z. Hiltoplatz
Kurfürst 2091/93
Ant. 8. Ende nach 11
Bspalle, die Romanows,
der Krieg und das Volk,
das gegen sie aufstand
von Alexey Tolstoj
und Schtschegolew
insc. Erwin Piscator

Berliner Theater
Dönhoff 170
8.15-10.40 Uhr.
Letzte Aufführungen I
bis 2. Nov.
Der Geisterzug

Trianon-Th.
Tägl. 8 1/2 Uhr:
Irma gläsern
in
Gretchen
Für Sonntag nicht entzogen
Sonntag nachm. 4 U.
Hänsel u. Gretel
u. Kasperle-Theater

Chicago
Schluderhannes

Großes
Schauspielhaus.
Tägl. 11 Ende
11 U.

DER MIKADO
Die neue
CHARELL-
Inszenierung
mit
Max Pallenberg
Bila Georg
Bendow
Jankuhn
Stöke Szakali
Werkmeister
Westermeyer
Jackson Boys
Sunshine Girls
Aust. Prof. Stern
Dirig. Dr. Römer

Theater des Westens
Täglich 8 1/2 Uhr:
Frasquita
Operette von Lehár
Inszenierung Hans
Jander u. E. Rada-Sark
dallner, Inszen. Carl Seidl

Theater in der
Kammerstraße.
8 Uhr:
Der große Erfolg:
**Schon sehr
wir sind!**
m. Henry Bender
Dönhoff 3083

Th. im Admiralspalast
Täglich 8 1/2 Uhr:
**HALLER-
REVUE**
"Wann und wo!"

2 Sonntag
Vorstellung
3 Uhr u. 9 1/2 Uhr
Rede, die ganz Ver-
schlungen zu sein.
Sonntag 3 1/2 Uhr:
Märchen-Revue
"Aschenbrödel"
Kl. Preise 1-8 M.
Stg. 1 1/2 U. Vorm.
Punk-Konz.
4. Jazz-Sinf.-Orch.
der Haller-Revue
Dir. Hans Schindler
u. d. Godwin-Band
Alfred Braun
persönlich anwesend
sagt 4. Progr. an-
reise 50 Pf. - 2 M.

Kahlbaum Edel
der große deutsche Weinbrand
ebenbürtig französischem Cognac

CASINO-THEATER 8 Uhr:

Lothringer Str. 37.
Neu! **Klein-Kiekersdorf!** Neu!
Ausscheiden! Gutsein 1-4 Pers.
Pauteil nur 1,10 M., Sessel nur 1,20 M.

Der Circus
der 100 Löwen
der Circus des Volkes!
Circus Kapitän Schneider
spielt jetzt in Moabit,
Wallenweberstraße, Ecke Hansaer
2 Minuten vom Stadtth. Tiergarten!
Nur noch wenige Tage!
Täglich 8 Uhr. Mittwoch Sonntag, auch 3 Uhr.
Türöffn. 7 Uhr. Eintr. 10 Pf. an.

Residenz-Theater
Tägl. 8 1/2 Uhr:
Sumpf
Ständrama 3 Akte
Sonnab. u. Stg. 4 Uhr
Dornröschen
Jedes Kind erhält
ein Geschenk

Metropol-Th.
Tägl. 8 1/2 Uhr:
Paganini
Operette von Franz Lehár.
Jana, Edele, Uhlstein,
Lulu, Kesseler,
Hella Käy, Arthur Hill u. a.

Planetarium am Zoo
Vertrag. Juchaczhausen Str.
No. 1978
Der Sternhimmel auf
der Reise von Berlin
nach dem Äquator
Vorführungen:
6 1/2, 8, 7 1/2, 9 Uhr.
Eintritt 1 M.
Kinder ent. 15 Jahren 50 Pf.

Lustspielhaus
8 1/2 Uhr:
Zimmer No. 13

**Innungskrankenkasse der Juweliere,
Gold- und Silberschmiede zu Berlin**
Befanntmachung
Auf Grund des § 46 der Satzung sind die Mitglieder der Kassenvereine und deren Erfahrene für die Wahlperiode bis 31. Dezember 1927 neu zu wählen.
Gewählt werden zwei Vertreter und drei Erfahrene aus dem Kreise der Arbeitgeber und sechs Vertreter und sechs Erfahrene aus dem Kreise der Versicherten.
Zu wählen haben die gemeldeten Vertreter des Kassenvereins.
Die Wahl findet in der Ausführung am Sonnabend, dem 7. Januar 1928, im Hotel von Schmidt, Berlin, Ludowik-Strasse 6, statt.
Die Arbeitgebervertreter wählen in der Zeit von 9-10 Uhr abends. Die Versichertenvertreter wählen in der Zeit von 7 1/2-9 1/2 Uhr abends.
Es wird hierdurch zur Einreichung von Vorschlagslisten aufgerufen. Vorschlagslisten einzureichen sind berechtigt:
1. Wirtschaftliche Vereinigungen der Arbeitgeber und der Versicherten,
2. Die wahlberechtigten Versicherten,
3. Die gemeldeten Auszubildenden.
Die Vorschlagslisten zu 3 müssen mit fünf die Vorschlagslisten zu 2 müssen mit zwei Unterzeichnern versehen sein.
Die Vorschlagslisten sind gefolgt von der Arbeitgeber und der Versicherten bis zum Sonnabend, dem 10. Dezember 1927, bei dem Vorstand an die Adresse der Kasse einzureichen.
Die Stimmabgabe ist an die Wahlvorschläge gebunden.
Die zugelassenen Vorschlagslisten können ab Montag, den 12. Dezember 1927, im Kassenlokal in der Zeit von 9 bis 1 Uhr eingesehen werden.
Einsprüche gegen die Nichtigkeit derselben sind bis zum 17. Dezember 1927 beim Vorstand der Kasse einzureichen.
Im übrigen verweisen wir auf die Bestimmungen der Wahlordnung und des § 46 der Satzung.
Der Vorstand
Ray Kolb, Vorsitzender
Eugen Beck, Schriftführer

Walhalla-Theater
Täglich 8 1/2 Uhr:
Am Radesheimer
Schloß steht eine Linde
Parken statt 4 Mk.
tägl. auch Sonntags
nur 60 Pf.
Sonnab. nachm. 4 Uhr
Zauber-Künstler
Cumberland
Ordnung: Aschenbrödel
Parkett v. 30 Pf. an.

Neues Theater
am Zoo
Täglich 8 Uhr
Die Hotelratte
Operette v. Bronnme
Lise Bach, Paul Feldmann

Reichshallen-Theater
Abds. 8 U. u. Sonnt. nachm. 3 U.
Stettiner Sänger
"Eine Hochzeit in
de Müllerstraße"
nachm. habe Preise,
volles Programm.

Dönhoff-Bratt's
Täglich: Varieté, Tanz-Kabarett.

Theater am Kottbuser Tor
Kottbuser Straße 6.
Täglich 8 U. u. Sonntagnachm. 3 U.
Elite-Sänger
im großen
Novemberprogramm
Volkspreise von 50 Pf. bis 2,50 M.
Sonntag nachmittag:
Große Familien-Vorstellung
Volles Progr. Kl. Preise v. 40 Pf. b. 1,75 M.

Rose-Theater
8 1/2 Uhr
Einer von unsrer Leut.

Krause-Pianos
zur Miete
W50, Ansbacherstr. 1

Kredithaus
1/2 Anzahlung
Rest in
8 Monats-
Raten

Anders
Reinickendorfer Str. 16
Größtes Haus am Nettel-
beckplatz, am Bahnhof-
Wedding.
Ecke Pank- und Gerichtstraße Ecke
Parterre, I., II., III., IV. Etage

Damen-
Herren-
u. Kinder-
Konfektion
Leib-, Haus-, Bett-
wäsche, Oberhemd,
Kragen, Steppdeck,
Gardinen, Tisch-,
Diwandecken, Tepp-
iche, Laufferstoffe
usw.

Riesen-
Möbel-
Auswahl

Möbel mit 1/10 Anzahlung
Langfristiger Kredit!

Gegründet 1876

Schlafzimmer
komplett
668.- Monatsrate 35.-
693.- Monatsrate 35.-
740.- Monatsrate 40.-
850.- Monatsrate 40.-

Speisezimmer
komplett
570.- Monatsrate 30.-
627.- Monatsrate 30.-
825.- Monatsrate 40.-
1005.- Monatsrate 50.-

Herrenzimmer
komplett
425.- Monatsrate 20.-
525.- Monatsrate 25.-
695.- Monatsrate 35.-
775.- Monatsrate 40.-

Möbel-Fabrik
Seelisch
Rob. Seelisch
D. 112, Rigauer Str. 71-73a
Neue Verkaufsräume: Rosenthaler Str. 9
Frachtfreie Lieferung durch ganz Deutschland.

Küchen, Polster- u. Einzeilmöbel
jeder Art und Preislage.
Anzahlung 10%
Kredit bis 20 Monate
zu Kassa-Preisen
+ 2% pro Monat auf die Restkaufsumme.

Illustrierter Katalog gratis erhältlich!

Das Faß ohne Boden.

Die Subventionsforderungen der Großagrarien.

In der letzten Zeit ist wieder außerordentlich viel von der Notlage der Landwirtschaft die Rede gewesen. Die berufständischen landwirtschaftlichen Organisationen, allen voran der Reichs-Landbund, haben die, nicht ohne eigenes Verschulden der Betriebe, entstandene Zwangslage bei der Rückzahlung der Rentenbankwechsel dazu ausgenutzt, um der beunruhigten Öffentlichkeit weitgehende Sanierungspläne vorzulegen. Schlag auf Schlag wurden eine ganze Reihe derartiger

„großzügiger“ Sanierungsprojekte lanciert.

Besonders bekannt geworden sind diejenigen des Landbundes selbst, des deutschnationalen Politikers Schlange-Schönningen, und des preußischen Landwirtschaftsministers Dr. Steiger. Der feinen Plan allerdings als Zentrumspolitiker vorgetragen hat.

Während sich über diese Projekte, so phantastisch und undurchführbar sie auch sein mögen, immer noch irgendwie diskutieren läßt, bleibt ihre agitatorische Auswirkung draußen in der Provinz völlig frei von allen sachlichen Überlegungen. An der Berliner Zentrale des Landbundes versucht man, bei der Geltendmachung der maßlos übertriebenen Subventionsforderungen doch immer noch den Schein zu wahren, als ob man selber an die Durchführbarkeit dieser Pläne glaube, und als ob man sie ernstlich vertreten wolle. Freilich könnte beispielsweise dem Abgeordneten Schlange-Schönningen nichts Schlimmeres passieren, als daß sein Projekt, in die Form einer Gesetzesvorlage gebracht, von den deutschnationalen Ministern als „völlig undurchführbar“ abgelehnt würde! Aber worauf es den Landbundpolitikern vor allem ankommt, das ist das Echo dieser Projekte draußen in der Provinz, wo von allen Statistiken und der Form halber ausgelegelten Details doch nur das eine übrig bleibt, nämlich die Parole: Der Landbund will und wird bei der Reichsregierung mehr Kredite und billigere Kredite für alle herausholen! Diese Parole wird bis

zu den nächsten Wahlen

auch bis ins letzte Dorf vorgedrungen sein, weil sie verständlich und einprägsam ist. Es ist also gar nicht nötig, daß die Landbundespresse jetzt noch langatmige und sich sachlich gebärdende Artikel bringt, und daß es zu einer großen Versammlungsagitation kommt. Deshalb ist diese „bequeme“ und billige Parole auch politisch und wirtschaftlich so außerordentlich gefährlich, und deshalb muß schon jetzt alles getan werden, um ihre Wirkungsmöglichkeiten einzuschränken. Wie der Exkurs des Ministers Steiger zeigt, fürchtet das Zentrum diese Wohlparole so sehr, daß es sie am liebsten zu seiner eigenen machen möchte. Kaum anders liegen die Dinge bei der so wandlungsfähigen Deutschen Volkspartei, die in ihren Reihen viele Landbündler zählt — darunter Herrn Hepp, einen der beiden Präsidenten des Landbundes. Deshalb ist es auch sehr zu beachten, daß Minister Stresemann in seiner ersten Wahlrede (vor der Parteiorganisation in Halle) bereits, wenn auch recht vorsichtig, für Subventionen an die „notleidende“ Landwirtschaft eingetreten ist.

Wenn nun, wie fast zu befürchten ist, bei den nächsten Wahlen alle bürgerlichen Parteien (einschließlich des Zentrums) in Wahlversprechungen für die Landwirtschaft miteinander wetteifern werden, und das natürlich in Idealkonkurrenz mit den Kommunisten, die ja eine Partei des Kleinbauernturns scheinen möchten, dann ist auch zu befürchten, daß bald nach der Wahl das Großagrariertum den für die gesamte Landwirtschaft ausgearbeiteten Wechsel präsentieren wird, und daß dann tatsächlich die Großagrarien jene Subventionen, die angeblich für die gesamte Landwirtschaft bestimmt sein sollen, für sich einheimen. Das ist natürlich das Ziel, auf das es dem Landbund oder vielmehr seinen maßgebenden Führern ganz allein ankommt.

Es ist ja auch gar nicht wahr,

was immer wieder in den allgemeinen Erklärungen zu den großzügigen Sanierungsprojekten behauptet wird: daß nämlich eine allgemeine Notlage der Landwirtschaft infolge der Ueberverschuldung bestünde, und daß diese allgemeine Notlage durch Entschuldung, Umschuldung und Zinsverbilligung beseitigt werden könnte. Beides trifft nicht zu. Jede der geplanten Sanierungsaktionen, ganz gleich, ob sie (was praktisch wegen des Mangels an Mitteln gar nicht in Frage kommt) in dem ursprünglich geplanten Umfang realisiert werden könnte, oder ob sie nur als Teilaktion im Rahmen des Möglichen durchgeführt wird, würde nämlich ganz zwangsläufig dazu führen, daß immer nur ein verschwindend kleiner Teil aller landwirtschaftlichen Betriebe in den Genuß der Subvention kommt: — nämlich die schwerverschuldeten Betriebe, und das sind die Großbetriebe,

und unter ihnen vorwiegend wieder die schlecht geleiteten. In jedem Falle würde es sich nur um die etwa 10 000 eigentlichen Großbetriebe handeln, die in Deutschland unter einer Zahl von etwa 2 Millionen landwirtschaftlicher Betriebe (ohne Zwergbetriebe) vorhanden sind. Eigentlich notleidend sind von jenen rund 10 000 Betrieben aber auch nur die meisten der in Ostdeutschland liegenden Eigenbetriebe, die freilich den größten Teil der Großbetriebe ausmachen; dagegen ist die Mehrzahl der relativ wenigen im übrigen Deutschland verstreut liegenden Großbetriebe und, in Ostelbien selbst, die Mehrzahl der Großpachtbetriebe wie auch eine ganze Reihe gut geleiteter Eigenbetriebe, durchaus wirtschaftlich gesund und auch rentabel geblieben.

Je nachdem man die Höchstengrenze für den Großgrundbesitz zieht, verbleiben demnach aus der Zahl von 10 000 bis 12 000 Großbetrieben

etwa 8000 bis 10 000 großantizipische Besitzungen als Hauptträger der Verschuldung

mit etwa 250 000 bis 500 000 M. Schulden je Betrieb, die zum Teil wirklich sanierungsbedürftig sind und die sämtlich, falls tatsächlich eine Sanierung in Angriff genommen würde, dem hohen Verschuldung die wirklichen Nutznießer einer Entschuldungs- und Zinsverbilligungsaktion abgeben würden.

Unter dem Vorwand, daß die Verschuldungsverhältnisse in der gesamten Landwirtschaft, in allen Teilen Deutschlands und ohne Unterschied der Betriebsgröße, unerträglich drückend geworden wären, soll jetzt dem Großgrundbesitz eine besondere Liebesgabe zugeleitet werden — zu allen Sondervergünstigungen wie Getreidezoll, Subventionierung durch das Branntweinmonopol, Privileg der Einkommensteuerfreiheit usw. noch dazu! Ja, nicht einmal der gesamte Großgrundbesitz soll diese Subvention erhalten, sondern nur derjenige Teil der Großbetriebe, der den eigentlich großagrarischen Charakter trägt: also vorwiegend jene Betriebe, die ihre Stellung machtpolitisch auszunutzen konnten. Denn nur so hat jene zahlenmäßig kleine Gruppe von Betrieben auch in den letzten Jahren, in der Zeit der allgemeinen Kreditnot, reichliche, ja sogar überreichliche Kredite erhalten können. Wenn diese

„Ueberfütterung“ mit Krediten sich jetzt als Ueberlastung

ausweist, und wenn sich die im Wege der Bevorzugung und der Protektion beschafften Kredite als ein Danaergeschenk herausstellen, dann liegt wahrhaftig keine Notwendigkeit dazu vor, diese Fehler mit dem Gelde der Steuerzahler auf Kosten der Kreditversorgung aller übrigen Wirtschaftsprüfung wieder gutzumachen! Am allergeringsten ist eine derartige Sanierungsaktion wirtschaftlich gerechtfertigt, und besonders dann nicht, wenn zu ihrer Durchführung die Kapitalhilfe des Auslandes beantragt wird. Wenn Großagrarien und Landbündler, wie etwa Herr Schlange-Schönningen, die Verantwortung dafür übernehmen wollen, daß die Verschuldung Deutschlands aus Ausland, d. h. also die Ueberforderung der deutschen Wirtschaft „großzügig“ mit immer neuen Milliardensummen weitergeht, so ist das ihre Sache. Wir aber haben den Wunsch, daß Auslandskapitalien nur dann und nur in einem solchen Umfang herbeigezogen werden, als sie wirklich produktiv verwandt werden können. Das ist aber in den großagrarischen Betrieben, wie deren bisherige wirtschaftliche Entwicklung seit der Stabilisierung zeigt, durchaus nicht der Fall. Viel besser hat sich ja der mit Krediten schlechter versorgte, steuerlich benachteiligte und durch die Getreidepreispolitik der Regierung nicht besonders subventionierte Klein- und Mittelbesitz wirtschaftlich gehalten.

Der Landwirtschaft in ihrer Gesamtheit wird und muß man helfen, wenn es wirtschaftlich erforderlich ist und wo es wirklich nützlich ist: durch Ausbalancierung des Zollschutzes für die einzelnen Produkte, durch Beseitigung der produktionshemmenden Futtermittelzölle, durch Systematisierung der Kredite, durch Realisierung aller staatlichen Maßnahmen, die auf dem Wege über die großagrarisch-landbündlerische Selbstverwaltung vielfach „stehengeblieben“, zum Teil sabotiert, zum Teil einseitig dem Großgrundbesitz zugeführt worden sind. Niemand aber kann es wirtschaftlich verantworten, daß öffentliche Mittel für eine ausgesprochene Subventionierung der großagrarischen Betriebe eingesetzt werden, und vor allem dann nicht, wenn diese Subventionierung im Endeffekt doch nur dazu führt, die an anderer Stelle der Volkswirtschaft dringend benötigten in- und ausländischen Kapitalien in jenes Faß ohne Boden zu werfen, das der landwirtschaftliche Großgrundbesitz in seiner derzeitigen Betriebsverfassung darstellt.

Es ist Zeit, daß der immer unergründlicher gewordene Stützpunkt der Großlandwirtschaft auf natürliche Weise trodengelgt wird: sie sollen zahlen, was sie schulden.

den Gesamtkomplex, so stellt sich heraus, daß die Eisen- und Stahlindustrie zur Bekämpfung einer gewaltigen Kontrollmöglichkeit geworden ist, eine wirtschaftliche und politische Macht von ungeheurer Größe. Dieses Herausheben einer Industrie und das Zurückdrängen anderer Industriezweige stehen nicht im Einklang mit der Volkswirtschaftlichen Bedeutung der verschiedenen Industriearten, denn die Fertigindustrie beschäftigt einen großen Teil der Arbeiterschaft, während die Schwerindustrie nur dem 25. Teil der deutschen Arbeiterschaft Lohn und Brot gibt.

Ufermann zeigt dann, wie die gewaltige ökonomische Kraft des Stahltruffs dahin treibt, daß er immer neue Monopole einwickelt und an sich zieht. Er verneint die Frage, ob der Kapitalismus nun damit in sein Altersstadium eingetreten ist. „Großunternehmungen in der Art der vereinigten Stahlwerke sind ein Mittel, die Bahn der kapitalistischen Entwicklung von Zufälligkeiten zu befreien.“ Die Planwirtschaft im Dienste des Profits springt über die Landesgrenzen hinaus. Im Inland versucht sie nicht nur ihre Macht zu entfalten, sondern auch die Köpfe der Arbeiterschaft und die öffentliche Meinung für sich zu gewinnen. Die Gefahren, die in der Entwicklung begründet sind, vermag die Arbeiterschaft selbst nur dadurch zu bannen, daß sie von der starken Masse der Organisation Gebrauch macht, die die Industrie in ihren Dienst zu stellen sucht.

Das Werk, dessen Verständnis durch mehrere Schaubilder und zahlreiche Tabellen erleichtert wird, kostet broschiert 6 M., gebunden 7 M. und ist durch Organisationen zu einem ermäßigten Preis zu beziehen. Es kann allen, die in das Wesen der modernen kapitalistischen Wirtschaft eindringen wollen, auf das beste empfohlen werden.

Die Beratungsstelle sabotiert bewußt.

Die Beratungsstelle hat ihre Tätigkeit eingestellt. Das ist das klare Ergebnis einer amtlichen Erklärung, in der mit vielem Drum und Dran gesagt wird, daß die Beratungsstelle die zahlreich gestellten Anträge nicht beraten wird. Als Ausrede für diesen klaren Willen gilt folgendes: die Gesamtlage „gestatte“ es kurzzeit nicht, einzelne Anträge zu behandeln. Es erschiene vielmehr erforderlich, sich zunächst ein Gesamtbild über die für den Anleihebedarf in Betracht kommenden Verhältnisse der Gemeinden zu machen, um eine gerechte und zweckmäßige Entscheidung in der Verteilung des etwa zur Verfügung stehenden Auslandskapitals sicher zu stellen! Daher finde zunächst eine Rundfrage an die größeren deutschen Gemeinden statt, die Unterlagen für das vorhandene Anleihebedürfnis der Gemeinden unter Berücksichtigung ihrer Finanzlage bringen soll. Dabei werde insbesondere auch eine Klärung der wichtigen Frage der kurzfristigen Verschuldung der Gemeinden angestrebt.

Diese Ausreden sind die Erklärung, daß man nicht will. Ob und wie das zur Verfügung stehende Auslandskapital verteilt wird, das geht die Beratungsstelle gar nichts an, die einzig und allein nach den Richtlinien zu verfahren hat. Dieses Verfügewollen über das Auslandskapital ist noch eine Erweiterung der angemessenen Befugnis, vorher die finanzielle Lage der Städte zu prüfen. Es wird allerhöchste Zeit, daß der Reichstag sagt, wer in Deutschland noch zu bestimmen hat. Deutschland fängt allmählich an, gegenüber dem Ausland lächerlich zu werden.

Weiterer Aufstieg der deutschen Konsumvereine

Vom Zentralverband Deutscher Konsumvereine liegt die Wochenumsatzstatistik für den Monat Oktober vor. Sie zeigt wieder eine sehr erfreuliche Steigerung der durchschnittlichen Wochenumsätze pro Mitglied. Im September vermachte sich noch das Ausschneiden der „Papierfalden“, das heißt der nichtlaufenden Mitglieder, in einer plötzlichen Steigerung des pro-Kopf-Umsatzes bemerkbar. Dieses Moment ist im Monat Oktober weggefallen. Der Wochenumsatz je Mitglied ist bei den berichteten Genossenschaften von 7,25 M. auf 7,81 M. gestiegen. Mit einer Ausnahme berichten sämtliche Konsumvereine über eine teilweise recht erhebliche Zunahme des Durchschnittsumsatzes. Auch bei der einzigen Ausnahme, dem Südwestdeutschen Verband, erfolgte ein Rückgang um nur einen Pfennig, von 4,85 M. auf 4,84 M. Den höchsten durchschnittlichen Wochenumsatz hatte der saarländische Verband mit 11,18 M.

Ueber die preußische Siedlungsfähigkeit in den Jahren 1923 bis 1925 veröffentlicht das Preussische Statistische Landesamt einen Bericht. In diesen Jahren wurden zu Siedlungszwecken von den gemeinnützigen Siedlungsunternehmungen oder durch deren Vermittlung insgesamt 10 2881 Hektar erworben. Aus Staatsdomänen und Reichsbesitz sind 10 890 Hektar bereitgestellt worden. Mit 88 217 Hektar stammte das erworbene Siedlungsgelände nicht aus Domänen, Moor oder Waldland. Aus 136 großen Gütern wurden mehr als vier Fünftel des Siedlungslandes zur Verfügung gestellt. Auf eine neue Stelle entfielen im Durchschnitt 9,78 Hektar. Wenn das Jahr 1924 ganz die Neubegründung von Stellen im Jahre 1925 um 38,6 Proz. zurück. Von dem neu erworbenen Land sind 41,8 Prozent für Zwecke der reinen Neusiedlung beantragt worden, während das gepachtete Land dagegen fast ausschließlich als Landzulage an Anlieger vermittelt wurde. Auch die Zahl der angestrebten Personen ist 1925 gegen das Vorjahr beträchtlich zurückgegangen, und zwar bei den Siedlern um 4,4 Proz.

Die Zusammenschlußbewegung in der Mühlenindustrie, die nicht zuletzt auf das Bedürfnis der finanziellen Sanierung zurückgeht, hat in der Gründung einer großen Mühlenkonzern-Aktiengesellschaft ihren Ausdruck gefunden. Die Werte der sogenannten Schwerkgruppe, die aus der Getreide-Kommissionen-A.G. in Düsseldorf und der Getreide-Industrie- und Handels-A.G. Berlin hervorgegangen ist, hat ihre Mühleninteressen in der „Deutsche Mühlenvereinigung A.G.“ vereinigt. Das Aktienkapital der neuen Gesellschaft beträgt 10 Millionen Mark. Daron sind beteiligt: die Heftische Kunstmühle A.G. mit 1,6, die Krefelder Mühlenwerke A.G. mit 1,5, die Scherberg A.G. mit 1,2, die Wäntener Walzmühle A.G. mit 0,9, die Mühlenwerke Nieslomp A.G. mit 3,0, die Dortmund Mühlenwerke A.G. mit 1,5 Millionen. Das Aktienkapital der bisher nur in einer Holding-Gesellschaft zusammengeschlossenen Unternehmungen wird für die neue Gesellschaft also nicht erhöht. Der Sanierungscharakter der Gründung kommt darin zum Ausdruck, daß eine Anzahl großer Banken im Aufsichtsrat führend vertreten sind (Hardy u. Co., Barmer Bankverein, Dresdner Bank, Disconto-Gesellschaft Berlin, Süddeutsche Disconto-Gesellschaft Mannheim, Commerz- und Privatbank).

Die deutsche Motorradproduktion dehnt sich aus. Wie gemeldet wird, beschließt die in der deutschen Motorradproduktion in vorderer Reihe stehenden Zschopauer Motorenwerke A.G. bis zum Frühjahr 1928 ihre Tagesproduktion auf 200 Maschinen täglich zu erhöhen, nachdem sie bisher 100 bis 120 Motorräder betrug. Insbesondere sollen die neu aufgenommenen 250- und 300-Kubikzentimeter-Typen in stärkerer Maße hergestellt werden.

Eine Erhöhung der Spartausschüsse in Sachsen hat das sächsische Ministerium des Innern für zulässig erklärt. Bis auf weiteres können die Zinsen für Spartausschüsse auf 5-7 Proz. erhöht werden, je nach sofortiger Abhebarkeit oder der Dauer der Kündigungsfrist.

Der deutsche Stahltruff.

Seine Bedeutung in der Welt- und Volkswirtschaft.

Wirtschafts- und sozialpolitische Rundgebungen der neueren Zeit haben gezeigt, welche führende Rolle sich die Vereinigten Stahlwerke A.-G. und ihre Helfer innerhalb der gesamten Wirtschaft annehmen. Wir selbst haben wiederholt Anlaß gehabt, uns mit diesem Riesenunternehmen zu befassen. Jetzt hat der auch unseren Lesern bekannte Genosse Paul Ufermann bei der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ein Buch herausgebracht, das den Anspruch erheben kann, die erste erschöpfende Darstellung des deutschen Stahltruffs und seines Werdeganges zu sein. Der Verfasser beschränkt sich nicht darauf, die Gründung und die Ausdehnung des Stahlvereins zu beschreiben, sondern er gibt in kurzen Zügen eine Geschichte der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie. Dabei treten deutlich die charakteristischen Züge der Entwicklung zur kapitalistischen Wirtschaft hervor. Vom Einzelunternehmen zur anonymen Gesellschaft, vom reinen Kohlen- oder Eisenbetrieb zum gemischten Unternehmen, von der Einzelwirtschaft der Betriebe zum Kartellkapitalismus, dann die Umwandlungen in der Kriegszeit und schließlich der Aufbau des Stahltruffs aus den Trümmern der zusammengebrochenen Inflationskonzernne; alle diese Phasen finden eine eingehende Schilderung unter besonderer Betonung derjenigen Merkmale, die allgemein der modernen-kapitalistischen Wirtschaft eigen sind.

Heute steht dieser mächtige Truff da, der allenfalls an Größe und Kapitalkraft mit dem deutschen chemischen Großtruff verglichen werden kann, sonst aber keinesgleichen nur in den ausländischen Riesenunternehmen findet. Ufermann geht insbesondere an Hand eines reichen und sorgfältig geordneten Materials allen Momenten nach, die die Bedeutung des Stahltruffs für die deutsche Wirtschaft beleuchten. Bekannt ist ja, daß heute bereits der

Stahlverein in der internationalen Rohstoffgemeinschaft eine wichtige Rolle spielt. Weniger bekannt sind die Beziehungen des Stahltruffs zu den deutschen und den internationalen Banken, die Ufermann eingehend erläutert. Ferner beschreibt er aber auch die Bedeutung der Gründung für die neuen Abhängigkeitsverhältnisse, die sich zwischen dem Eisenhandel sowie der verarbeitenden Industrie auf der einen und dem riesigen Rohstoffunternehmen auf der anderen Seite ergeben. Es ist eine gewaltige politische und wirtschaftliche Macht, die das Reich der Röhler, Thollen, der Otto Wolff und der übrigen führend beteiligten Schwerindustriellen darstellt. Ufermann faßt seine Kritik folgendermaßen zusammen:

„Das Ruhrrevier wurde zum Kernrevier der gesamten schweren Industrie. In diesem Gebiet entstand ein mächtiges Unternehmen in trustsähnlicher Form. Die Eisen- und Stahlgewinnung wurde zum herrschenden Prinzip, weil sie es ist, die das weite Gebiet der fertigerarbeitenden Industrie Deutschlands mit den nötigen Vorprodukten versorgt. Die fertigerarbeitende Industrie wurde somit dem Einfluß der Rohstoffindustrie und in weiterem Sinne einem einzigen Unternehmen unterworfen. Sie ist zum Objekt der oben skizzierten Entwicklung geworden. Das ist sicher nicht unbedenklich. Diese Sorge wird noch verstärkt, wenn man berücksichtigt, daß der Stahlverein durch seine dezentralisierte Konzentrationspolitik weit über das Ruhrgebiet hinausgreift und die übrigen Teile der Eisen- und Stahlgewinnung, namentlich im Siegerland, in Mitteldeutschland und in Ober-Sachsen ebenfalls maßgebend beherrscht. Der Stahlverein ist führend nicht nur in der Roh-eisen- und Stahlgewinnung, sondern auch in der Fabrikation von Fertigerzeugnissen. (Walzwerksprodukte, Bleche, Stabellen, Draht, Röhren, Formeisen, Schienen usw.) Durch Errichtung der Locher-gesellschaft deutscher Edelstahlwerke bekam der Stahlverein auch Einfluß auf die Edelfabrikation. Edelfabrik- und Qualitäts-eiseln sind Produkte, die die Fertigindustrie unentbehrlich zu ver-arbeiten genötigt ist. Der Stahlverein selbst aber hat eine Reihe fertigerarbeitende Betriebe und ist entweder selbst oder durch noch ihm kontrollierte Tochtergesellschaften Mitglied in zahlreichen Kartellen und Vereinigungen der Fertigindustrie. Betrachtet man also

Eine Viertelmillion.

Im Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter hatte im Oktober eine beachtenswerte Mitgliederzunahme von insgesamt 1444 Köpfen zu verzeichnen. Von den 18 Wirtschaftskreisen hatten nur fünf kaum nennenswerte Abnahmeziffern, die übrigen 13 Bezirke wiesen zum Teil recht beachtliche Zunahmen auf. Im Normonat betrug die Mitgliederzahl 223.438. Sie beträgt jetzt 223.882. Bis zur runden Viertelmillion Mitglieder fehlen etwas über 1000 Mitglieder. Bei erfolgreicher Werbetätigkeit müßte diese Ziffer im nächsten Monat erreicht sein, unter allen Umständen aber am Jahreschluss. Die Gesamtmitgliederzahl enthält 189.472 männliche und 34.409 weibliche Mitglieder.

Seit 58 Jahren Gewerkschaftsmitglied!

Ein Achtzigjähriger.

Heute am 25. November vollendet unser Kollege, der Gold- und Silberarbeiter Karl Holtkamp sein 80. Lebensjahr. In feister körperlicher und geistiger Frische ist es ihm vergönnt, die Grenze des Patriarchalters zu überschreiten. Zu einer Zeit, als der größte Teil der Arbeiterschaft die Organisationsidee noch nicht begriffen hatte, hat er bereits den sozialen und kulturellen Wert des proletarischen Zusammenstehens erkannt. Seit 1869 gehörte er dem Berliner Arbeiterverein der Gold- und Silberarbeiter an. Im Jahre 1889 trat er dem Verband aller in der Berliner Metallindustrie beschäftigten Arbeiter bei und nach dessen Zusammenstich mit dem Deutschen Metallarbeiterverband 1897 ist er ununterbrochen Mitglied unserer Organisation geblieben.

Wie seine Organisationsstreue, ist auch sein beruflicher Lebensweg gewesen. 1862 trat er als Lehrling bei der Silberwarenfirma Rörner u. Brill in Berlin ein, bei der er auch heute noch in voller körperlicher Rüstigkeit seinem Beruf nachgeht. Ueber 65 Jahre hat er bereits seine Arbeitskraft der Firma zur Verfügung gestellt. In den verschiedensten Abzweigungen der gewerkschaftlichen Entwicklung hat er als Funktionär in den verschiedensten Reihen der Berliner Metallarbeiterbewegung gestanden. Vor einigen Wochen hat er ohne Rücksicht auf sonst übliche Bedenken, aktiv Anteil genommen an dem Streik der Berliner Silberarbeiter.

Neben dieser Tätigkeit hat er jahrzehntelang für die Sozialdemokratische Partei Ehrenämter in der Stadt Berlin ausgeübt, und war gleichzeitig einer der Pioniere der freigewerkschaftlichen Hilfskassenbewegung. Als Vorsitzender der Ortskassa der Goldschmiede Berlins ist er etwa 50 Jahre ehrenamtlich tätig.

Es ist dem Arbeiter im allgemeinen nicht vergönnt, ein derartig hohes Lebensalter zu erreichen. Daß dieses Geschenk der Natur bei Karl Holtkamp gleichzeitig mit unaussprechlichem Idealismus, unbegrenzter Solidarität und höchster persönlicher Aufopferung verbunden war, schafft ihm ein bleibendes Ehrenmal in der Geschichte der Berliner Metallarbeiterbewegung.

Möge es unserem Geburtsjahrskind vergönnt sein, noch recht lange den Entschlußweg der heranwachsenden Generation verfolgen zu können, um gleichzeitig noch möglichst lange Zeit für die Jugend ein leuchtendes Vorbild des proletarischen Idealismus zu sein.

Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Zellerfolg beim Schilderannahmestreit.

Verhandlungen zwischen dem Deutschen Verkehrsband und einer Anzahl Schilderfirmen haben zu einem Vertragsabschluss geführt, so daß der größte Teil der Streikenden zu den neuen Bedingungen der Arbeit, Haus, Freitagsruhe, Aufnahme in die Vereinbarung des Lohnvertrags, in dem Urlaub bis zu 12 Tagen gewährt wird, ist der § 6 bis des BGB. in beachtlicher Weise gerecht worden. Die Stundenlöhne sind für Annahmer mit 1,10 M., für Helfer mit 1,05 M. und für Arbeiter mit 1,00 M. vereinbart worden.

Bei den bewilligten Firmen erhalten die Arbeiter von der Organisation Arbeitsberechtigungskarten, die mit dem Verbandsstempel versehen sein müssen. Firmen, deren Arbeiter diese Berechtigungskarten nicht aufweisen können, gelten als nicht bewilligt und als Arbeitswillige. Solche Streikarbeit ist nach wie vor mit Nachdruck zu belämpfen und diese Arbeiter sind auf ihre unkollegiale Handlungsweise aufmerksam zu machen.

Die Bevölkerung Berlins wird gebeten, den noch kämpfenden Schilderannahmern die weitestgehende Unterstützung zu leisten und den Streikbrechern die Ausführung ihrer Aufgaben zu erschweren.

Abschiedsfeier in der FOS.

Die Freigewerkschaftliche Jugendzentrale des Ortsausschusses Groß-Berlin des DGB. hatte kürzlich zur Abschiedsfeier für ihren ausscheidenden Führer und Sekretär Otto Heßler ihre Funktionäre und Mitarbeiter in das Gewerkschaftshaus geladen. Das Programm des Abends war sehr reichhaltig und wurde von den Jugendlichen und Mitarbeitern bestritten. Biederer gebachte in kurzen Worten der schwierigen aber erfolgreichen Arbeit Otto Heßlers, dem als Organisator der Aufbau der FOS in Berlin in erster Linie zu danken sei.

In seiner Erwiderung wies Heßler auf die Schwierigkeiten hin, die am Anfang auf dem unbekanntem Gebiet bestanden, wozu noch teilweise mangelndes Verständnis kam. Das Ziel, das trotzdem geschaffen wurde, ist nur gelungen unter der tatkräftigen Mithilfe der Jugend selbst.

Sobald stottete dann Heßler nochmals den Wert des Ortsausschusses des DGB. ab und sprach die Hoffnung und den Wunsch aus, daß die Nachfolger Heßlers, die Genossen E. Picket und K. Belcke, das Begonnenes mit Erfolg weiterführen mögen. Zur Feier des Tages wurde noch der neue Bildhauer der Jugendzentrale eingeweiht. Der Abend hinterließ bei allen Beteiligten einen nachhaltigen Eindruck, der vor allem die starke Verbundenheit mit dem ausscheidenden Führer zeigte, und für die weitere Arbeit mit den neuen Führern, die ja aus der Bewegung hervorgegangen sind, äußerst befruchtend wirken wird.

Um den Achtstundentag in Polen.

Königsbühle, 21. November.

Am Mittwoch fand in Königsbühle ein Betriebsratstagesamt aller Eisen- und Metallhüttenarbeiter Ostoberschlesiens statt, der von über 200 Delegierten besucht war. Es wurde eine Entschließung gefaßt, in der die Zentralregierung in Warschau aufgefordert wurde, den Achtstundentag in den Eisen- und Metallhütten obligatorisch wieder einzuführen und gleichzeitig das Ueberstundenwesen abzuschaffen, um dadurch mehreren tausend Eisenhüttenarbeitern Beschäftigung zu verschaffen.

Dolland ratifiziert auch nicht.

Haag, 23. November.

Die Zweite Kammer hat heute einen sozialdemokratischen Antrag auf Ratifizierung der Washingtoner Konvention über den Achtstundentag mit 52 gegen 21 Stimmen der sozialistischen Fraktion abgelehnt.

Es wird bald Zeit, daß die Arbeiterschaft der großen europäischen Industrieländer dieser tollen Ratifizierungsstunde ein Ende macht. Frankreich wartet auf England und Deutschland, Deutschland auf England, Italien usw., England auf Deutschland usw. und so wird die Arbeiterschaft zum Karren gehalten.

Auslieferung ist Reichssache.

Die Frage der politischen Flüchtlinge vor dem Reichstag. — Erste Beratung über den endgültigen Reichswirtschaftsrat.

Der Reichstag nahm gestern zunächst eine Novelle zum Telegraphengesetz in allen drei Lesungen ohne Aussprache an. Die Vorlage bringt eine Reihe von Bestimmungen, die die Verhältnisse im Funkwesen in das Telegraphengesetz einleiten. Es folgt die erste Beratung des Entwurfs eines deutschen Auslieferungsgesetzes, durch das das Auslieferungswesen reichsgesetzlich geregelt werden soll.

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.)

weist darauf hin, daß mit dieser Vorlage eine Forderung erfüllt wird, die schon seit langem in Deutschland erhoben worden ist. Als im Jahre 1920 in einem Resolutionsantrag im Reichstag die Forderung nach einem Auslieferungsgesetz erhoben wurde, der auch von der Sozialdemokratie unterstützt worden ist, wurde er von der Regierung und von den bürgerlichen Parteien zum Teil mit sehr fragwürdigen Argumenten bekämpft. Das Zentrum wandte ein, daß ein solches Reichsgesetz den föderalistischen Charakter des Deutschen Reiches untergrabe. Bisher war das Auslieferungsrecht nicht nur zwischen dem Reich und den Ländern abgegrenzt. Es gab Auslieferungsverträge des Reiches neben solchen der Länder, insbesondere sind Auslieferungsverträge zwischen den deutschen Einzelstaaten und dem zaristischen Rußland abgeschlossen worden. Bismarck wollte, daß politische Verbrecher, also Sozialisten, unbedingt ausgeliefert werden, da er damit beim Reichstag nicht durchdrang, mußte er sich darauf beschränken, zwischen Preußen und Rußland ein Abkommen herbeizuführen, dem dann Bayern gefolgt ist. Faktisch besteht noch eine ganze Reihe solcher Verträge, die sogar noch vor 1870 zwischen einzelnen deutschen Staaten mit ausländischen Regierungen abgeschlossen worden sind. Sollen etwa diese Verträge noch weiter bestehen bleiben?

Für uns besteht kein Zweifel darüber, daß die Frage der Auslieferung Sache des Reiches ist. Zukünftige Verträge mit anderen Staaten werden nur auf der Grundlage dieses Gesetzes abgeschlossen werden.

Büßerrrechtlich ist anerkannt, daß jeder Staat wohl das Recht, aber nicht die Pflicht zur Auslieferung hat, und daß das Anrecht nicht ein Recht des Aufnehmens, sondern ein Recht des Staates ist. Wieweit das Anrecht ausgeübt werden soll, darüber gehen die Meinungen auseinander. Einverstanden sind wir damit, daß die Auslieferungsmöglichkeit der Kompetenz der politischen Behörden entzogen und den Gerichten unterstellt wird. Wir haben allerdings kein übertriebenes Vertrauen zur deutschen Rechtspflege. Über immerhin sind wir der Meinung, daß das Recht der Auslieferung nicht von der jeweiligen politischen Opportunismus abhängig sein darf.

Es darf keine Auslieferung erfolgen, um damit dem fremden Staat einen politischen Gefangen zu tun, sondern das Auslieferungsrecht muß auf feste juristische Basis gestellt werden.

Wir begrüßen es, daß im § 2 bestimmt wird, daß die Auslieferung nur wegen einer Tat zulässig ist, die nach deutschem Recht ein Verbrechen oder Vergehen ist. Wir sind auch einverstanden mit dem § 4, nachdem die Auslieferung nicht zulässig ist, wenn die Gegenleistung nicht verbürgt ist oder wenn die Strafverfolgung nach deutschem Recht unmöglich sein würde. Wir stimmen auch dem § 6 zu, wonach Gewähr dafür bestehen muß, daß der Auslieferung nicht wegen einer Tat bestraft werden kann, die vor der Auslieferung begangen worden ist. Weitere Einzelheiten werden dem Gegenstand der Beratung im Ausschuss finden müssen. Wir haben den Wunsch, daß für leichtere Fälle keine Auslieferung erfolgen soll. Wegen geringerer Vergehen darf nicht der ganze Auslieferungsaппarat in Bewegung gesetzt werden. Ein in Frankreich in diesem Jahre geschlossenes Gesetz enthält die Bestimmung, daß eine Auslieferung nur wegen solcher Vergehen erfolgen darf, die mindestens mit einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren bedroht wird. Bedenklich erscheinen uns die Bestimmungen über die Rücklieferung.

Der Begriff des politischen Verbrechens

Ist nicht ganz leicht zu fassen. Die Vorlage gibt eine Zusammenfassung der Bestimmungen der europäischen Auslieferungsgesetze darüber und wir finden darunter auch die Angriffe auf verfassungsmäßige Körperschaften. Gehören dazu nicht nur die Parlamente des Reiches, sondern auch die der Länder und auch die kommunalen Körperschaften? Wir begrüßen es, daß in einigen Ländern die sogenannte Attentatsklausel nicht mehr angewendet wird. Das fehlt noch in der gegenwärtigen Vorlage. Wir müssen uns gegen den letzten Absatz des § 3 wenden, wonach die Auslieferung zulässig ist, wenn die

Tat unter Berücksichtigung aller Umstände besonders verwerflich erscheint. Wer soll darüber entscheiden, was besonders verwerflich ist. Am besten wäre es, diese Bestimmung ganz zu streichen. Der Redner wünscht zum Schluß,

daß der Völkerbund ein internationales Auslieferungsrecht schafft.

Es müsse verhindert werden, daß ein Staat einen Ausländer arbeitslos und ihn an der Grenze in die Hände des anderen Staates schiebt. Es fehlen auch internationale Bestimmungen, die den politischen Flüchtlingen die Bewegungsfreiheit auch außerhalb des Aufenthaltslandes gewährleisten. Schließlich verlangt die Sozialdemokratie, daß das gesamte Fremdenrecht in Deutschland einheitlich zusammengefaßt wird. Das wäre die beste Ergänzung zu diesem Gesetz. (Beifall bei den Soz.)

Abg. v. Freytag-Loringhoben (Dnat.) hat eine genaue Durchprüfung des Entwurfs im Rechtsausschuss für notwendig. Ein ausgeglichenes Material dafür bieten die Beratungen der drei skandinavischen Staaten.

Abg. v. Freytag-Loringhoben (Dnat.) hält eine genaue Durchprüfung im Rechtsausschuss näher auf die Einzelheiten der Vorlage einzugehen. Auslieferungsvorträge von deutschen Einzelländern seien noch mit Frankreich vorhanden. Diese Verträge müßten nun durch den Abschluß von Reichsverträgen dem neuen Recht angepaßt werden. Hier sei der Boden geschaffen für ein internationales Zusammenarbeiten zum Schutze der gemeinsamen Rechtsgüter der Nationen.

Abg. Wöber (Komm.) erklärt, im ganzen kapitalistischen Europa gebe es kein Anrecht mehr, höchstens für reaktionäre Wehrgassen. (Abg. Dr. Breitscheid: „In Rußland ist das Anrecht in der Tat!“) Das vorliegende Gesetz biete keine Garantie gegen eine Auslegung des Anrechtes im Sinne der politischen Reaktion.

Damit schließt die Aussprache. Die Vorlage wird dem Rechtsausschuss überwiesen.

Wie wird der Reichswirtschaftsrat?

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius begründet hierauf den zur ersten Beratung stehenden Gesetzentwurf über den endgültigen Reichswirtschaftsrat. Der endgültige Reichswirtschaftsrat soll das seinen Korporationen fehlende volle Initiativrecht erhalten. Dem allgemeinen Ruf nach Verwaltungsabbau folgend, solle die Mitgliederzahl verringert werden. Die Arbeitsfähigkeit könne dadurch nur gewinnen.

Abg. Koenen (Komm.) geht auf die Entstehung des Reichswirtschaftsrats ein. Er sei ursprünglich als eine evolutionäre Erweiterung der arbeitenden Massen gedacht gewesen. Mit Hilfe der Sozialdemokraten sei daraus ein Erfahrungsparlament ohne Bedeutung geworden. Der Redner wirt dem Abg. Wissel vor, daß er die Einführung der Betriebsräte verhindern wollte und behauptet weiter, daß durch das Bielefelder Abkommen die Sozialisierung verhindert worden ist. Er verlangt schließlich von der Sozialdemokratie Auskunft über ihre Taktik gegenüber diesem Gesetz.

Abg. Wissel (Soz.):

Von Herrn Koenen hat man immer wieder dieselbe Rede, einmal trägt er sie von vorn, einmal von hinten vor, aber immer mit der Sicherheit der Unwissenheit. Herr Koenen hat von der Sozialdemokratie eine Erklärung verlangt. Dazu sage ich ihm: Sie haben gar nichts von uns zu verlangen, wenn ich brauche wäre, so würde ich sagen, einen Dreck haben Sie zu verlangen. (Heiterkeit.) Weiter habe ich zu bemerken, seitens habe ich niemals eine Erklärung gegen die Betriebsräte abgegeben, weilens, Herr Koenen hat ganz vergessen, daß zum Zwecke des Abschlusses des Bielefelder Abkommens der jetzige Vorsitzende, der kommunistischen Partei, Herr Bied. erst nach Bielefeld gekommen ist. Wahrscheinlich hat also Herr Bied. die Sozialisierung zu Grunde getragen. Herr Koenen behauptet weiter, daß nach der Vorlage die Minderheiten des Reichswirtschaftsrats keine Möglichkeit mehr hätten, eigene Gutachten zu erstatten. Auf Seite 8 der Vorlage heißt es aber ausdrücklich: Ausschussmitglieder, die dem Gutachten zugestimmt haben, können getrennt oder gemeinschaftlich ihre abweichende Meinung in einer besonderen Äußerung niederlegen, die dem Berichte des Haupt- oder Sonderausschusses beizufügen ist. (Hört! hört!) Wenn Herr Koenen den Tatsachen gegenüber den Kopf in den Sand steckt und mit den Worten hurra schreit, dann ist ihm nicht zu helfen. (Stürmische Heiterkeit.)

Der Gesetzentwurf wird dem Volkswirtschaftlichen Ausschuss überwiesen. Um 16 Uhr vertagt sich das Haus auf Freitag 15 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die Vorlage über die Brandversicherung der Seeleute.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“

Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Gehlsbühlstr. 27/28, Hof 2 D. Freitag, 23. November, Kreuzberg: Die für heute angelegte Funktionärskonferenz fällt aus. Samstag, 24. November, 10-11 Uhr, Hof der Schulpost (Sportplatz) in der Turnhalle der L. Gencinbühle, Wagnersbühne Straße. Sonntag, 25. November, Reinick-Berg, Jungbanner: Antreten der Schulportabteilung (Hof), Antritt um 10 Uhr, Friedrichshagen: 10 Uhr im Bürgerverein-Rathaus „Politik-aktiver Abend, Sochen links“, gehalten von Paul Oppermann. Sonntag, 26. November, Ostendebühl: 10 Uhr im Botschafts-Straßenhaus des für die Berliner und anderen Jahre. Sonntag, 27. November, Kreuzberg: Wohnungsfrage der Jungbanner. 1. Antreten 7 1/2 Uhr, Hülshausen-Platz, Reinick-Berg: 10 Uhr Treffen der Schülervereine, Schülerverein, 8-11 Uhr Arbeitstag mit dem Sportklub hinter der Höhe (Wilmersbühl). Sonntag, 28. November, 194 Uhr, Jungbanner in der Schulpost (Sportplatz). Sonntag, 29. November, 194 Uhr, Jungbanner in der Schulpost (Sportplatz). Sonntag, 30. November, 194 Uhr, Jungbanner in der Schulpost (Sportplatz). Sonntag, 1. Dezember, 194 Uhr, Jungbanner in der Schulpost (Sportplatz). Sonntag, 2. Dezember, 194 Uhr, Jungbanner in der Schulpost (Sportplatz). Sonntag, 3. Dezember, 194 Uhr, Jungbanner in der Schulpost (Sportplatz). Sonntag, 4. Dezember, 194 Uhr, Jungbanner in der Schulpost (Sportplatz). Sonntag, 5. Dezember, 194 Uhr, Jungbanner in der Schulpost (Sportplatz). Sonntag, 6. Dezember, 194 Uhr, Jungbanner in der Schulpost (Sportplatz). Sonntag, 7. Dezember, 194 Uhr, Jungbanner in der Schulpost (Sportplatz). Sonntag, 8. Dezember, 194 Uhr, Jungbanner in der Schulpost (Sportplatz). Sonntag, 9. Dezember, 194 Uhr, Jungbanner in der Schulpost (Sportplatz). Sonntag, 10. Dezember, 194 Uhr, Jungbanner in der Schulpost (Sportplatz). Sonntag, 11. Dezember, 194 Uhr, Jungbanner in der Schulpost (Sportplatz). Sonntag, 12. Dezember, 194 Uhr, Jungbanner in der Schulpost (Sportplatz). Sonntag, 13. Dezember, 194 Uhr, Jungbanner in der Schulpost (Sportplatz). Sonntag, 14. Dezember, 194 Uhr, Jungbanner in der Schulpost (Sportplatz). Sonntag, 15. Dezember, 194 Uhr, Jungbanner in der Schulpost (Sportplatz). Sonntag, 16. Dezember, 194 Uhr, Jungbanner in der Schulpost (Sportplatz). Sonntag, 17. Dezember, 194 Uhr, Jungbanner in der Schulpost (Sportplatz). Sonntag, 18. Dezember, 194 Uhr, Jungbanner in der Schulpost (Sportplatz). Sonntag, 19. Dezember, 194 Uhr, Jungbanner in der Schulpost (Sportplatz). Sonntag, 20. Dezember, 194 Uhr, Jungbanner in der Schulpost (Sportplatz). Sonntag, 21. Dezember, 194 Uhr, Jungbanner in der Schulpost (Sportplatz). Sonntag, 22. Dezember, 194 Uhr, Jungbanner in der Schulpost (Sportplatz). Sonntag, 23. Dezember, 194 Uhr, Jungbanner in der Schulpost (Sportplatz). Sonntag, 24. Dezember, 194 Uhr, Jungbanner in der Schulpost (Sportplatz). Sonntag, 25. Dezember, 194 Uhr, Jungbanner in der Schulpost (Sportplatz). Sonntag, 26. Dezember, 194 Uhr, Jungbanner in der Schulpost (Sportplatz). Sonntag, 27. Dezember, 194 Uhr, Jungbanner in der Schulpost (Sportplatz). Sonntag, 28. Dezember, 194 Uhr, Jungbanner in der Schulpost (Sportplatz). Sonntag, 29. Dezember, 194 Uhr, Jungbanner in der Schulpost (Sportplatz). Sonntag, 30. Dezember, 194 Uhr, Jungbanner in der Schulpost (Sportplatz). Sonntag, 31. Dezember, 194 Uhr, Jungbanner in der Schulpost (Sportplatz).

Schwärzband gefährdeter Auslandsdeutscher, Kolonialvolkliches und Besatzungs. Berlin, Montag, 23. November, 10 Uhr, Wilmersbühl, Schulpost-Konferenz, Wilhelmstr. 104. Stellungnahme zum Reichswirtschaftsratsgesetz. Reichstagsabgeordnete werden über die Stellungnahme der politischen Parteien referieren.

Briefkasten der Redaktion.

B. Z. 1872. Rein. — Charlottenburg 9, Sportforum, 1. Karl Hegener, Treibenau, Rudowstr. 20. 2. Sportforum Berlin, Wandlbergstr. 22.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle Berlin und Umgebung. (Nachdr. verb.) Welt würde mit einzelnen Regenfällen. Temperaturen einige Grade über Null. Könige Winde aus westlichen Richtungen. Für Deutschland: Bis zur Ober- bis mild mit einzelnen Regenfällen, weiter östlich noch ziemlich kalt mit geträubelten Niederlagen.

Ihren lieben Mitgliedern und Funktionären	Unserem Genossen
Johanna und Ernst Kellermann	Karl Holtkamp
zu ihrem Silberhochzeit	zu seinem 80. Geburtstag
die herzlichsten Glückwünsche.	die herzlichsten Glückwünsche.
Die 28. Abteilung.	Die 44. Abteilung.

Alta

Henkel's Schueerpulver

Billige Lebensmittel

Leipziger Str. / Alexanderplatz / Frankfurter Allee / Belle-Alliance-Str. / Brunnenstr. / Kottbuser Damm / Andreasstr. / Chausseestr.

Wohlfahrts-Lotterie
des Katholischen Deutschen
Frauenbundes
Lose Stück 50 Pf.
sind an allen Kassen unserer
sämtlichen Häuser erhältlich

Mengenabgabe vorbehalten
Obst und Gemüse sind vom Versand ausgeschlossen
Verkauf soweit Vorrat

Frisches Fleisch

Berliner Schlachthausware

- Pa. Schweinebauch ohne Beilage, Pfund 94 Pf.
- Pa. Schweineschinken od. -Blatt Pfund 94 Pf.
- Pa. Schweinekamm ohne Schwarte, Pfund 1,10
- Pa. Schweinekotelett Pfund 1,12
- Pa. Pökeltamm Pfund 1,08
- Pa. Kassler Pfund 1,04
- Pa. Elsbain mit Spitzbein gepök., Pfund 68 Pf.
- Pa. Rückenfett bratfertig Pfund 92 Pf.
- Pa. Kalbskamm ohne Beilage Pfund 78 Pf.
- Pa. Hammelvorderrfleisch Pfund 90 Pf.
- Pa. Schmorfleisch Keule, o. Knoch., Pfund 1,14
- Pa. Roulade Pfund 1,28
- Pa. Schabelfleisch Pfund 1,18
- Pa. Gehacktes Pfund 76 Pf.

Gefrierfleisch

- Pa. Suppenfleisch Pfund von 52 Pf. an
- Pa. Gulasch Pfund 76 Pf.
- Pa. Hammelvorderrfleisch Pfund 76 Pf.
- Pa. Kohlrut Pfund 28 Pf.
- Pa. Rinderlunge Pfund 38 Pf.
- Pa. Schweineköpfe mit Backe, wie frisch, Pfund 54 Pf.

Konfituren

Schnitt- und Bredbohnen I.....	74 Pf.
Wachbohnen	71 Pf.
Spinat	45 Pf.
Gemüseerbsen	64 Pf.
Jg. Erbsen mittelsteil	93 Pf.
Erbsen in geschichteter Kartoffel	76 Pf.
Berliner Allerlei	80 Pf.
Gem. Gemüse mittel	1,12
Sellerie in Scheiben	95 Pf.
Karotten geschichtet	37 Pf.
Birnen halbe Frucht	98 Pf.
Apfelmus	70 Pf.
Mirabellen	1,20
Rote Rüben	50 Pf.
Ananas	1,20
Pflaumen ganze Frucht	66 Pf.

Sehr billige Weine & Spirituosen

Preise ohne Flasche
Überzeugen Sie sich durch Probe von unseren guten Qualitäten

- Weisser Terragona, abgerundete Qual., 1/2 Fl. 10 Pf.
- 1925er Chät. Pontet Pichan-Médoc
- 1926er Wittlinger, ausgezeichnete Tischweine
- 1926er Liebfraumlisch, beliebt Tischwein
- Zwölft Apostel-Wein, hervorrag. Dessertwein, 1/2 Fl. 2,00
- Coneven-Liköre, bekannte Marken

Extra billig!

Pf. für Glühweinzusatz
10 Pf. 1926er Dürkheimer
Fensterberg, Rotw.
1 Fl. Jam.-Rum
Verschnitt, 1/2 Fl.
zusammen

Silber und Röhrenwaren

Schellfisch geräuch., Pfund	45 Pf.
Sprossen	44 Pf.
Riesen-Sardinen	50 Pf.
Makrelen	52 Pf.
Fettbücklinge	55 Pf.
Stückenachs	2,20
Wildragout	1,00

Geflügel und Wild

Junge Gänse frisch geschlachtet, Pfund von 98 Pf. an
Junge Enten frisch geschlachtet

Gänse-Lückenfleisch

Suppenhühner frisch geschlachtet, Pfund von 1,00 an
Hirschblätter

Wildragout

Wurstwaren

- Hausmacher-Sülze
- Sülzwurst
- Hausmacher-Leberwurst
- Speckwurst
- Speckfedern
- Fleischwurst
- Jagdwurst
- Silbesheimer
- Knoblauchwurst
- Mettwurst
- ij. Leberwurst
- Seewurst
- Schinkenpfad
- Schinkenwurst
- Mauschinken

Gemüse und Obst

- Weisskohl
- Rot. Wirsingkohl
- Möhren gewaschen
- Sellerie
- Kochkohl
- Essäpfel
- Amoretten-Birnen
- Bananen
- Mandarinen
- Apfelsinen

Mantel- u. Ulster-Woche

1/8 Anzahlg.

- Fescher Damen - Mantel in allen Mode-Farben 52,00, 45,00 **39,00**
- Eleganter Damen - Mantel Ottomane, Pelz u. Plüsch 52,00, 74,00 **58,00**
- Herren - Ulster fesche Formen
- Herren - Ulster mod. Karos, mit u. ohne Gürtel, in Qualität

Beiser

Lothringer Straße 67, U-Bhf. Schönhauser Tor
Frankfurter Allee 335, Ecke Tilsiter Straße

10 Monate

Praktische Weihnachts-Geschenke

noch bis zu 18 Monats-Raten

Raddatz & Co.

Berlin, Leipziger Str. 122-123.

Stoppeden 12.-, Tauendreden 26.- an Aufarbeiten aller Degen Stoppedenfabrik Endler, Landbergerstr. 13, Radfahrerklub (Telefon 123)

Belebung hochinteressanter Gesellschafts-Anstalt, Erbsenhaus, Kochhaus, Besenstraße 105

Ötoman-Möbel 26.-, prachtvolle Drehstühle, teils auf Seide, teils auf Holz, auch Stuhlstuhl mit Kleinen Plüsch 10.-, Plüschmatten 6.-, Charlottenburg, Bismarckstr. 29. Käufer erhalten 10 Prozent.

Wenig getragene Herrengarderobe, teils auf Seide, verkaufe sofort! Mäntel, Anzüge, Hemden, Krawatten, Unterwäsche, etc.

Möbel
Küchenschrank bis 10 Monaten
Schlafzimmer, Speisezimmer, Einzelzimmer, etc.

Wahlarbeiten, Chaiselongues, Aufgabetische, Kinderbetten, etc.

Wahlarbeiten, Chaiselongues, Aufgabetische, Kinderbetten, etc.

Schaufenster-Tapete!

Alle Eigenmuster ohne Zwischenhandel.

Sächsische Tapeten-Industrie

Berlin W., Wilhelmstr. 44, zwischen Leipziger u. Zimmerstr.

Umsonst

haben Sie sich mit allen möglichen Hilfsmitteln gegen Ihre Gassen abgeräumt da Sie uns!

Bexalit

nach nicht konnte u. sehr Iowa Ihnen das nicht mehr polieren Sie doch ein sich in der nächsten Woche eine Flasche Bexalit, herab in Apotheken, etc.

Von 2 Mark an wöchentl. Teilzahlung liefert

Elegante Herren-Garderobe

fertig und nach Maß unter Garantie für tadellosen Sitz u. Verarbeitung, nur Qualitätsware eigener Herstellung

zu konkurrenzlos billigen Preisen

Maßschneiderei J. Kurzberg

Oranienstraße 160, I
und
Chausseestraße 1 (Eingang Eisener Str.)
Bitte auf Straße und Hausnummer zu achten.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unter Leitung der Schlichter

Adolf Hentscher

verstorben ist.

Seine letzten Wünsche:
Die Einäscherung findet am Freitag, dem 23. November, 18 Uhr, im Krematorium Beumühleweg statt. Begräbnis erwartet die Ortsgewerkschaft.

Gustav Straube

im Alter von 61 Jahren.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Marie Straube
verw. u. amow geb. Jaekel
Berlin-Neukölln,
den 24. November 1927

Berdigung: Sonnabend, 26. November, nachmitt. 4 Uhr, von der Halle des Holzhauer-Friedhofes aus.

Verkäufe

Zeppiche, Garbfelder, D.X. 24., 25., 26., 27., 28., 29., 30., 31., 32., 33., 34., 35., 36., 37., 38., 39., 40., 41., 42., 43., 44., 45., 46., 47., 48., 49., 50., 51., 52., 53., 54., 55., 56., 57., 58., 59., 60., 61., 62., 63., 64., 65., 66., 67., 68., 69., 70., 71., 72., 73., 74., 75., 76., 77., 78., 79., 80., 81., 82., 83., 84., 85., 86., 87., 88., 89., 90., 91., 92., 93., 94., 95., 96., 97., 98., 99., 100.

Kaufgesuche

Zahngelüste, Silberlöffel, etc.

Verschiedenes

Vertrauensvolle Unterfindung, etc.

Geldverkehr

Wahlweise, etc.

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Kolonnen-Übers

für Kuvert-Maschinen

Lokalredakteur

zum baldigen Eintritt gesucht

Volkzeitung

Meissen a. d. Elbe, Fähmannstr. 16.

Die Stadt der Verworfenen.

Von Erich Gottgeireu.

Port Said, im November.

In einem kürzlich erschienenen Ägyptenbuch entdeckte ein junger Mann die Feststellung, daß Port Said als die verworfenste Stadt an den Ufern des Mittelmeeres gelte. Verworfenheit, oho, die hatte der junge Mann, der ein wenig schriftstellerisch, noch nie beschriebenen, Verworfenheit in Reinfaktur, oho, die wollte er schon immer mal kennen lernen, das tugendhafte Leben, das tausend Umstände ihn zu führen zwangen, behagte ihm, oho, schon lange nicht mehr. — Grund genug, in Hamburg aufs Schiff zu steigen, Grund genug zu einer schönen Fahrt, Grund genug, sich vorher so viel Schreibpapier einzupacken, daß der Zollbeamte mißtraulich wird. Unterwegs fiel dem jungen Mann ein, daß man Schreibpapier sicher auch in Ägypten, dem Pappgründ, kaufen kann.

Ein Glück kommt selten allein. Das Glück der Liebe dieses jungen Mannes war, das sah man, so tief wie unter ihm das Meer, und natürlich ergab es sich nichts davon. Trotzdem konnte den Passagieren nicht alles verborgen bleiben, und mit einem etwas zynischen Lächeln quittierten sie die Subjektivität eines, der sich Zeitungschreiber nannte . . .

Allerdings sah und fühlte der junge Deutsche alles recht tief. Schon krankhaft beglückt war er von der ewigen Mittelmeerbläue, aufgewühlt, schen es, als die anderen, vom herannahenden Erlebnis des Orients, fiebriger als die Reisegefährten bei der Einfahrt längs der grüngelbten Schlamm- und unter Wasser weit hinausziehenden Röhre des Port Said, bei jener interessanten Einfahrt, die er sich, erst auf dem Bordenbeck herüber und herlaufend, dann von der Kommandobrücke aus mit anjah, wobei der von ihm sehr verehrte Kapitän nicht nur seine "Halbe Fahrt" und "Stops" befehlt, sondern ihm persönlich schnell noch vorm Abschied den väterlich gemeinten Vorschlag machte, doch etwas vom ewigen Wolkenflug aufzugeben.

Rein, man könne doch nicht sich selbst untreu werden, antwortete der junge Mann, aber dann konnten die zwei dieses Gespräch nicht fortsetzen, denn der Hafenarzt kam an Bord, und die Polizei folgte ihm, und die Vertreter der Agentur ließen, Schiffs-papiere und Post unter dem Arm, das Pappreiß hoch, und Coos kam ebenfalls, und alles erforderte seine Zeit und seine Aufmerksamkeit, und da der junge Deutsche Journalist war, interessierte es den Herrn der Polizei besonders, für welche Zeitungen er denn schreiben: schrecklich war es ihm, immer wieder von diesen Dingen reden zu sollen, wo er so gern Abschied nehmen wollte, da er es tun mußte, von der Frau, vor der er sich neigte, aber so ist nun mal die Wirklichkeit mit ihrer Tendenz, das Brutale sich vorzubringen zu lassen, überall, und, nicht wahr, Verworfenheit kann man sie deswegen noch nicht gut nennen? Rein. Wirklich nicht.

Endlich trug die Barkasse die Port-Said-Bestie zu dem an Land, endlich wartete man doch im Zoll, endlich durchwanderte man doch das Quarantäneamt; das kostete seine Untersuchung, aber etwas Geld: zwanzig Pfister für den, der Angst, er sei in der ersten Klasse gekommen, sechs Pfister für den, der sich Passagier der dritten Klasse nennt. Alle gaben an, sie seien in der dritten Klasse gereist.

Im Hotel stellte der junge Deutsche, es war ungefähr um zehn Uhr abends, sein Gepäck ab, und dann zog er aus, die Verworfenheit zu suchen, und er wanderte durch die nächstlichen Straßen der vom ersten Augenblick an wunderbaren Stadt. Der junge Mann fand es zauberhaft schön, wie, Lichtbeschüttet vom Vollmond, schneeweiß die türbischen Bauten der neueren Stadtteile gegen den dunkelblauen vollsternigen Nachthimmel sich abhoben; er spürte es nach seinen europäischen, etwas sentimentalen Begriffen als entsetzlich würdevoll, wie sich froh fordernd und sicher gern und oft betrübend, aufdringliche Händler an seine Sohlen hefteten, Kinder ihr „Bachschisch“ gelend schrien, ganz Schöne ihn mit „Bardomann“ anredeten, aber alles das war ja schließlich zu erwarren gewesen; und es wurden ihm natürlich nicht nur in der City Zigaretten, sondern in der Arabertown auch Frauen an den Strohhändeln selbgeboten, aber er hatte das schließlich früher mal in Marokko viel, viel schmerzlicher gefunden, selbst sein geliebtes Hamburg, nicht wahr, soll es kennen, und gerade in dem Punkt fragt es sich stark, ob die große Verworfenheit dort festgesetzt werden muß, wo sie sich vielleicht doch nur auswirft. Krüppel sah er seiner Hundert auf der Straße liegen, aber die waren nicht verworfen, weil sie das Elend dort hingeworfen hatte. Und das gelbe Haus mit der Inschrift „Prison“ wurde mit so grotesken Markstritten bewacht wie in

Holland das Schloß der Königin. Vielleicht sahen wirklich die ganz Bösen hinter diesen Gittern, möglich, aber man soll in einem Volk die kleinen Spitzbuben nicht nach seinen großen beurteilen; denn der Top ist international. Am Hofen kärmten betrunkene Matrosen. Kommt auch wo anders vor.

Gestreut war der junge Mann, vor einem Café sitzend, endlich wieder keine Reisegenossen zu finden. Aber die sahen ihn nur feindselig an, als er äußerte, daß er die Verworfenheit nicht finden könne, und daß, wenn sie doch existiere, jene nur eine recht private sei, daß Port Said aber den trassen Stempel und die Berachtung der Welt von seinem Gesichtswinkel aus verdiene — da also strafften die Reisegenossen unseren jungen Mann mit hartem Schwelgen, er hatte ihnen, was ihm beinahe leid tat, einen Rimbus zerstört oder doch bei einer Zerstörung, die da zweifellos im Gang war, mitgeholten, den Rimbus einer sensationellen Sache, auf die sie sich vierzehn Tage lang gestreut hatten und nicht umsonst gestreut haben wollten.

Das alte Port Said ist, wie man sagt, allerdings ein richtiges Gaunernest gewesen. Das neue ist es durchaus nicht. Es ist sogar, seitdem die Engländer während des Krieges ausgeräumt haben, das Kuriosum eines selten „anständigen“ Hafens. So etwas ist am Mittelmeer bestimmt nicht wieder, im Norden Europas nur schwer zu finden. Man möchte das klarstellen, weil vielen hier, wie unserem jungen Deutschen, das Erlebnis des Orients zum erstenmal bemuht wird, es ist ein entsetzlich aufregendes Erlebnis, aber teils der „Verworfenheit“.

Mit den Reisegenossen, die sonst so klug, so verständig waren, konnte der junge Deutsche also nicht „klar kommen“; sie wurden übrigens auch am nächsten Morgen, der sehr schnell herausgraute, wieder eingeschifft, da sie durch den Suezkanal weiter nach Indien und Osten fahren wollten — eben noch beschien die Morgenröte die sich entfaltende Sapogkage, da taute sich auch schon wieder ein französischer Dampfer, der „Docteur Pierre Benoit“, in den Hafen, und schnell umlohten die Schreie der Beschler und Händler die Passagiere, die er am Bord hatte. Da wünschte unser Freund sich einmal Stille . . .

Port Said hat einen wunderhäßlichen Bobstrand. Dort spazierenzugehen macht Freude, auch unserem Deutschen. Zwei Stunden lief er da schon entlang, bog dann irgendwo in die Stadt ein — da lenkte etwas ab: Gelang.

Der kam aus einem Arbeiterhaus. War schwer, getragen, entfloß Männertreten. Ein Morgenstieb? Ein frommes Lied? Jedenfalls ein sehr schönes Lied . . .

Tief bewegte es, doch so das Ende dieser Nacht der Verworfenheit sein sollte. Vieles riß es in dem jungen Mann auf. Auch viel von seiner Liebe. Die immer wieder neu geboren, nie beendet sein soll.

Liebe, Musik, Meer, Palmen — das ist beglückend. Aber dann der Kontrast der peinigenden Rot. Keine Komposition läßt sich ausdenken, die verwirrender ist. Keine, die einen jungen Menschen mehr umwerfen kann. Es ist die ewige Komposition des Orients. Und mit dem Kauf eines himmlischen Tropenhelms war das europäische Gleichgewicht in unserem jungen Freunde auf ein paar Stunden wiederhergestellt.

Gespräche unter Bürgern.

Von O. J. Deinrich.

Theaterschluß. Man drängt zum Ausgang, lächelt einander so geheimnisvoll zu; denn es wurde ein modernes Drama gegeben.

„Wie finden Sie das Stück?“

„hm . . . hm.“ (Nachteluden.)

„Nicht wahr, das meine ich auch! Man sollte lieber nicht . . .“

„Ja, immerhin könnte man aber . . .“

„Gewiß, sehr richtig . . . interessant auf alle Fälle . . .“

„--- ? ? ? --- ! ! ---“

„Recht haben Sie, aber wenn ich so sagen darf . . . sozusagen . . .“

„So, ja, unsere Modernen . . .“

„Darf ich Ihnen in den Mantel helfen, gnädige Frau?! . . .“

Irgendein Geschäftszimmer. Ein Reisender tritt ein. Der Inhaber hat keine Gelegenheit mehr, im Nebenraum zu verschwinden. „Guten Tag, mein Herr!“ „Ich kaufe nichts!“

„Sie sollen auch nichts kaufen, ich will Ihnen nur einige Proben . . .“

„Ich kauffee nicht!“

„Aber ich bitte Sie . . .!“

„Zum Donnerwetter, hören Sie denn nicht?! Ich kauffee nicht!“

„So, gewiß, ich wollte Ihnen nur mal hier zum Beispiel . . .“

„Lieber Herr, jetzt sage ich Ihnen zum letzten Male . . .“

„Aber, so sehen Sie doch her, diese unerbare Arbeit — einschach . . .“

„Machen Sie, daß Sie hinauskommen, ich habe es satt . . .“

„Einen Augenblick, ich will Ihnen nur noch mal hier dienen . . .“

„Menschenskind, soll ich Sie achtantig hinauswerfen, diese unerhörte Frechheit . . . Überhaupt . . .“

(Nach zehn Minuten verläßt der Reisende das Geschäft mit einem anscheinlichen Auftrag in der Tasche.)

Agitation in den schlesischen Bergen.

Von Franz Feldmann.

Schnee im Riesengebirge. Es war im April des Jahres 1903. Eine Versammlung in Schmiedeberg im Riesengebirge. Die erst zugelagte Diskussion wurde von den Liberalen verlagert. Also heimwärts. Der Zug dampft ab und kommt bis Illertal und kann nicht weiter. Frau Holle schüttelte die Betten. Weil und hielt alles weiß. Meierhoch lagen die Flocken. Einige Genossen, darunter August Rambah, wanderten noch in der Nacht nach Hirschberg. So ging am nächsten Morgen ebenfalls zu Fuß nach Hirschberg, um zu versuchen, die Hauptstraße zur Heimreise zu erreichen. Der Schnee lag teilweise zwei Meter und mehr hoch. Es galt durchzukommen, und wenn man verankert, so lang die Beine waren. Die armen Augen waren vom Schnee so geblendet, daß sie alles rot sahen. Solche Touren hat man oft im Riesengebirge und Eulengebirge im Dienste der Partei gemacht. Nicht selten ganz allein. Vom Sturm umbraut, vom Regen durchweicht, in Schnee eingehüllt. Gern hat man die Arbeit verrichtet. So wurde der Kampf für die Sozialdemokratie geführt. Vugend von heute, mach's nach!

Sommer im Eulengebirge. Die Sonne brennt. Der Agitator läuft. Der Schweiß dringt aus den Poren. Es gilt von Sagenbielau nach Schlegel im Kreise Neurode zu laufen. Eine Bahn gab es in jener Zeit in diesem Gebiete noch nicht. Vier Stunden hin, vier Stunden zurück. Steine flogen einem von fanatisierten Gegnern nach. Und das alles, weil man eine Versammlung abgehalten, den Boden für die Sozialdemokratie bearbeitet hat. Wie viele solcher Versammlungen hat man unter so schwierigen Verhältnissen abgehalten, ohne daß man auf die geringste Erregung der Auslöser Anspruch erhob. O, wie leicht hebt ihr Genossen es heute!

Landwirtschaft der Zukunft. Der englische Fachlehrer für Landwirtschaft, Berlese Matthews, der selbst ein kleines Mustergut bewirtschaftet, sagte dieser Tage in einem Vortrag in Suffer auf Grund seiner eigenen Erfahrungen seine Ansichten über die technische Entwicklung der Landwirtschaft in der nächsten Zukunft folgendermaßen zusammen: Das Heu, das morgens als Gros von der Wiese eingbracht wird, wird noch am Abend des gleichen Tages ohne Sonnenschein durch elektrische Trocknung fertig. Die Bienen produzieren in künstlichem Licht, unterstützt durch künstlichen Pollen, das ganze Jahr hindurch Honig, 1 1/2 Pfund pro Stock mehr als jetzt. Die Hennen werden vier Stunden täglich länger fressen und Eier legen. Die Rinde werden elektrisch gemolken, und die unangenehme Aufgabe der Milchverteilung wird ebenfalls elektrisch durchgeführt.

Die Entdeckung des Säugelicieres vor 100 Jahren. Im Jahre 1827 lag zum ersten Male ein Fischchen unter dem Mikroskop das Ei eines Säugelicieres. Der Entdecker war der Königsberger Professor Karl Ernst von Baer. Als er zufällig bei einer Händin kleine, gelbliche Bläschen im Eierstock bemerkte, öffnete er sie sehr vorsichtig mit einer feinen Nadel und hob das hellere Bläschen, welches er bei schwacher Vergrößerung erkennen konnte, heraus. Er gab dieses kleine Ding in ein mit Wasser gefülltes Uhrglas und tat alles unter das Mikroskop. „Wie vom Bliz getroffen war ich“, erzählte er selbst, „als ich deutlich eine sehr kleine, scharf ausgebildete Dotterkugel sah.“ Ein Dutzmal in Dorpat, wo er eine Zeitlang wirkte und im Jahre 1876 starb, erinnert an v. Baer und seine große Entdeckung, die von weittragender Bedeutung war.

Maja.

Sticze von Gerblaud.

Maja war blond. Maja hatte schlanke, zoge Hände, und ihre Stimme war lieblich. Sie hatte ein ganz klein wenig Eisenhaftes in ihrem Wesen. Und hatte — hören Sie nur! — ein liebedürftiges Herzchen, das unauhörlich eine starke sehnsüchtige Sucht barg. Wir alle kennen ja jene Mädchen, die man zu einer Tasse Kaffee einlädt, mit ihnen ins Kino geht, sie gebraucht, dann wegmirft und vergißt.

Sie wohnte in Berlin bei einer Zimmervermieterin in der Steinmühlstraße. Diese Straße liegt in der Nähe des Bülowhagens und eines Kummelpflages. Am Tage ist die Steinmühlstraße eine Straße wie jede andere. Doch nachts — oh nachts — dann stehen sich zehrende, vor wüsten Kneipen, dann tortelt sich ein altes, vermisches Weib, das zwölfe Brennpiritus getrunken hat, daher und grübt: „Nief ma den da mit'n Jiesinda . . . den hat se woll der Vehl'n lefsteilweisse jellout . . .“ Nachts gehen jene Mädchen, die man im Volksumunde auch „Kutteln“ nennt, und die von den Herren der Gesellschaft „gesunkene Tiere“ genannt werden, nachts gehen jene Mädchen aus ihren möblierten Zimmern und aus dem Hause.

Es war eine Nacht, in der es stürmte und unaufhörlich regnete. In dieser Nacht, in der der Regen gegen die dunklen Fensterhebeln des Zimmers pochte, in dieser so seltsam unheimlichen und furchteinschüßenden Nacht sah Maja zu Hause. Ihre Freundin, mit der sie das Stübchen teilte, war krank. Diese Freundin hieß Elisabeth und war ein drolles, molliges Mädchen, das ihrem roten, schimmernden Mund nicht ein gewolltes Bächen aufschwimmen mußte. Maja sah am Besse der Freundin und händete sich an der kleinen Petroleumlampe eine Zigarette an. Beide hatten kein Geld und hatten seit dem frühen Morgen nichts gegessen. Und sie waren der Wirtnin die Miete schuldig. Und nun war Elisabeth krank. Sie flüsterte dauernd: „Mami, Mami . . . und lauchte, sie wolle zu ihrer Mutter . . .“ Maja aber wußte, daß sie keine Eltern mehr habe, daß der Vater im Kriege gefallen war, daß die Mutter während der Nachtzeit in der Konfektionsfabrik tot umgefallen war. Wählich geschah etwas ganz Entsetzliches: Eine Seite sich im Bett auf und schrie mit großer, spitzer Stimme: „Eine Butterstulle . . . eine Butterstulle wolle ich essen . . .“ Maja entsann sich, daß noch zwei vertrocknete

Brotkranten im Etkasten lagen. Aber Butter . . . ? nein. Und noch einmal wiederholte sie: „Eine Butterstulle . . .“

Mädels von der Sorte der Maja und der Elisabeth haben im allgemeinen nicht viel Herzengüte und menschliches Empfinden. Diese Eigenschaften haben ihnen die Menschen genommen, die Menschen, die abtote oder verheiratete oder hochgeborne Dirnen als Göttinnen betrachten und solche miseraablen Menschenkinder als „Abraham der Menschheit“ ansehen.

Maja sagte der Freundin, sie werde ihr eine Butterstulle bringen. Zug auf ihren weißen, hundertmal geschändeten Körper, ein dünnes Hemd, eine seltsame Hose, ein enges dünnes Kleid darüber, zog ihre Pelzschuhe an, den schäbigen Mantel, setzte das teure, herausfordernde Hütchen auf, küßte die Freundin. Und ging.

Sie ging durch den pfeifenden Wind, durch den strömenden Regen. Kein Mensch war weit und breit zu sehen. Das Licht der Laternen flackerte unruhig. Die Bäume reckten ihre kahlen Äste in den trostlosen Himmel. Es war sehr kalt, und Maja frore. Der große Kummelpflaum lag wie eine große, schwarze Wunde da und verlassen. Es war spät in der Nacht.

Maja ging die Potsdamer Straße entlang. Kein Mensch. „Die Butterstulle . . .“, dachte sie. Die Lokale waren geschlossen. Der Bülowbogen lag gütterloffen. Keine Hochbahn rollte über ihn daher. Kein Mensch. Doch ein Mensch. Eine abgetakelte alte Dirne ist es, die den Regen und den Sturm nicht fühlt, deren Haut Leder ist, von peilschenden Schlägen gegerbt, deren Seele gefühllos ist, durch Wyrioden Radelstöße zu einem ledern Sieb geformt, durch das alles Menschliche hindurchgeht. Ein stumpfes Wesen ohne Gefühl. Maja geht zu ihr heran. „Du“, sagt sie, „du, die Elisabeth ist so krank . . . Du weißt doch, die Kieme mit den runden, roten Baden. Hastie nich was zu essen . . .?“ „Ne“, grüßt die Alte, „ich hab allene nichts zu essen, seh man weiter, Mami, Du findest noch einen . . .“ Weiter.

Weiter ging sie die Straße entlang. Der Regen strömte, der Wind heulte. Da ein Mann. Mit hochgeschlungenen Mantelkragen, in gemischt eleganter Kost. Maja tänzelt. Ihr rundes Gesicht wackelt. Zerpehendes Nacheln. Er beachtet sie nicht. Jetzt ist er nur noch drei Schritte von ihr entfernt. Sie zupft an ihrem Strumpfband. Soll sie ihn ansprechen? Das wäre das erste Mal, daß sie einen Mann anspräche. Er sieht sie nicht, geht vorbei. „Die Butterstulle“ denkt sie und geht ihm nach. Jetzt ist sie ganz dicht bei ihm: „Bubi, Bubi . . .“ grrrt sie und merkt, daß er ein junger Mann ist.

Er geht weiter, sie immer mit. Er redet kein Wort. „Bubi . . .“ sieht sie sich doch an. „Bin ich nicht hübsch?“ heitelt sie. Dann sagt er mit häßlicher, rauher Stimme: „Danke, bin schon vorsocht . . .“ Da gibt sie es auf und kehrt um.

Kein Mensch weit und breit. Der Regen peitscht. Dunkel, dunkel. Maja, jenes blonde Mädchen mit den schlanke, zogen Händen und der lieblichen Stimme, Maja kann nach über ihr Dasein. Ach was, hunderttausend andere Jungweiber haben das gleiche Schicksal. Nicht denken, keine Maja. Da. Jetzt ist sie am Potsdamer Platz. Einige Autos hupen vorbei. Lichtreflexen leuchten. Maja und zu ein Mann. Kein Interesse für die appetitliche Ware.

Da geht ein einfacher Mann. Ein Arbeiter scheinbar, der von der Nachtzeit kommt. Ob er vielleicht . . . ? Wogen muß man . . . Sie kauft eine Dymnacht vor. Sinkt in die Knie. Einige Passanten bleiben stehen. „So mal kennt man“, meint einer, „sie wird sich woll vorküßt haben, um zu velle jerocht, um velleicht ooch jekost.“ Und ein anderer sagt: „Herrje, das arme Ding. Was kann man da machen?“ Und dann gehen alle, alle weiter.

Nun kommt der Arbeiter. Komisch, er hat keine rauhe Stimme und packt sie nicht beim Arm. Er sah sie lacht und behutsam und fragt: „Hastie denn Hunger, Kind?“ Er ist ein Mann mit einem guten Gesicht.

„So, Hunger“, sagt sie. „Und kein Geld.“ brummt er vor sich hin. „Und nun seh mal auf . . .“ sagt er.

Dann griff er in seine Tasche und brachte ein weißes, sauberes Pateuchen zum Vorschein, darin lagen vier Paar Stullen. Er griff noch einmal in seine Tasche und legte ein Zwelmartstück auf das Pateuchen. Dann gab er beides dem Mädchen. Die stammelte einen Dank. Der Mann aber unterbrach sie: „Lach mon, is schon jut. Hast nicht zu danken.“ Nun ging er mit wetten, behändigen Schritten durch den strömenden Regen, durch den hieselnden Sturm, durch die dunkle Nacht. Maja drehte sich, nach Hause zu kommen.

Als sie in die Steinmühlstraße einbog, machte sie, daß sie zwei Stunden weg gewesen war. Als sie in das kleine Zimmer trat, war der sinnentrübende, funzände Schein der Lampe am Berglimmen. Er beleuchtete trübsinnig das bloße Gesicht der Freundin Elisabeth. Die war tot. Eine friedliche Schönheit lag um ihren lächelnden Mund. Als Maja empfunden hatte, das Mädchen gestorben war, weinte sie nicht. Trauernd sah sie die Stullen auf. Und sah durch das kleine Fenster in das dämmende Grau eines ermochenden Tages.



Fisches Ripkleid
Reise Woll, sehr apart
Wochenrate 1.-

Nachm. - Kleid
in reiner Wolle mit mod. Westeinsatz, 2 Stücker, 1. Wehr.
Wochenrate 10.75

Crépe de Chine - Kleid
modern, jugendl. Taogkld. in gut. Qualität
Wochenrate 27.50

Backfisch-Mantel
r. Wolle m. Pelzkragen
Wochenrate 19.75



Velours-Mantel
Wickelform, apart m. Pittsch garniert
Wochenrate 1.10

Backfisch - Mantel
Velours de laine mit reichlicher Pittschgarnitur
Wochenrate 2.-

Ein Beweis unseres Anklangs

ist die notwendig gewordene **sechsfache** Vergrößerung unserer Geschäfts- u. Verkaufsräume!

Alle Kreise haben erkannt, daß wir enorm

billig und wirklich

erstklassig in Qualität und Auswahl sind!



Eleg. Wintermantel
schw. woll. Qualität, in vielmod. Farben
Wochenrate 2.-

Ottoman - Mantel
halb auf Damast gefüt. m. im. Pelzk. u. Mansch.
Wochenrate 2.50

Ottoman - Mant.
schw. Qual. halb auf Damast gefüt.
Wochenrate 54.00



Ottoman - Mantel
schw. reiner woll. Qualität, a. Damast gefüt. m. Seal-Elektrikkragen
Wochenrate 3.-

Herren-Ulster
mittelschwere Qualität m. angewebtem Füller
Wochenrate 2.-

Herren-Ulster
schwere Qualität mit angewebtem Füller, gut in Sitz und Verarbeitung
Wochenrate 3.-



Herren - Ulster
farb. in mod. Dessins mit strapazierfähiger Qualität
Wochenrate 1.50

Winteranzug
in dunkl. halberen Gabardinestoffen, 2. u. 1. Wehr.
Wochenrate 48.00



Knaben-Anzug
a. halbr. Donegal m. Mairo- senkrag.
Größe 9
Wochenrate 1.-

Knaben-Pyjack
blau Melton, warm gefüttert
Größe 1
Wochenrate 1.-

Mädchen-Mantel
Velours de laine, entzück. Form.
Größe 36
Wochenrate 1.-

Mädchen-Mantel
Velours de laine l. modrn. Farben
Größe 36
Wochenrate 1.-



Damen-Lackspangenschuh
m. geschweiftem Absatz
Wochenrate 1.-



Damen - Spangenschuh
halbhoher Strapsstiefel
Wochenrate 1.-



Damen-Lackspangenschuh
sehr elegante Form, gute Qualität
Wochenrate 1.-



Herrenstiefel
Rindbox, farber Strapastiefel
Wochenrate 1.-

Auf **Teil-Zahlung** IN RATEN ohne Preisauflschlag

KAUF HAUS

Modern

IM OSTEN: IM SÜDEN:

Große Frankfurter Str. 101 Kottbuserdamm 72
Ecke Krautstr. am Straußberger Pl. Ecke Lenauftr. Nähe Hermannpl.



Lack Halbschuh
Goodyear-Welt gut Lackleder, eleg. Form, schenra 1.50
16.00

Wir führen **Schuhwaren, Teppiche, Gardinen, Weisswaren, Baumwollwaren, Leib-Bett-, Tischwäfche, Woll- u. Strickwaren, Trikotagen u. Oberhemden.**

Das fünftige größere Berlin.

Die Riesenstadt dehnt sich immer weiter aus!

Durch den Zusammenfluß der 94 Städte, Dörfer und Gutsbezirke ist Berlin räumlich zur größten Weltstadt geworden. Ihr Wirtschaftsgebiet findet die Stadt aber auch noch nicht an den kommunalpolitischen Grenzen; es erstreckt sich vielfach darüber hinaus. Das „Statistische Amt der Stadt Berlin“ hat den Versuch unternommen, die erweiterten Grenzen des Berliner Wirtschaftsbezirks durch eine Karte zeichnerisch festzustellen.

Wichtigste Ausstrahlungen der Wirtschaft sind zunächst die

Verkehrseinrichtungen;

fe sind in gewisser Hinsicht richtunggebend für die weitere Entwicklung und Ausbreitung der Wirtschaft. In Berlin war die Leitung der staatlichen Stadt- und Ringbahn bestimmend für den Bau der Wohn- und Industriequartale. Der Vorortverkehr der Eisenbahn erstreckt sich nach allen Seiten hin weit über die Reichsbahngrenzen hinaus, am weitesten im Osten bis Fürstenwalde, d. h. bis zu 45 Kilometer Entfernung vom Mittelpunkt Berlin. Die Eisenbahnverkehrsleistung am 24. Mai 1926, dem 2. Pfingstfesttag, ergab 1383 513 abfahrende Reisende im Nahverkehr. Hier handelte es sich fast ausschließlich um Bergnütungs- und Ausflugsverkehr. Ferner dienen dem Ausflugsverkehr eine Anzahl Kraftwagenverkehrslinien, die meist im Anschluß an die Endpunkte der Vorortbahn noch weiter ins Land hinaus führen. Ganz besonders aber die Dampferlinien auf unseren Wasserstraßen, die an schönen Sommertagen Hunderttausende von Berlinern hinausbringen weit über die Grenzen der äußeren Bezirke. Noch weiter reicht der Güterverkehr des Reichsbahndirektionsbezirks Berlin. Er umfließt über 50 Orte außerhalb Berlins und reicht am weitesten im Süden bis Kloster Zinna kurz vor Jüterbog. Auch die Straßenbahn reicht mit einigen Linien über Berlin hinaus, so Spandau-Hennigsdorf, Lichterfelde-Teltow, Ahrenberg und Untergrundbahn gehen vorläufig noch nicht über die Grenzen Berlins hinaus. Der Bereich des Ortsverkehrs Berlins reicht nur im Südwesten (bei Wannsee) und im Südosten (bei Schmöckwitz) von den Berliner Grenzen ab, indem er hier einige Waldgebiete außerhalb seiner Geltung läßt, andererseits reicht Potsdam und Oranienburg mit Berlin im Vorortverkehrsverkehr. Der Bezirk der Oberpostdirektion Berlin greift an vielen Stellen erheblich über die Grenzen der Stadt hinaus. Er reicht durchweg bis an die 15-Kilometer-Grenze (vom Mittelpunkt der Stadt gerechnet) und geht teilweise bis zu einer Entfernung von 20 Kilometern, an einer Stelle, bei Großbeeren, bis 25 Kilometer.

Die Wirtschaftsvortretungen

reichen ausnahmslos weit über Berlin hinaus. Der Bezirk der Industrie- und Handelskammer Berlin umschließt außer Berlin die Stadtkreise Potsdam, Eberswalde sowie die Landkreise Teltow, Jüterbog, Ludenow, Osthavelland, Templin, Prenzlau, Angermünde, Ober- und Niederbarnim, Beeskow, Storkow, Ruppiner. Der Bezirk der Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg und für Berlin fällt mit den politischen Grenzen Berlins und der Provinz Brandenburg zusammen. Der Bezirk der Handwerkskammer zu Berlin umschließt die Stadtgemeinde Berlin und den Regierungsbezirk Potsdam. Das durch Berliner Gesellschaften mit Gas versorgte Gebiet reicht auf allen Seiten weit über die Grenzen Berlins und umschließt 31 Orte der näheren Umgebung. Das Gebiet der Wasserversorgung durch Berliner Gesellschaften umschließt 19 Gemeinden außerhalb Berlins, bis zu einer Entfernung von 25 Kilometern vom Stadtmittelpunkt. Der Elektrizitätsversorgungsbezirk erstreckt sich ziemlich gleichmäßig im Norden und Osten bis zu 28 Kilometern vom Stadtmittelpunkt Berlins in die benachbarten Kreise Niederbarnim und Teltow hinein. Selbst die Lötten finden in Berlin nicht mehr genügend Raum für ihre Ruhestätten. Von den 233 Berliner Friedhöfen im Gesamtumfang von 1530 Hektar liegen 5 mit einem Umfang von 491 Hektar außerhalb der Stadt (Kreuzfeld, Güterpark, Döhlwin und zwei in Stahnsdorf). Von den städtischen Riesegebäuden im Gesamtumfang von 25 238 Hektar liegen 18 022 Hektar außerhalb des Stadtgebietes. Mit dieser Aufzählung sind die wirtschaftlichen Bezüge, die Berlin mit seiner näheren und weiteren Umgebung verbindet, keineswegs erschöpft. Vor allem reichen

die wirtschaftlichen Ausstrahlungen der Industrieunternehmen

weit hinaus in die Mark. Die Ausbreitung der Riesenstadt Berlin, das Hinausrücken der großen Industriebetriebe bis an die Reichsbahngrenze und darüber hinaus hat bewirkt, daß ein gewaltiger Zug von Arbeitermassen, von Angestellten und Beamten sich des Morgens und des Abends von und nach dem Ort ihrer Tätigkeit ergibt. Die Orte selbst, in denen Industrieunternehmen sich ansiedeln, werden zu neuen Kulminationspunkten der Wirtschaft und zu Verkehrszentren, deren Hüten sowohl nach der Innenstadt wie nach außen gehen. Solche Punkte außerhalb des jetzigen Berlin sind u. a. Wildau, Hennigsdorf, Falkensee, Oranienburg. Der enge wirtschaftliche Zusammenhang aller dieser industriellen Randbelegungen mit Berlin ist deutlich erkennbar. Zahlreiche Werke sind mit ihrem Stammunternehmen in Berlin produktions-technisch und kaufmännisch verbunden, wie z. B. die AEG-Hennigsdorf, Schwarztopf-Wildau ufm. Selbstverständlich hat die Anlage von Fabriken in den Vororten gewöhnlich auch eine rasche Bevölkerungszunahme dieser Orte selbst zur Folge. So stieg die Bevölkerung von Wildau vom 1. Dezember 1910 von 2865 bis zum 16. Juni 1925 auf 4330, also um rund 50 Proz. Die von Falkensee in demselben Zeitraum von 1753 auf 3551 (rund 100 Proz.), und Hennigsdorf von 2748 auf 7614 (rund 180 Proz.). Daß die Bevölkerungsentwicklung dieser und anderer Industrieorte nicht noch stärker ausgeprägt ist, hat in der Hauptsache seinen Grund in dem Darniederliegen der Bautätigkeit. Trotzdem sehen wir schon hier die Anfänge des künftigen größeren Groß-Berlin.

Wie Berlin spart.

Der Provinzialer läßt sich in keinem Verblüffungsgemäch von den „Leichtlebenden“ Berlinern erzählen, die angeblich auf die bequemste Weise ihr Geld verdienen und es ebenso schnell wieder ausgeben. Auf eine ganz kleine Oberschicht mag dies wohl zutreffen. Diese und die zahlreichen Fremden sind es, die die Luxusgaststätten besuchen, um dort ihr Geld, oft auch das anderer Leute, totzuschlagen. Die überwältigende Mehrheit der Berliner Bevölkerung muß schwer arbeiten, um wirtschaftlich bestehen zu können. Daß dabei auch noch recht erhebliche Summen gespart und so der Wirtschaft zugeführt werden, zeigen die Veröffentlichungen des Statistischen Amtes der Stadt Berlin über die Sparanlagen bei der Berliner Städtischen Sparkasse.

Am Ende der Inflation war die Zahl der Sparbücher nicht sehr groß, die Einlagen beliefen sich am 1. Januar 1923 auf insgesamt 4113 000 M., der November 1923 brachte die Stabilisierung der Mark, und das Jahr 1924 zeigt bereits eine recht erhebliche Zunahme der Sparanlagen bis zum Betrage von rund 17 Millionen Ende 1924. Im Jahre 1925 erfolgt eine weitere Steigerung von 62 568 Sparbüchern mit 16,9 Millionen auf 167 792 Bücher mit 66,3 Millionen Einlage. Die auf je Buch entfallenden Guthaben steigen von 270 auf 396 M. und auf je 100 Einwohner kommt eine Spareinlage von 414 M. bzw. 1622 M.

Von den 125 470 neu angelegten Sparbüchern entfielen auf ungelernete Arbeiter, Kutscher, Hausdiener 6812; auf gelernte Arbeiter, Handwerker, Lehrlinge, Köchler 16 851; Hausangestellte, Diener, Krankenpfleger 7530; diese drei Klassen zusammen also 31 213 oder 24,8 Proz. Kaufleute und Bureauangestellte, Techniker usw. sind mit 23 983 Konten oder 19,1 Proz. beteiligt; Beamte, Lehrer, Angehörige der Reichswehr, Schulpolizei mit 20 748 Konten oder 16,6 Proz. Es folgen die Musiker, Kritiker, Schauspieler und andere künstlerische Berufe mit 1670 oder 1,3 Proz. Ärzte, Apotheker, Rechtsanwölter, wissenschaftliche Berufe 2828 oder 2,1 Proz. Rentner und Personen ohne Beruf 14 999 oder 12 Proz. Endlich Personen, deren Beruf sich nicht feststellen ließ, mit 7704 oder 6,2 Proz. und Vereine, Stiftungen, Behörden mit 2421 oder 1,9 Proz.

Das sind interessante Feststellungen, die noch erheblich an Wert gewinnen würden, wenn die Zahl der Konten mit der Zahl der Berufsangehörigen der betreffenden Gruppe in Vergleich gesetzt würden. Die neuesten Mitteilungen der Sparkasse belagen, daß Ende Oktober d. J. rund 182 Millionen Mark auf 400 000 Sparkonten gezahlt wurden.

Wohlfahrtspflege im Bezirk Friedrichshain.

In den Berliner Wohnbezirken gibt es typische Proletarierkrankheiten, gegen die vorzugehen eine der wichtigsten Aufgaben der kommunalen Gesundheitspflege ist. Neben der Rachitis herrscht vor allem die Tuberkulose. In allen Berliner Bezirken ist man daher zu planmäßiger Gegenwirkung geschritten. Besonders war das in den Wohnbezirken des engeren Berlin notwendig. Mit am schlimmsten betroffen ist der Bezirk Friedrichshain. Von den vorhandenen 96 000 Wohnungen sind 83 000 Kleinwohnungen, die sich oft nicht mehr im besten Zustande befinden. Die Wohnraumnot aber unterstützt die Gefahr der Erkrankung. In der Zahl der Tuberkuloseerkrankungen steht der Bezirk in Berlin an erster Stelle. Die Jugend ist dieser Gefahr am meisten ausgesetzt. Verkehrsstößen und enge Höfe bilden keine idealen Spielgelegenheiten für die Kinder. Das Jugendamt hat durch Ausbau der Spielplätze und der Schulgärten versucht, zu helfen. Der Aufenthalt in der frischen Luft sollte den für die Gesundheit der Kinder bestehenden Gefahren entgegenwirken. Beroostständig wurde dieses Wert durch die Sicherstellung der Ernährung. Schon im Jahre 1923 wurde eine besondere Speisestelle für tuberkulosegefährdete Kinder geschaffen. In eigenen Küchen des Jugendamtes wurde hier und in einer bald darauf gegründeten zweiten Speisestelle vorzügliches Mittagessen verabreicht. Wie verschiedene Kontrollen durch Kerne ergaben, konnte die Arbeit Erfolge verzeichnen. Auf Grund dieser Tatsache hat das Jugendamt Friedrichshain den beiden bereits bestehenden Speisestellen in der Fälscher Straße und der Litauer Straße eine dritte in der Brommstraße hinzugefügt. 230 Kinder werden hier täglich versorgt.

Großstädtischer Milchverbrauch in Deutschland.

Im Jahre 1925 hat sich der Milchverbrauch pro Kopf und Tag bei einzelnen deutschen Großstädten wie folgt beziffert: München 0,37 Liter, Stuttgart 0,32, Nürnberg 0,31, Köln 0,26, Dresden 0,25, Berlin 0,17 Liter. Im Jahre 1913 hatte Berlin pro Kopf und Tag nahezu doppelt so viel als 1925. Dieser auffällige Unterschied erklärt sich nicht etwa daraus, daß gegenwärtig den Städten weniger Milch und Milchprodukte zur Verfügung stehen — tatsächlich bleiben derzeit in deutschen Großstädten durchschnittlich 200 000 Liter Milch täglich „überflüssig“, d. h. unverkauft —, in Berlin sogar 250 000 Liter durchschnittlich pro Tag. Mit der Abzugspropaganda für Milch und Milchprodukte sind Amerika, Dänemark und England vorangegangen. Seit dem Frühjahr 1926 ist Deutschland mit seinem „Reichsausfluß“ zur Förderung des Milchverbrauchs“ gefolgt. Doch während Konsummilch in Amerika fast ausschließlich als „Käsemilch“ in den Handel gebracht wird — die allein die „Milchfischerheit“ gewährleistet —, besteht in Deutschland leider noch immer die Rückständigkeit der „Kannemilch“, die mit ihrem Abfließen auf der Straße bzw. in Treppenhäusern naturgemäß Infektionen offen bleibt. Im hygienischen und im wirtschaftlichen Sinne erscheint es daher dringend notwendig, daß auch in Deutschland für baldige Einführung der „Einheitsmilch“ nach amerikanischem Muster gesorgt wird. Dadurch würde die bisherige Handelslage von Milchprodukten in Deutschland durch massenhafte Massenherstellung ersetzt und so verbilligt werden, daß der Milchpreis gesenkt und der Milchverbrauch gehoben werden könnte. Auch die amerikanische Einrichtung der großstädtischen Milchsammler- und Austarifstellen wäre für deutsche Verhältnisse brauchbar.

Ein Achtzigjähriger!

Am 25. November vollendet unser alter Genosse Karl Holtkamp (Berlin, Admiralstraße 18c) sein achtzigstes Lebensjahr. Holtkamp, der in Berlin geboren wurde und hier das Goldschmiedehandwerk bei der Firma Körner u. Prohl erlernte, zeigte schon früh Verständnis für die Lehren des Sozialismus. Unter dem Sozialistengesetz stand er keinen Mann, ungeachtet aller Gefahren und Verfolgungen, die damals die Verarbeiteten erzwungen. Genosse Holtkamp arbeitete auch zeitig in der Gewerkschaftsbewegung mit und bemühte sich um die Organisierung der Kollegen in der Edelmetallbranche. In der Goldschmiedefrankensasse, an deren Gründung er sich vor einem halben Jahrhundert beteiligte, hat er noch heute das Amt des Vorstehenden.

Zwei künstlerische Trinkbrunnen will der Magistrat Berlin für den Volkspark Wuhlheide herstellen lassen, und zwar sollen die Bildhauer Berger und Prof. A. Krauß mit der Ausführung beauftragt werden. Die Aufstellung der Kunstwerke soll auf der Terrasse erfolgen. Der Magistrat will im nächsten Jahre weitere Kunstwerke für den Park zur Verfügung stellen.

Lagesheim für Johannisthal. Im alten Rathaus Johannisthal (Königsplatz 1) besteht ein Lagesheim (Wärmestube) für alte Leute. Die Wärmestube ist täglich von 14—19 Uhr geöffnet.

Sportpelze

- Murmeltstückenfutter, Biberlammkragen 120.— 95.—
- Opossumseltenfutter, Opossumschalkkragen 225.—
- Hamsrerfütter, austral. Opossumkragen, englischer Stoff bezug 250.—
- Nutriaelternfutter, tasm. Opossumschalkkragen oder Bisamstückenfutter, Walsbykragen 275.—

Gehpelze

- Sealelektrikseltenfütter, Sealelektrikschalkkragen, schwarz. Tuchbezug 170.—
- Nutriaelternfutter, Sealelektrikrollschalkkragen, schwarzer Drapébezug 210.—
- Bisamstückenfutter, Otterschalkkragen, schwarzer Moltonbezug 310.—
- Edelpelz, Bisamrückenfütter, virg. Otter-Schalkkragen, prima Stoffbezug 750.—

Für unsere Kunden das Beste!
Auffallend billige Preise für erprobte Qualitätswaren

BAER BERLIN N.4 SOHN & CHAUSSEESTR. 40



Damen-Pelzmäntel

- Elektrikselten mit Damasseefutter 110.—
 - Sealelektrik, elegante Ausführung 425.—, 325.—, 250.—
 - Walaby- oder Nutria mit gleichfarbigem Crêpe de Chine 375.—
 - Petschanicky-Murmelt mit Crêpe de Chine 450.—
 - Damen-Pelzjacken, elegant gefüttert 165.—, 110.—, 75.—
- ### Herrn-, Auto und Jagdpelze
- Herrn-Autopelze, moderne Stoffbezüge, verschiedene Pelzfütterungen 375.—, 295.—, 195.—
 - Jagdpelz, bayrischer Lodenbezug Scha-pelzfutter 205.—, 165.—
 - Sportpelzjoppen, Murmeltstückenfutter, Opossumrückenkragen 95.—

Eröffnung unserer erweiterten Räume am Freitag, den 25. November, 8 1/2 Uhr morgens

Geltfame Siedlungsgesellschaften.

In den letzten Wochen haben sich die Fälle gehäuft, in denen Siedlungsgesellschaften, die angeblich gemeinnützig waren, bei der Staatsanwaltschaft von Betrogenen angezeigt wurden. Der „Vorwärts“ hat über den Betrug an den Siedlern bei Friedrichshagen ausführlich berichtet. Sehr häufig sind von den Betrugsmanövern Kriegsbeschädigte betroffen worden, die in der Hoffnung, ein eigenes Heim zu erhalten, ihre Kriegsbeschädigtenrente kaputtifizierten.

Die Dachgesellschaft der gemeinnützigen Baugenossenschaften, die „Demag“, hat in den letzten Wochen Material zusammengetragen über Siedlungsgesellschaften, die unsicher sind. Die unteren Parteien noch bekannt sein wird, hat auch das Reichsversicherungsministerium eine Warnung gegen unsichere Baugesellschaften ergehen lassen. In der „Wohnungswirtschaft“ wird ein Teil dieses für die Arbeiterchaft wichtigen Materials veröffentlicht. In der Zeitschrift für Wohnungswesen 1927/19 stellt Regierungsbaumeister Weiß, Stuttgart in einem Artikel „Die Baupartei der Gemeinschaft der Freunde — eine Glaubenssache“ folgende Vorwürfe fest, die man der Gemeinschaft der Freunde machen müsse:

1. Die GdF. erweckt systematisch falsche Hoffnungen.
2. Sie bewirkt die kleinen Sparer aus.
3. Sie entzieht sich der Kontrolle der Öffentlichkeit.
4. Sie hat keine Geschäftspläne, die einer öffentlichen kaufmännischen und versicherungstechnischen Prüfung standhalten können.
5. Sie wirtschaftet ohne Rücksicht auf die Erfüllung ihrer künftigen Verbindlichkeiten.
6. Sie hat Charakter, obwohl keine eigentlichen Auslosungen bei ihr stattfinden, und zwar deshalb, weil es bei ihr Gewinner und Verlierer gibt. In der Zeitschrift „Mieterschutz“ wird vor einem „Reichsverband zur Bekämpfung der Wohnungsnot Deutschlands“ gewarnt. Sie schreibt: „Dieser Verband hat seine Hauptgeschäftsstelle Berlin W. 35, Potsdamer Straße 118 c, und ist ein eingetragener Verein. Der gesetzliche Vorstand besteht aus dem Ehepaar Kühnel. Die Leitung ist in unseren Händen. Aus derselben geht hervor, daß 2 M. Einschreibgebühr zu zahlen sind. Der monatliche Beitrag beträgt 50 Pf. Außerdem ist noch ein Sonderbeitrag von 3 M. zu zahlen sowie für ein Wohnungsbauformular 1 M. Die Mitglieder verpflichten sich, dem Reichsverband drei Jahre anzugehören. Der Verband will die Einigung und den Zusammenschluß aller Mieterverbände erzielen und einen Spitzenverband bilden.“ Zweck des Verbandes ist unter anderem, „daß die Mieten auf mindestens 50 Proz. Friedensmiete herabgesetzt werden.“ Die in unseren Händen befindliche Beitritts-erklärung lautet: „Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zum Verbande satzungsgemäß und versichere an Eidesstatt, daß ich keiner anderen Mieterorganisation angehöre, so lange ich dem Verbande angehöre. . . . Name und Adresse.“ Die Rückseite lautet (handschriftlich nachgeschrieben): „Wenn drei Monate Beiträge im Rückstände sind, verpflichte ich mich, die Beiträge auf drei Jahre zu zahlen.“ An wem unwürdige private Baugesellschaften heute noch staatliche Steuermittel gegeben werden, betrachtet wieder einmal trotz ein Wohnungsbau-Skandal in Karlsruhe, der zurecht die Berliner Staatsanwaltschaft beschäftigt. Ein gewisser Architekt Wiedrich hatte mit einer von ihm gegründeten Gesellschaft „Geflüge“ G. m. b. H. in Karlsruhe 180 Wohnungen errichtet. Jeder Mieter mußte einen Baukostenzuschuß von 1000 M. je Zimmer bezahlen, der als Grundschuld auf die Grundstücke eingetragen, jährlich mit 5 Proz. verzinst und nach 12 Jahren zurückgezahlt werden sollte. Die Miete sollte dementsprechend für eine Zweizimmerwohnung 60 M., für drei Zimmer 75 M. und für vier Zimmer 125 bis 130 M. monatlich betragen. Nachdem die Mieter schon über ein halbes Jahr Einzahlungen auf ihren Baukostenzuschuß geleistet hatten, erhielten sie plötzlich die Mitteilung, daß die Mieten sich um 50 Proz. erhöhten. Bei dem Streit zwischen Vermieter und Mieter, der sich nun entspann, wurde festgestellt, daß im Grundbuch zunächst hinter zwei Hypotheken eine Eigentümergrundschuld, doch Sicherheitshypotheken für Straßenregulierungen und erst zu allerletzt die Mietergrundschuld eingetragen war. Nachdem zunächst einmal die Wohnungsfürsorgegesellschaft angegriffen hatte,

wurde nun die Angelegenheit der Staatsanwaltschaft übergeben. Auch vor der „Arbeiter-Heimstätten-G. m. b. H., Berlin“ sei gemerkt. In brandenburgischen Zeitungen erscheinen zurzeit Inserate, in denen eine „Arbeiter-Heimstätten-G. m. b. H., Berlin“ sich in Durchführung der staatlichen Maßnahmen zur Förderung des Baues von Landarbeiterwohnhäusern anbietet. Wohnungen für Land- und Forstarbeiter zu errichten. Der Völkische Preussische Pressedienst weist darauf hin, daß die Fassung dieser Anzeige den Anschein erweckt, als ob die genannte Gesellschaft von einer staatlichen Stelle beauftragt sei. Dies ist jedoch nicht der Fall, auch erhält die Gesellschaft keinerlei staatliche Unterstützung. Bei den genannten Fällen konnte bisher nachgewiesen werden, daß diese Gesellschaften den übernommenen Verpflichtungen nicht nachgekommen sind. Ueber eine Reihe weiterer Gesellschaften wird zurzeit noch Material zusammengetragen.

Für Staat und Gemeinden sollten diese Fälle Anlaß sein, bei der Vergabe von Hauszinssteuerhypotheken genau zu untersuchen, welche Gesellschaften wirklich gemeinnützig sind. Die Bevölkerung kann nicht eindringlich genug gewarnt werden, vor Eintritt in eine Gesellschaft, die nicht der „Demag“ angegeschlossen ist, genaue Erkundigungen einzuziehen.

Frauentwerbeveranstaltung in Niederschönhausen.

Eine sehr nachahmenswerte Werbekundgebung veranstalteten am Mittwoch, dem 22. November, die Genossinnen in Niederschönhausen in der Schulaula Bismarckstraße. Die Genossin Diener hatte den Abteilvortrag „Die proletarische Frau — das proletarische Mädchen“ künstlerisch umrahmt, unsere Genossinnen und die sozialistische Arbeiterjugendgruppe führte die Aufgabe aus. Der Abend wurde eingeleitet durch einen schönen Klavier Vortrag der Genossin Grimm-Diener: „Hebt unsere Fahnen in den Wind“, Vorpruch und Begrüßungsansprache. Es folgten die Bilder auf der Leinwand, erläutert und vertieft durch Rezitationen von Dehmel, Bräuer und andere proletarische Dichter, Gesänge und Musikvorträge. Der Rednerin blieb nur die Aufgabe, zu ergänzen und die Verbindung zu den Mitwirkenden herzustellen. Die Veranstaltung wurde von der stark besetzten Versammlung mit starkem Beifall aufgenommen. Das Programm steht zur Nachahmung zur Verfügung.

20. Bezirk, Reinickendorf.

In der Bezirksversammlung vom 15. November wurde die Anfrage der bürgerlichen Fraktion wegen des Großfeuers in Frohnau vom Bezirksamt beantwortet. Seit der Bildung Groß-Berlins ist viel für das Feuerlöschwesen getan worden. Verschiedene Verbesserungen sind noch geplant. Trotz aller Maßnahmen kann aber nicht verhindert werden, daß ein Dachstuhl abbrennt. Nach Zustimmung einiger Grundstücksbesitzer erfolgte die Haushaltsberatung. Der Bezirksbürgermeister gab hierzu einen kurzen Überblick über die Einnahmen, die fast 3 Millionen Mark und die Ausgaben, die über 26 Millionen Mark betragen sollen. Das Budget des Haushaltsplanes hat sich durch die Neuordnung des Magistrats geändert. Der Bau des Humboldt-Bades in Reinickendorf ist gescheitert, dafür soll der Bezirk in nächster Zeit 1 1/2 Millionen Mark für ein Hallenschwimmbad in Reinickendorf-Ort erhalten. Unser Fraktionsredner wünschte vom Bezirksamt eine Aufstellung der Schlüsselzahlen, nach denen größtenteils die Mittel vom Magistrat verteilt werden. Auf die bessere Ausgestaltung der Büroräume müsse geachtet werden. Der Ausbau des Schönholzer Weges, der die direkte Verbindung zwischen Reinickendorf und Panow bildet, muß in Angriff genommen werden. Der Redner bedauerte, daß der Bau der Volksschulen in Lübars und Reinickendorf-West vom Magistrat zurückgestellt ist. Dabei wurde darauf hingewiesen, daß in der 1. Schule in Tegel vor allem der Stoc registriert. Die SPD-Fraktion könne sich vorläufig für eine Verringerung des Gehaltes Groß-Berlin nicht einsetzen. Der bürgerliche Redner sprach

von Steuerern und wünschte zur Verminderung von Steuern eine Stundung der Straßenreinigungsgelder. Die SPD. setzte in der Bezirksversammlung 25 Abänderungsanträge, die der Finanzdeputation nicht vorgelegt hatten. Nachdem diese Anträge abgelehnt worden waren, wurde der vorgeschlagene Haushaltsplan für das Jahr 1928 ohne Abänderung gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

Eternabend der Neuföllner Kinderfreunde. Dem Rufe der Neuföllner Kinderfreunde waren Eltern und Freunde zahlreich gefolgt. Die Gedrängte war der Saal. Erich Müller, der Vorsitzende der Neuföllner Organisation, begrüßte die Gäste. Er betonte eindringlich die Notwendigkeit der gemeinsamen Erziehungsarbeit von Kinderfreunden und Elternhaus. Nach ihm sprach Hans Weinberger-Nürnberg. Er zeigte die hohe Verantwortlichkeit der Erziehungsarbeit am Kind, als dem Träger der sozialen Republik der Zukunft. Unsere ganze politische Arbeit muß und wird fortgesetzt werden von den Kindern. Darum solle niemand den Wert des werdenden Menschen verkennen. Die beiden Reden waren eingeleitet von Gesängen des Neuföllner Kinderfreunde Chors, der unter Leitung des Genossen Hoffmann vor treffliche Anfänge gezeigt hat. Es war das erstmal, daß dieser Chor in der Öffentlichkeit auftrat. Sein Können bewies die ernste Arbeit, die von allen während vieler Übungsmonate geleistet wurde. Dann folgte der im „Vorwärts“ schon mehrfach besprochene Kinderfreunde Chors „Die Zeitrepublik der Kinder“. Zum Schluß stimmten alle in die Internationale mit ein, und mit einem herzlichen, zukunftsrohen, allseitigen „Freundschaft“ schloß die Veranstaltung, die ein voller Erfolg war.

Volkstunfeste in Köpenick. Wie bereits angekündigt, veranstaltete die Deputation für Kunst und Bildung des Bezirks Köpenick auch in diesem Winter in Köpenick und Friedrichshagen mehrere Volkstunfeste. Es ist der Deputation gelungen, hierfür Künstler von Ruf zu verpflichten. Im Erholungshaus Spindlersfeld wird am 25. November das Ostdeutsche Landestheater das Lustspiel von Wed „2 x 2 = 5“ auführen. Ferner steht das Programm für Köpenick vor: Am 6. Januar 1928 Vortragstänzerin Resi Langer; am 20. Januar Dr. Peter Bach, eigene Gesänge zur Laute; am 17. Februar Dr. Franz Bederer, „Berliner Humor in der Biedermeierzeit“, mit musikalischen Einlagen und Mitwirkung von Charlotte Freyer, Alexander Fleischberg und Emil Schwarzkopf (sämtlich in der Aula der Köpenicker Schule); sowie am 3. Februar 1928 Elise Schwahn, Wege des Langes, mit Tanzvorfürhrungen in Kostümen (Erholungshaus Spindlersfeld). In Friedrichshagen wird in der Aula der Friedrich-Schule am 13. Januar 1928 ein Keller-Abend von Dr. Richard Böttcher stattfinden. Den Abschluß bildet in der Aula des Richard-Wagner-Theaters am 7. Februar 1928 ein Kammermusikabend (Bläser und Streicher) der Philharmoniker.

Berliner Krankenkassen. Noch immer leidet die Krankenpflege an dem Mangel an Krankenkassen. Die Statistik für 1925 weist für Berlin nicht weniger als 194 Krankenkassen auf. Davon allein 108 Betriebskrankenkassen mit 326 756 Mitgliedern; die 33 unangestalteten Krankenkassen sind mit 36 und 91 489 Mitgliedern beteiligt. Diese beiden Arten von Kassen liegen wenig im Interesse der Arbeiterschaft. Die Selbstverwaltung ist hier nicht einwandfrei gewahrt, und der häufige Wechsel der Arbeitsstellen, dem die meisten Arbeiter unterworfen sind, hat auch fast immer einen Wechsel der Kasse zur Folge. Die allein zweckmäßige Form der Versicherung gegen Krankheit ist die in den Ortskrankenkassen. Solche gibt es in Berlin auch noch 30, die von den 1 317 923 Versicherten allein 899 680 auf sich vereinigen. Die Zahl der erwerbsunfähigen Kranken betrug 1925 bei allen Kassen insgesamt 90 371, davon 42 444 weibliche.

Die 135. Abteilung (Korow) veranstaltete am Totensonntag vor zahlreich erschienenen Gästen eine Gedächtnisfeier für die großen Toten der Republik. Umrahmt von stimmungsvoller Musik sowie Gesangsvorträgen des Arbeiter-Männergesangsvereins „Korower Biederfreunde“ unter Leitung seines Dirigenten H. Hartmann, gab Reichstagsabgeordneter Genosse Peine in würdigen Worten ein Charakterbild jener Männer, die um ihrer großen Verdienste willen für die Republik ihr Leben lassen mußten: Friedrich Ebert, Walter Rathenau und Matthias Erzberger. Unser alter Kampfbild „Lord Poleson“ gab der Feier den würdigen Abschluß.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Sonntag, den 27. November, vor-mittags 9 1/2 Uhr, im Café von Gummel, Sophienstr. 5

Gruppenversammlung der Schar- und Wertgeschleifer.

Tagesordnung: 1 Bericht des Gruppenleiters, 2 Gruppenangelegenheiten, 3 Beschiedene.

In Unbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen aller Kollegen Pflicht.

Sonntag, den 27. November, vor-mittags 10 Uhr, in Dörings Fest-sälen, Rannaustr. 21.

Versammlung aller in Springuhbetriebenen Beschäftigten.

Tagesordnung: Bericht über die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß.

Achtung! Mitgl'eder u. Funktionäre

Betrifft: Sammelisten.

Infolge wiederholter Anfragen möchten wir unsere Mitglieder auf diesem Wege noch einmal dahin informieren, daß Sammellisten irgendeiner Art von unseren Mitgliedern nur herausgegeben und gezichnet werden dürfen, wenn sie den offiziellen, ausgegebenen Beschäftigtenlisten entsprechen.

Listen, die irgendeinen Branchenstempel oder sonstige Merkmale tragen, sind anzuhalten und an die Ortsverwaltung einzufinden, bezüglichen alle Listen, die sich gegenwärtig in Betrieben befinden und nicht in der oben gekennzeichneten Weise als offizielle Listen der Verwaltung kennzeichnet sind. Die Ortsverwaltung.

Kopfschmerz, Nervenschmerzen „Darmitt“-Pulver

In allen Apotheken Mk. 0.15 unschädlich, sofort wirkend

Teppiche

auf dem Transport leicht beschädigt, weil unter regulärem Preis

Roulet . . . 200/300 M. 22. — an mech. Smyrna . . . 250/350 M. 20. — Arminster-Velour Prima M. 52. — an

Smyrna-Fabrikteppich-Verkauf

Friedrichstraße 284 (Eingang Ecke Söldnerstraße)

Auf Wunsch Zahlungszielsetzung! Kein Laden.

TEILZAHLUNG

- | | |
|--|--|
| Herrn-Bekleidung fertig und nach Maß | Damen-Bekleidg. Peizmäntel |
| Anzug, gemust., Cheviot, gute Paßform, von 49 Mk. an Anzahlung 5 Mk. | Kostüm ganz gefüttert von 16.50 Mk. an Anzahlung 2 Mk. |
| Paletot Marengo gefüttert v. 59 M. an Anzahlung 6 Mk. | Kleid Veloutine die große Mode 39 M., Anzahlg. 4 M. |
| Ullster moderne Flauchstoffe v. 39 M. an, Anz. 4 M. | Mantel Ottomane mit Besatz 19.75 Mk., Anzahlung 2.50 Mk. |
| Tanz- und Sport-Anzüge in reicher Auswahl | Mantel Ottomane mit reichem Pelzbesatz von 78 Mk. an Anzahlung 8 Mk. |
| Herrn- und Damen-Schuhe Anzahlung von 3 Mk. an | Teppiche, Gardinen, Stores und Decken |
| Bett-u. Leibwäsche | Bezüge und Festangestellte ohne Anzahlung! |

WAREN u. MÖBEL KREDITHAUS

LIEBERMANN

HACKESCHER MARKT 1 (4 MINUTEN v. Bf. BÖRSE)

VIM besitzt Pferdekräft!

die spielend alles sauberschaafft!

Ungeahnte Kräfte entwickelt das der handlichen Streudose entströmende VIM. Ob Holz oder Metall, Glas oder Email, Porzellan oder Marmor — VIM macht alles rein und glänzend; Schmutz, Flecken, Rost — nichts widersteht ihm. Verwenden Sie VIM nur feucht; es kratzt nicht, ist geruchlos und säurefrei. Wer VIM kennt, will's nimmer missen.

„Sunlicht“ Mannheim